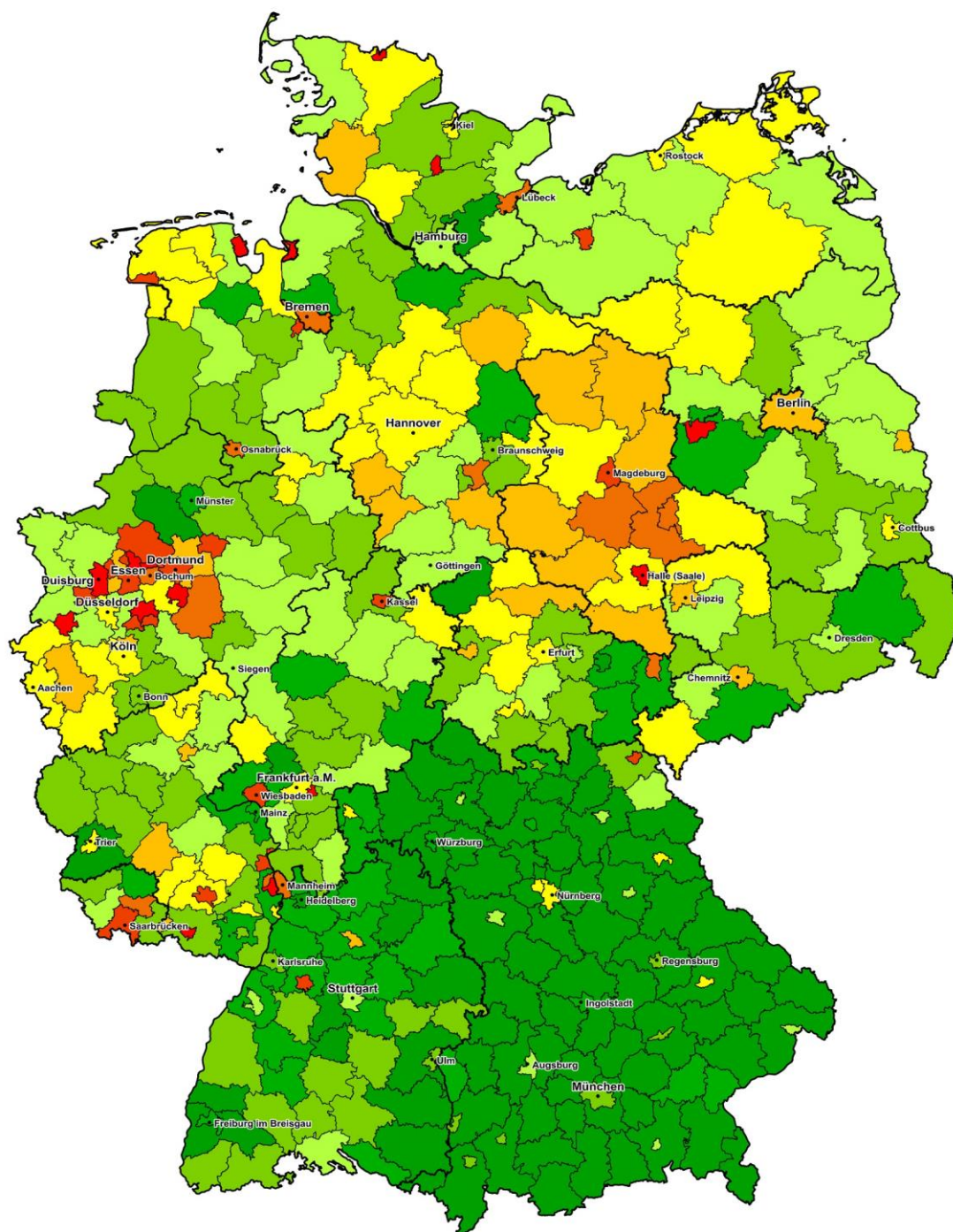


SchuldnerAtlas Deutschland

2022

Überschuldung von Verbrauchern



Inhalt

Vorwort

Trends kompakt: Überschuldung nimmt 2022 nochmals deutlich ab

1	Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland	9
1.1	Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern sinkt 2022 erneut – als eine Folgewirkung der „coronaren Wirtschaftskrise“	13
1.2	Abgeschwächter Doppeltrend: Harte und weiche Überschuldung nehmen ab – die harten Überschuldungsfälle sinken viermal so stark wie die weichen Fälle	23
1.3	Positivtrend wie im Vorjahr in Ost- und Westdeutschland und auf (fast) allen räumlichen Ebenen	26
2	Das Verbraucherverhalten im Übergang von der „Post-Corona-Phase“ zur „kriegsverstärkten Energiepreiskrise“	31
2.1	Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in der Post-Corona-Phase	32
2.2	Perspektiven: Die wirtschaftliche Lage der Verbraucher in Deutschland zwischen Inflation, Rezession und Wohlstandseinbußen	37
3	microm Überschuldungstypologie: Aktuelle Detailanalysen	41
3.1	Spezifische Betroffenheit durch Energieschulden: Status und Perspektiven	45
3.2	Einsatz und Anwendungskompetenz in der kommunalen Sozialplanung der Stadt Neuss	48
4	Blick in die Zukunft: Die Überschuldungsampel bleibt 2022 „hellgrün“ – düstere Perspektiven für Wirtschaft, Unternehmen und Verbraucher	51
5	Ergebnisse kompakt	55
6	Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder	59

Wichtige Definitionen

Ansatz und Basisbegriffe

Der SchuldnerAtlas Deutschland untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands kleinräumig verteilt und entwickelt. Überschuldung liegt dann vor, wenn der Schuldner die Summe seiner fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und ihm zur Deckung seines Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Oder kurz: Die zu leistenden Gesamtausgaben sind höher als die Einnahmen. Mit Hilfe der Überschuldungsquoten, das heißt dem Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren, kann die Überschuldung in ihrer geographischen Verteilung bis hin auf die Ebene von Straßenabschnitten dargestellt werden.

Negativmerkmale

Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus den aktuell vorliegenden juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen – Nichtabgabe der Vermögensauskunft, früher: Haftanordnung und Eidesstattliche Versicherung – und Privatinsolvenzen), unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen. Nachhaltige Zahlungsstörungen werden in einer Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger. Die Speicherung der Daten ist durch die EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO), Art. 6, Abs. 1f, geregelt.

Überschuldungsintensität

Zwei Formen von Überschuldung werden in der Analyse unterschieden: Fälle mit „hoher Überschuldungsintensität“ basieren ausschließlich auf juristischen Sachverhalten (Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen und Privatinsolvenzen). Fälle mit „geringer Überschuldungsintensität“ basieren auf einer eher niedrigen Anzahl von Negativmerkmalen, in der Regel so genannten nachhaltigen Zahlungsstörungen (Minimaldefinition abgegrenzt durch den Tatbestand von mindestens zwei, meist aber mehreren vergeblichen Mahnungen mehrerer Gläubiger).

Datenquellen

Die vorliegende Analyse basiert auf den Daten und Karten der Creditreform Tochterfirmen Creditreform Boniversum GmbH und microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH (beide Neuss).

Vorwort

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Welt ist spätestens seit Anfang 2020 im „multiplen Krisenmodus“. Die Corona-Pandemie ist immer noch nicht überwunden, im Winter wird eine neue Welle erwartet. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine überschattet aber seit Ende Februar die meisten Probleme, die „Covid-19“ in Wirtschaft und Gesundheitswesen hervorgerufen hatte. Staatliche Hilfsprogramme, pandemiebedingte Einschränkungen der Konsummöglichkeiten sowie Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht der Verbraucher hatten die Zahl der Überschuldungsfälle in Deutschland auf einen neuen Tiefstand gedrückt. Dies hatte bereits der letzte SchuldnerAtlas gezeigt. 2022 ist die Zahl überschuldeter Verbraucher nochmals um rund 270.000 Fälle zurückgegangen. Die Überschuldungsquote sinkt erneut um fast einen halben Punkt auf 8,48 Prozent.

Dabei klappte im Frühjahr der ökonomische „Restart“ der deutschen Wirtschaft. Die letzte Corona-Welle ebte ab und die pandemiebedingten Einschränkungen fielen nach und nach. Das Wirtschaftswachstum fiel in allen drei Quartalen stärker aus als erwartet. Allerdings setzte Ende Februar der Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ukraine dem Wiederaufschwung ein jähes Ende. Die Energiekrise belastet die deutsche Wirtschaft schwer. Die mittel- bis langfristigen Folgen sind „Inflation, Rezession, Wohlstandsverluste“, so die Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsinstitute von Mitte Oktober. Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession.

Nach Angaben des ifo-Instituts waren die in der Pandemie angesammelten „Corona-Sparguthaben“ der deutschen Verbraucher bereits Mitte des Jahres wieder ausgegeben. Vielen Verbrauchern fehlen somit finanzielle Polster, um die stark steigenden Energierechnungen („Nachzahlungsschock“) begleichen zu können, die erst zu Beginn des nächsten Jahres in Form der Jahresabrechnung fällig werden. Trotz des aktuell positiven Trends ist daher zu erwarten, dass die Überschuldungszahlen in den nächsten Monaten deutlich steigen werden. Die im letzten Jahr entwickelte microm Überschuldungstypologie zeigt in einer aktuellen Sonderauswertung, welche Überschuldungstypen – und wie viele Verbraucher – von Energieschulden besonders betroffen sein werden.

Wir wünschen Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Analyse.

Herzlichst

Patrik-Ludwig Hantzsch

Creditreform
Wirtschaftsforschung

Stephan Vila

Creditreform
Boniversum und microm

Michael Goy-Yun

Creditreform
Boniversum und microm

Neuss, den 15. November 2022

Trends kompakt

Überschuldung nimmt 2022 nochmals deutlich ab

	Basiswerte	Abweichungen	
Überschuldete Personen Überschuldungsquote	5,88 Millionen 8,48%	- 274.000 Fälle - 0,38 Punkte	- 4,4%
Personen mit harten Negativmerkmalen	3,38 Millionen	- 219.000 Fälle	- 6,1%
Personen mit weichen Negativmerkmalen	2,51 Millionen	- 54.000 Fälle	- 2,1%
Überschuldete Haushalte	2,94 Millionen	- 140.000 Fälle	- 4,5%
Frauen Überschuldungsquote	2,30 Millionen 6,48%	- 97.000 Fälle - 0,27 Punkte	- 4,1%
Männer Überschuldungsquote	3,59 Millionen 10,56%	- 177.000 Fälle - 0,51 Punkte	- 4,7%
bis unter 30 Jahre Überschuldungsquote	0,74 Millionen 6,65%	- 54.000 Fälle - 0,33 Punkte	- 6,8%
30 bis 39 Jahre Überschuldungsquote	1,53 Millionen 14,12%	- 96.000 Fälle - 1,01 Punkte	- 5,9%
40 bis 49 Jahre Überschuldungsquote	1,26 Millionen 12,52%	- 35.000 Fälle - 0,20 Punkte	- 2,7%
50 bis 59 Jahre Überschuldungsquote	1,18 Millionen 8,89%	- 67.000 Fälle - 0,41 Punkte	- 5,4%
60 bis 69 Jahre Überschuldungsquote	0,76 Millionen 7,06%	- 14.000 Fälle - 0,26 Punkte	- 1,8%
ab 70 Jahre Überschuldungsquote	0,41 Millionen 3,07%	- 8.000 Fälle - 0,10 Punkte	- 1,9%
Gesamtschuldenvolumen*	178 Mrd. Euro	- 13 Mrd. Euro	- 6,9%

*Basiswert für mittlere Schuldenhöhe: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2021, 25.05.2022 – Der Wert für 2022 basiert auf einer Hochrechnung.

Alle Tabellen nebst detaillierten Quellenangaben sind in Kapitel 6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder zu finden.
Rundungsdifferenzen möglich.

1 Status: Überschuldung von Verbrauchern in Deutschland

Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist 2022 nochmals deutlich gesunken

Die gute Nachricht zuerst: Die Überschuldungslage vieler Verbraucher in Deutschland hat sich in den letzten zwölf Monaten nochmals merklich verbessert. Die Zahl überschuldeter Verbraucher ist seit Oktober letzten Jahres erneut gesunken. Die Überschuldungsquote sinkt um fast einen halben Prozentpunkt. Auch in diesem Jahr nimmt sowohl die harte als auch die weiche Überschuldung ab. Die „harte Überschuldung“ (vereinfacht: juristische Sachverhalte) sinkt in ähnlicher Weise wie im letzten Jahr, hingegen geht die „weiche Überschuldung“ (vereinfacht: nachhaltige Zahlungsstörungen) weniger stark zurück als noch im letzten Jahr. 2021 lag der Rückgang der weichen Überschuldungsfälle um den Faktor 2 über dem Rückgang der harten Fälle. In diesem Jahr liegt die Abnahme der harten Überschuldungsfälle etwa viermal höher als die Abnahme der weichen Fälle.

Rückgang der strukturellen Überschuldung

Dies zeigt zweierlei: Die Corona-Pandemie hat einerseits zu einem nachhaltigen Rückgang der strukturellen Überschuldung beigetragen. Staatliche Hilfsprogramme, pandemiebedingte Einschränkungen der Konsummöglichkeiten sowie Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht der Verbraucher haben in unterschiedlicher Weise die Positiventwicklung bewirkt. So war im letzten Jahr der sprunghafte Anstieg von Sparquote und Ersparnissen von vielen Verbrauchern zur Schuldentilgung und zur Entschuldung genutzt worden. Andererseits kann der nur noch leichte Rückgang der weichen Überschuldungsmerkmale als Hinweis auf eine Trendwende eingestuft werden. Offensichtlich schmälern die steigenden Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten bereits jetzt die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten vieler Verbraucher und führen zu nachhaltigen Zahlungsstörungen.

Trendwende in Sicht

Dauerüberschuldete und Überschuldungsvermeider sind besonders betroffen

Nach aktuellen Analysen der microm Überschuldungstypologie sind dies derzeit überwiegend Personen, die den so genannten „Dauerüberschuldeten“ und, weniger stark, den so genannten „Überschuldungsvermeidern“ zugeordnet werden können. Während die erstgenannten in den unteren sozialen Schichten zu finden sind, senkt die Energiepreiskrise offensichtlich die finanzielle Belastbarkeit der finanziell besser gestellten Gruppe der Überschuldungsvermeider. Dieser Typ will „situativ und ausnahmsweise“ aufgenommene Schulden in der Regel möglichst schnell zurückzahlen, schafft es derzeit aber offensichtlich nicht, da die finanziellen Belastungen zu groß geworden sind.

Dabei haben sich die meisten Indikatoren zur Bewertung der Überschuldungsentwicklung im Vergleich zum letzten Jahr weiter entspannt: Die Zahl von Arbeitslosen, Langzeitarbeitslosen und Kurzarbeitern ist rückläufig, sie liegen aber weiterhin über dem Wert des letzten „Vor-Pandemie-Monat“ vom Februar 2020. Und auch die „konjunkturellen Bremsfaktoren“ Materialknappheit und Lieferengpässe, die das Wiedererstarken der Konjunktur in Deutschland und in aller Welt während der Corona-Pandemie behindert hatten, verloren in den letzten Monaten ihre Negativwirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Viele Indikatoren zeigen sich entspannt

Folglich spiegeln die aktuellen Daten den immer noch sehr positiven Gesamttrend auf fast allen Ebenen. So ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in 397 von 401 Kreisen, Landkreisen und kreisfreien Städten in Deutschland zurückgegangen. Bessere Ergebnisse wurden nur im letzten Jahr und 2008 / 2009 in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise gemessen. Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle sinken bei Männern und Frauen zugleich, allerdings bei Männern stärker als bei den Frauen. In diesem Jahr weisen alle Altersgruppen zum Teil deutliche Rückgänge der Überschuldung auf. Besonders jüngere Personengruppen (bis 39 Jahre) konnten sich 2022 aus der Überschuldung befreien, da ihre Überschuldungsintensität (Dauer und Volumen der Überschuldung) weniger ausgeprägt ist als bei älteren überschuldeten Verbrauchern. Einzig die Altersgruppen der 40- bis 49-Jährigen und der 60- bis 69-Jährigen zeigen Anstiege der weichen Überschuldung. Im Langzeitvergleich 2004 / 2022 nimmt die Zahl überschuldeter jüngerer Verbraucher deutlich ab, bei den älteren Verbrauchern deutlich zu. Der Grundtrend zeigt sich auch in der Entwicklung des Durchschnittsalters überschuldeter Verbraucher, das in diesem Jahr mit 46,45 Jahren über dem Vorjahreswert liegt (2021: 46,27 Jahre).

Auch 2022 positiver Trend auf fast allen Ebenen

Anstieg der weichen Überschuldung nur bei zwei Altersgruppen über 40 Jahren

Die aktuelle Überschuldungsentwicklung ist mehr denn je vor dem Hintergrund der globalen Problemlagen („Zeitenwende“) einzuordnen. Deutschland ist spätestens seit Februar 2022 in einer „kumulierten systemischen Krise“ (Wilhelm Heitmeyer, Soziologe). Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit fast drei Jahren in einer Ausnahmesituation bisher ungekannten Ausmaßes und leidet massiv unter dem Energiepreisschock und der Verteuerung anderer Rohstoffe. Die Eskalationsspirale in Osteuropa verhindert derzeit eine nachhaltige wirtschaftliche Positiventwicklung. Steigende Verbrau-

Deutschland in einer „kumulierten systemischen Krise“

Menschen und Unternehmen im „Krisenstress“

Energiekrise führt zu dauerhaften Einkommenseinbußen und Wohlstandsverlust

Mehrausgaben für Haushaltsenergie in Höhe von rund 5.000 Euro für einen Vier-Personen-Haushalt sind möglich

„microm ÜberschuldungsTypologie“ zeigt besondere Betroffenheit durch Energieschulden

cherpreise, explodierende Strom- und Gaspreise und die psychologischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs haben Menschen und Unternehmen, nicht nur in Deutschland, in Krisenstress versetzt, der in dieser Form für die meisten Menschen unbekannt ist. Mögliche Vergleiche mit anderen Krisen, wie der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 / 2009 oder den Ölpreiskrisen in den 1970er Jahren, können nur annäherungsweise das Problempotenzial quantifizieren. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrer „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022“ davon aus, dass die aktuelle Energiekrise zu dauerhaften Einkommenseinbußen („Wohlstandsverlust“) und entsprechend niedrigeren privaten Konsummöglichkeiten in Deutschland führen wird. Auch nach den beiden Ölpreisschocks der 1970er Jahre sank der private Konsum je Einwohner spürbar und kehrte danach „nie wieder auf den Vorkrisentrend zurück“. Ob auch die geplanten Entlastungspakte der Bundesregierung, wie bereits in der Corona-Pandemie, den deutschen Verbrauchern helfen können, mag angesichts der Problemdimension durchaus bezweifelt werden.

Berechnungen zeigen, dass die finanziellen Belastungen der deutschen Haushalte durch steigende Energiepreise für das Heizen enorm sind. Alleine im Jahr 2022 werden die Energiekosten für einen Vier-Personen-Haushalt (Wärme, Strom und Mobilität) nach einer Analyse des Vergleichsportals Verivox und Berechnungen vom Bund der Steuerzahler um rund 2.410 Euro (+ 62 Prozent) steigen. Andere Berechnungen halten auch Mehrausgaben für Haushaltsenergie in Höhe von rund 5.000 Euro für einen Vier-Personen-Haushalt für möglich, so der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW). Bei 40 Cent je Kilowattstunde können die Gaskosten sogar fünfstellig werden. Dabei sind wie in der Corona-Krise die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen besonders betroffen, da sie über keine finanziellen Rücklagen verfügen. Aber auch die (ökonomische) Mittelschicht fürchtet, wie zahlreiche Verbraucherumfragen zeigen, die anstehenden Energiekostenzahlungen nicht ohne Wohlstandseinbußen finanzieren zu können. Die im letzten Jahr entwickelte microm ÜberschuldungsTypologie zeigt in einer aktuellen Sonderauswertung, welche Überschuldungstypen besonders von Energieschulden betroffen sind (Kapitel 3) – und wie sich der Anstieg der Energiekosten auf die Anzahl überschuldeter Haushalte auswirken kann.

1.1 Die Zahl der Überschuldungsfälle von Verbrauchern sinkt 2022 erneut – als eine Folgewirkung der „coronaren Wirtschaftskrise“

Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland bleibt auch 2022 positiv. Die Zahl überschuldeter Privatpersonen ist zum vierten Mal in Folge zurückgegangen und erreicht 2022 einen neuen Tiefstand, den niedrigsten Wert seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Die Überschuldungsquote sinkt erneut um fast einen halben Prozentpunkt (- 0,38 Punkte).¹ Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2022 eine Überschuldungsquote von 8,48 Prozent gemessen. 2022 sind trotz Rückgang weiterhin fast 5,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 274.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 4,4 Prozent). Im letzten Jahr hatte die Zahl überschuldeter Verbraucher mit rund 695.000 Fällen noch mehr als doppelt so stark abgenommen (- 10,1 Prozent), nach 69.000 Fällen im Jahr 2020 (- 1,0 Prozent). Hingegen war zwischen 2014 und 2018 die Zahl überschuldeter Personen kontinuierlich angestiegen (2018: + 19.000 Fälle; + 0,3 Prozent; 2017: + 65.000 Fälle; + 0,9 Prozent; 2016: + 131.000 Fälle; + 1,9 Prozent).

2022: 5,88 Mio. überschuldete Personen in Deutschland (- 274.000 Personen)

Überschuldungsquote sinkt auf 8,48 Prozent (- 0,38 Punkte)

Tab. 1.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2019 bis 2022

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,16 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.
2021	83,17 Mio.	69,48 Mio.	6,16 Mio.	8,86%	3,08 Mio.
2022	83,42 Mio.	69,41 Mio.	5,88 Mio.	8,48%	2,94 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3 zu finden: Tabelle 15.

Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt zum zweiten Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Zahl der Fälle sinkt erstmals unter die Sechs-Millionen-Grenze. Nach überschlägigen Berechnungen sind aktuell rund 2,94 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört (2021: 3,08 Millionen; 2020: 3,42 Millionen; 2004: 3,10 Millionen). Dabei zeigte sich die Entwicklung der Überschuldungszahlen im Jahresverlauf nochmals kontinuierlich abnehmend.

2,94 Millionen Haushalte überschuldet und nachhaltig zahlungsgestört

Auch 2022 gleichzeitiger Rückgang von harter und weicher Überschuldung

Die Zahl der Fälle mit harten Negativmerkmalen (- 219.400 Fälle; - 6,1 Prozent; Vorjahr: - 224.900 Fälle; - 5,9 Prozent) nimmt in ähnlicher Weise ab wie im letzten Jahr, hingegen geht die Zahl der Fälle mit weichen Negativmerkmalen weniger stark zurück als noch 2021 (- 54.000 Fälle; - 2,1 Prozent; Vorjahr: - 470.000 Fälle; - 15,5 Prozent). Zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2022 ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland um 1,04 Millionen Fälle gesunken (- 15,0 Prozent). Davon wiesen rund 630.000 Fälle harte Negativmerkmale (Anteil: 61 Prozent) und 406.000 Fälle weiche Negativmerkmale auf (39 Prozent).

Kontinuierlicher Rückgang von Privatinsolvenzen und Langzeitarbeitslosigkeit

Der deutliche Rückgang der „harten Überschuldung“ ist zeitversetzt auch als Folge der Corona-Pandemie einzuordnen und spiegelt zudem den seit Jahren kontinuierlichen Rückgang von Privatinsolvenzverfahren und Langzeitarbeitslosigkeit. Zum einen haben die staatlichen Corona-Hilfsprogramme, die pandemiebedingten Einschränkungen der Konsummöglichkeiten sowie Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht der Verbraucher in den letzten drei Jahren zum sprunghaften, wenn auch temporären, Anstieg von Sparquote und Ersparnissen geführt.² Diese sind offensichtlich von vielen Verbrauchern zur Schuldentilgung und zur Entschuldung genutzt worden. Zum anderen entpuppte sich der Anfang 2021 erfolgte jähe Anstieg der Privatinsolvenzverfahren nur als eine Art „Strohfeuer“. Überschuldete Verbraucher wollten sich nach einer Gesetzesreform Ende 2020 nach drei statt wie zuvor nach sechs Jahren von ihren Restschulden befreien lassen. In Folge schnellte die Zahl der Anträge auf Restschuldbefreiung in die Höhe, um nun wieder im „Normalbereich“ zu landen. Die für 2022 erwartbaren rund 80.000 bis 100.000 Verbraucherinsolvenzverfahren bilden zudem nur die „Spitze des Eisbergs“. Sie machen in diesem Jahr weniger als zwei Prozent der aktuellen Überschuldungsfälle aus. Und es gilt weiterhin: Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, müssen nicht unbedingt hoch verschuldet sein. Ein Großteil der Personen, die eine Privatinsolvenz anmelden, haben eine Gesamtschuldensumme, die unter 10.000 Euro liegt.³

Anträge auf Restschuldbefreiung wieder im „Normalbereich“

Der in diesem Jahr weniger starke Rückgang der weichen Überschuldung korrespondiert mit den rückläufigen Folgewirkungen der Corona-Pandemie. Die hygienebedingten Restriktionen hatten den privaten Konsum (von Waren und Dienstleistungen) über einen längeren Zeitraum erschwert bzw. unmöglich gemacht. Nach Auslau-

fen der pandemiebedingten Einschränkungen war Konsum, insbesondere im Dienstleistungsbereich, wieder möglich. Die Verbraucher wollten und konnten ihre vorhandenen Ersparnisse wieder einsetzen, um Konsum, verschobene Urlaube, Kultur- und Gastronomiebesuche nachzuholen. Dies zeigt insbesondere die Analyse der Beiträge des Dienstleistungssektors zum Bruttoinlandsprodukt. Seit dem Beginn der Pandemie hatten die privaten Haushalte ab etwa Mitte 2020 zusätzliche Guthaben von mehr als 200 Milliarden Euro aufgebaut. Bei überschuldeten Personen sind große Teile dieser Summe auch in die Tilgung bestehender Schulden geflossen, um sich aus einer Überschuldungsspirale befreien zu können.

Allerdings waren diese Ersparnisse nach Angaben des Münchner ifo-Instituts bereits Mitte 2022 wieder ausgegeben – Tenor: „Inflation frisst Überschussersparnis“. Demnach zeigen „die Daten der Bilanzstatistik der monetären Finanzinstitute auch, dass diese Überschusseinlagen bis zum Ende des ersten Quartals 2022 fast vollständig abgebaut wurden. Im zweiten Quartal setzte sich das ‚Entsparen‘ in beinahe unverändertem Tempo fort, und das Volumen der gesamten Bankeinlagen sank sogar unter den Wert, der ausgehend vom Verlauf der verfügbaren Haushaltseinkommen zu erwarten gewesen wäre, wenn man das Sparverhalten wie in den fünf Jahren vor Ausbruch der Corona-Krise zugrunde gelegt hätte.“

Zudem zeigt eine Analyse der Deutschen Bundesbank vom August 2022, dass „vor allem die Haushalte am oberen Ende der Vermögensverteilung in absoluten Beträgen in nennenswertem Umfang zusätzliche Ersparnisse aufgebaut haben. Während ein Haushalt der unteren Verteilungshälfte insgesamt derzeit über zusätzliche Ersparnisse in Höhe von etwa 420 Euro verfügt, entfällt auf einen Haushalt im obersten Prozent der Verteilung im Durchschnitt ein zusätzlicher Betrag von rund 120.000 Euro. Für die untere Hälfte der Vermögensverteilung machten dabei Bargeld und Einlagen rund 75 Prozent der gesamten zusätzlichen Ersparnisse aus. Mit steigendem Nettovermögen verschiebt sich dieser Anteil spürbar hin zu börsennotierten Aktien und Investmentfonds.“⁴ Insbesondere bei den vermögensärmeren Haushalten erscheint die Pufferwirkung der zusätzlichen Ersparnisse daher eher gering. Steigende Energie- und Lebenshaltungskosten belasten die Haushalte am unteren Ende der Vermögensverteilung stärker. Eine weitere Folge: Nicht nur im Nachgang zur Corona-Pandemie eingegangene Verbindlichkeiten können von einkommens- und vermögensschwächeren Haushalten

Das Ende der Corona-Restriktionen befördert Nachholkonsum

**ifo-Institut:
Sparguthaben waren bereits Mitte 2022 wieder vollständig abgebaut**

Nur Haushalte am oberen Ende der Vermögensverteilung haben in nennenswertem Umfang zusätzliche Ersparnisse aufgebaut

Dauerüberschuldete sind besonders betroffen

nicht mehr pünktlich beglichen werden. Sie werden zahlungsauffällig, wie auch die aktuellen Auswertungen der microm ÜberschuldungsTypologie zeigen. Dies gilt besonders für den Typ der so genannten „Dauerüberschuldeten“, der in den letzten 12 Monaten eine deutliche Zunahme von neuen Überschuldungsfällen (+ 41.000 Fälle; + 5,1 Prozent) aufwies (s. hierzu besonders Kapitel 3).

Corona-Rücklagen bilden keinen Puffer gegen die „Energiepreisexplosion“

Die Hoffnung, die ersparten Corona-Rücklagen könnten auch einen möglichen Puffer zum Ausgleich des zu erwartenden Energiepreisschocks Anfang nächsten Jahres bilden, dürfte sich damit erledigt haben. Allerdings hat die Auflösung der „unfreiwilligen Ersparnisse“ sicherlich dazu beigetragen, den temporären Konjunkturaufschwung in den ersten Monaten des Jahres 2022 zu unterfüttern. Zugleich hat der Unsicherheitsschock, der vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst wurde, die Inflation in Deutschland insbesondere durch eine „Energiepreisexplosion“ auf neue Höchststände geführt (Oktober 2022: 10,4 Prozent).

Der Auslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ nimmt weiter zu

Die derzeit stärkere Überschuldungsbetroffenheit von eher einkommensschwachen Personengruppen zeigt auch die Analyse der Hauptauslöser für Überschuldungsprozesse des Statistischen Bundesamtes. So weist 2022 nur der Indikator „längerfristiges Niedrigeinkommen“ einen Bedeutungszuwachs als Auslöser von Überschuldungsprozessen auf (+ 59.000 Fälle; + 10 Prozent). Im letzten Jahr war sein Anteil noch merklich gesunken (- 42.000 Fälle; - 6 Prozent). Allerdings hat der Anteil von Personen mit längerfristigem Niedrigeinkommen seit 2015 von rund drei Prozent auf etwa 12 Prozent in diesem Jahr zugenommen. Bis auf den Auslöser „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (+ 34.000 Fälle; + 3 Prozent), der teilweise auch auf die Corona-Pandemie zurückgeführt werden kann, weisen alle anderen Auslöser im Jahresverlauf Rückgänge auf.

Stabiler Langzeittrend

Die beiden letztgenannten Trends spiegeln sich auch in der Langzeitperspektive. Die Auslöser „Erkrankung, Sucht, Unfall“ (2008 / 2022: + 46 Prozent; + 337.000 Fälle) und „längerfristiges Niedrigeinkommen“ (2015 / 2022: + 196 Prozent; + 447.000 Fälle) weisen starke Anstiege der Überschuldungsfälle auf. Der Auslöser „unwirtschaftliche Haushaltsführung“, der meist synonym mit dem Begriff „irrationales Konsumverhalten“ verwendet wird, zeigt als dritter Indikator ebenfalls eine deutliche Zunahme von Überschuldungsfällen (2008 / 2022: + 33 Prozent; + 213.000 Fälle) – allerdings mit ei-

nem ebenfalls deutlichen, coronabedingten Rückgang in den letzten beiden Jahren. Dabei bildet „irrationales Konsumverhalten“ oft einen schleichenden Einstieg in eine Überschuldungsspirale und korreliert eher mit Fällen mit geringer Überschuldungsintensität. Im weiteren Rückgang, insbesondere des ökonomischen Auslösers „Arbeitslosigkeit“ (2021 / 2022: - 74.000 Fälle; - 6 Prozent), zeigt sich zweierlei: Offensichtlich haben die staatlichen Corona-Hilfsprogramme Wirkung entfaltet und verhindert, dass Menschen durch die Folgewirkungen der Pandemie arbeitslos geworden und dann in die Überschuldung geraten sind. Dabei korreliert der ökonomische Auslöser „Arbeitslosigkeit“ stärker mit einer Zu- oder Abnahme der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität, wie auch der in diesem Jahr deutliche Rückgang der harten Überschuldungsfälle belegen kann.

Die staatlichen Corona-Hilfsprogramme haben verhindert, dass Menschen arbeitslos und überschuldet geworden sind

Tab. 2.: Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2022 und eine Projektion

Hauptüberschuldungsgrund	Abweichungen		Projektion: Überschuldungsfälle 2022
	2021 / 22	2008 / 22	
Arbeitslosigkeit	- 6%	- 41%	1,15 Mio.
Trennung, Scheidung, Tod	- 6%	- 26%	0,70 Mio.
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 3%	+ 46%	1,07 Mio.
unwirtschaftliche Haushaltsführung	- 2%	+ 33%	0,86 Mio.
gescheiterte Selbstständigkeit	± 0%	- 20%	0,51 Mio.
längerfristiges Niedrigeinkommen	+ 10%	+ 196%	0,68 Mio. (2015 bis 2022)
Sonstige	- 20%	- 54%	0,91 Mio.
Gesamt	- 4%	- 14%	5,88 Mio.

Die Gesamt-Tabelle ist in Kapitel 6.3. zu finden: Tabelle 16.

Der nochmals deutliche Positivtrend spiegelt sich 2022 auch in der Analyse nach Geschlecht. Sowohl Männer als auch Frauen weisen Rückgänge von Überschuldungsfällen und -quoten auf, jedoch nur halb so stark wie 2021. Die Abnahme fällt 2022 bei Männern allerdings deutlicher aus. Die Statistik weist rund 177.000 weniger Überschuldungsfälle von Männern aus als noch 2021 (- 4,7 Prozent), bei Frauen ging die Zahl um rund 97.000 Fälle zurück (- 4,1 Prozent). Frauen weisen wie im Vorjahr einen stärkeren prozentualen Rückgang der harten Überschuldungsfälle auf (- 6,3 Prozent; - 84.000 Fälle) als Männer (- 6,0 Prozent; - 135.000 Fälle). Beim Anteil weicher Überschuldungsfälle ist es umgekehrt (Frauen: - 1,2 Prozent; - 13.000 Fälle / Männer: - 2,7 Prozent; - 41.000 Fälle).

Die Überschuldung von Männern und Frauen nimmt nochmals deutlich ab

Basistrend der letzten Jahre: Frauen sind stärker von Überschuldung betroffen als früher

**Überschuldungsquoten 2022
Männer: 10,56 Prozent
Frauen: 6,48 Prozent**

Die Struktur bleibt gleich: Männer stellen weiterhin die meisten Überschuldungsfälle. Ihre Zahl hat aber seit 2018 kontinuierlich abgenommen, während der Anteil weiblicher Überschuldeter nur die letzten drei Jahre, zum Teil deutlich, abgenommen hatte. Weiterhin sind alleinerziehende Frauen überdurchschnittlich häufig von Überschuldung betroffen, auch da sie oft im Familienleben eine Doppelbelastung „aushalten“ müssen. Rund 3,59 Millionen überschuldete Personen sind 2022 männlichen und rund 2,30 Millionen weiblichen Geschlechts. Die Überschuldungsquote bei Frauen nimmt, wie in den letzten drei Jahren, mit 6,48 Prozent (- 0,27 Punkte) weniger stark ab als die von Männern (10,56 Prozent; - 0,51 Punkte). Dabei hat die Zahl überschuldeter Frauen seit 2004 um rund 208.000 Fälle zugenommen, die Quote ist von 6,09 Prozent um 0,39 Punkte gestiegen. Die Zahl überschuldeter Männer ist im selben Zeitraum von 13,55 Prozent um 2,99 Punkte bzw. um rund 862.000 Fälle gesunken. Dabei gilt auch, dass Frauen laut Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes durch weitaus geringere Schuldensummen belastet sind als Männer.⁵

Tab. 3.: Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2019 bis 2022

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2019	6,92 Mio.	4,22 Mio.	2,70 Mio.	10,04%	12,55%	7,65%
2020	6,85 Mio.	4,17 Mio.	2,69 Mio.	9,87%	12,27%	7,58%
2021	6,16 Mio.	3,76 Mio.	2,40 Mio.	8,86%	11,07%	6,75%
2022	5,88 Mio.	3,59 Mio.	2,30 Mio.	8,48%	10,56%	6,48%
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 0,28 Mio.</i>	<i>- 0,17 Mio.</i>	<i>- 0,10 Mio.</i>	<i>- 0,38</i>	<i>- 0,51</i>	<i>- 0,27</i>
<i>Abw. 2004 / 22</i>	<i>- 0,65 Mio.</i>	<i>- 0,86 Mio.</i>	<i>+ 0,21 Mio.</i>	<i>- 1,26</i>	<i>- 2,99</i>	<i>+ 0,39</i>

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabellen 17 / 18.

Rückgang der Überschuldung ist bei älteren Überschuldeten nur unterdurchschnittlich

Die erneute Entspannung der Überschuldungslage zeigt sich 2022 nach Alter. Alle Altersgruppen weisen zum Teil sehr deutliche Rückgänge von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote auf. Allerdings ist die Überschuldungsentwicklung der älteren Bevölkerungsgruppen (summarisch 60 Jahre und älter) wie bereits 2021 weniger positiv als in den jüngeren Bevölkerungsgruppen (summarisch 18 bis 59 Jahre). Die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote nimmt in den beiden Personengruppen ab 60 Jahren nochmals nur unterdurchschnittlich ab (- 1,8 Prozent; - 22.000 Fälle). Hingegen sinkt die Zahl in den jüngeren überschuldeten Personengruppen deutlich (18 bis 59 Jahre: - 253.000 Fälle; - 5,1 Prozent). Folglich bleibt der Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung trotz Rückgang virulent.⁶ Viele Personen der

älteren Altersgruppen gehen einer Erwerbstätigkeit im Rentenalter nach und arbeiten häufig zusätzlich im Rahmen atypischer resp. geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, um fehlende Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes zu beschaffen. Zudem sind immer mehr Rentenleistungen einkommensteuerpflichtig und mehr als ein Viertel der Rentnerinnen und Rentner können nur über ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro verfügen.⁷

Dabei ist die Überschuldung in der jüngsten Personengruppe (bis unter 30 Jahre) erneut zurückgegangen und erreicht den niedrigsten Wert seit 2013 (0,74 Millionen; - 54.000 Fälle). Der Rückgang ist weniger stark ausgeprägt als in den letzten vier Jahren (- 6,8 Prozent; 2021: - 28,5 Prozent; 2020: - 21,4 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt auf 6,65 Prozent (- 0,33 Punkte). Der Rückgang der Überschuldungsfälle beruht wie bereits in den letzten Jahren auf der gleichzeitigen Abnahme der Fälle mit hoher (- 40.000 Fälle) und geringer Überschuldungsintensität (- 14.000 Fälle). Die harte Überschuldung geht dabei dreimal stärker zurück als die weiche Überschuldung. Hierbei wirken sich geringe Überschuldungsdauer und niedrige Überschuldungsintensität (u.a. Schuldenhöhe, Anzahl Gläubiger) besonders positiv aus.

**Altersgruppe
18 bis 30 Jahre:
0,74 Millionen
(- 54.000 Fälle)**

Tab. 4.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2019 bis 2022

Jahr	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
2021	6,98%	15,13%	12,72%	9,30%	7,32%	3,17%	8,86%
2022	6,65%	14,12%	12,52%	8,89%	7,06%	3,07%	8,48%
<i>Abw. 2021 / 22</i>	- 0,33	- 1,01	- 0,20	- 0,41	- 0,26	- 0,10	- 0,38
<i>Abw. 2013 / 22</i>	- 9,04	- 4,01	+ 0,93	+ 0,29	+ 2,37	+ 2,18	- 1,33

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3. zu finden: Tabellen 19 / 20.

Die besonders wirtschaftsaktive Gruppe der 30- bis 39-Jährigen weist trotz starkem Rückgang zum fünften Mal in Folge die höchste Überschuldungsquote auf (1,53 Millionen; - 96.000 Fälle). Sie sinkt erneut um 1,01 Punkte auf 14,12 Prozent und damit fast dreimal so stark wie im Durchschnitt. Fälle mit hoher Überschuldungsintensität (- 54.000 Fälle) gehen dabei stärker zurück als die Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (- 43.000 Fälle). 2022 weist mehr als jeder vierte 30- bis 39-jährige Verbraucher zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dieser Altersabschnitt ist meist geprägt durch Familiengründung, Hausbau und berufliche Positionierung.

**Altersgruppe
30 bis 39 Jahre:
1,53 Millionen
(- 96.000 Fälle)**

**Altersgruppe
40 bis 49 Jahre:
1,26 Millionen
(- 35.000 Fälle)**

Die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen zeigt 2022 einen geringeren Rückgang der Überschuldungsfälle als noch 2021 (1,26 Millionen; - 35.000 Fälle; - 2,7 Prozent). Die Überschuldungsquote sinkt von 12,72 auf 12,52 Prozent (- 0,21 Punkte), obwohl sich die entsprechende Bevölkerungszahl auf Grund demografischer Effekte (seit 2014) weiter verkleinert hat. Der Rückgang der Überschuldungsfälle in dieser Altersgruppe basiert auf einer Abnahme von Fällen mit juristischer Dimension (- 40.000 Fälle), während die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 5.000 Fälle) gegen den Trend zugenommen hat.

**Altersgruppe
50 bis 59 Jahre:
1,18 Millionen
(- 67.000 Fälle)**

Bei den „Babyboomern“, die zwischen 50 und 59 Jahren alt sind, zeigt sich 2022 ebenfalls ein überdurchschnittlicher Rückgang. Sie werden in den nächsten Jahren zumindest teilweise in den (Vor-)Ruhestand gehen. Die Zahl der Überschuldungsfälle geht zurück (1,18 Millionen; - 67.000 Fälle; - 5,4 Prozent), dabei nimmt die Zahl harter Überschuldungsfälle um den Faktor 10 stärker ab (- 61.000 Fälle) als die der weichen Überschuldungsfälle (- 6.000 Fälle). Die Überschuldungsquote fällt von 9,30 auf 8,89 Prozent (- 0,41 Punkte) und damit erstmals seit 2018 wieder unter die Neun-Prozent-Grenze.

**Altersgruppe
60 bis 69 Jahre:
0,76 Millionen
(- 14.000 Fälle)**

Die 60- bis 69-Jährigen weisen im Gegensatz zum letzten Jahr ebenfalls einen Rückgang von Überschuldungsfällen und -quote auf. Derzeit gibt es 0,76 Millionen Überschuldungsfälle im Alter zwischen 60 und 69 Jahren (- 14.000 Fälle; - 1,8 Prozent). Wie bei den 40- bis 49-Jährigen basiert der Rückgang der Überschuldungsfälle auf einer Abnahme von Fällen mit juristischer Dimension (- 18.000 Fälle), während die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen (+ 5.000 Fälle) zugenommen hat. Die Überschuldungsquote sinkt in dieser Altersgruppe von 7,32 auf 7,06 Prozent (- 0,26 Punkte).

**Altersgruppe ab 70 Jahre:
0,41 Millionen Fälle
(- 8.000 Fälle)**

Die geringste Abnahme weist die älteste Überschuldungsgruppe auf. Die Zahl überschuldeter Personen ab 70 Jahren ist zum zweiten Mal in Folge, wenn auch nur unterdurchschnittlich stark, gesunken (- 8.000 Fälle; - 1,9 Prozent). Ihre Überschuldungsquote geht um 0,10 Punkte auf 3,07 Prozent zurück und verbleibt weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten jüngerer Altersgruppen. Der Anstieg der vergangenen Jahre in dieser Altersgruppe bleibt dennoch auffällig (2013 / 2022: + 270 Prozent) und ist aufmerksam unter dem Aspekt der Altersarmut zu beobachten. Die Gesamtzahl aller überschuldeter Personen hat sich im gleichen Zeitraum um fast elf Pro-

zent verringert. Rund 409.000 Menschen ab 70 Jahren müssen weiterhin als überschuldet eingestuft werden. Der Rückgang in diesem Jahr ist dabei auf eine stärkere Abnahme der harten Überschuldungsfälle zurückzuführen (- 7.000 Fälle; - 3,5 Prozent). Die weichen Überschuldungsfälle sinken nur minimal (- 1.000 Fälle; - 0,5 Prozent).

Die aktuellen Daten zeigen, dass es jüngeren Überschuldeten weiterhin schneller gelingt einer Überschuldungsspirale zu entkommen. Vereinfacht: Jüngere Personen (18 bis 59 Jahre) stellen zwar immer noch die große Mehrheit der Überschuldungsfälle, ihr Anteil nimmt aber merklich ab, die der älteren Personengruppen zu. In Summe stellen die 18- bis 59-Jährigen in diesem Jahr rund 80 Prozent der Überschuldungsfälle, bei den über 60-Jährigen sind es rund 20 Prozent. Zum Vergleich: 2004 betrug ihr Anteil nur rund acht Prozent, bei den unter 60-Jährigen waren es 92 Prozent. In der Regel hat die Überschuldung jüngerer Menschen noch nicht die Intensität und das Volumen erreicht wie bei älteren Personengruppen. Die Anzahl der Gläubiger und die Höhe des Schuldenvolumens liegen deutlich niedriger als bei älteren Überschuldeten. Überschuldete Personen im höheren Alter konnten vor dem Hintergrund meist höherer Einkommen häufig höhere Verbindlichkeiten eingehen und befinden sich länger in einem Überschuldungsprozess. Allerdings ist die durchschnittliche Schuldenhöhe je Überschuldungsfall seit Jahren rückläufig.

Jüngere Menschen können sich schneller entschulden

Tab. 5.: Das Schuldenvolumen in Deutschland 2019 bis 2022 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten

Jahr	Schuldenvolumen nach Werten nach Statistischem Bundesamt	
	Mittlere individuelle Schuldenhöhe	Volkswirtschaftliches Schuldenvolumen
2019	28.200 €	196 Mrd. €
2020	29.500 €	202 Mrd. €
2021	31.100 €	191 Mrd. €
2022	30.300 €	178 Mrd. €

Dabei reicht die Spannweite der Schuldenvolumina nach überschlägigen Hochrechnungen für das Jahr 2022 von rund 56.000 Euro je erfasstem Überschuldungsfall bei den über 70-Jährigen (- 350 Euro zu 2021) bis hin zu rund 9.990 Euro bei den unter 25-Jährigen (- 1.220 Euro).⁸ 2022 liegt die durchschnittliche Höhe bei etwa 30.290 Euro je erfasstem Überschuldungsfall (- 800 Euro; - 3 Prozent). Im Langzeitvergleich von 2006 hat sich der entsprechende

Schuldenvolumen sinkt

Wert von rund 36.900 Euro um rund 6.600 Euro (- 18 Prozent) in fast allen Altersgruppen deutlich verringert.⁹ Nur die jüngste Altersgruppe (+ 1.800 Euro; + 22 Prozent) und die älteste Personengruppe weisen im Langzeitvergleich Anstiege der Schuldensummen auf (+ 15.300 Euro; + 38 Prozent) – allerdings mit in diesem Jahr rückläufigem Trend. Der in der Gesamtsicht kontinuierliche Rückgang hat dazu beigetragen, dass das Gesamtschuldenvolumen für ganz Deutschland in den letzten Jahren weiter gesunken ist, obwohl zwischenzeitlich die Überschuldungszahlen gestiegen waren. 2022 liegt das erwartbare Gesamtschuldenvolumen nach überschlägigen Hochrechnungen bei etwa 178 Milliarden Euro (- 7 Prozent). Im Langzeitvergleich seit 2006 (265 Milliarden Euro) hat sich das Schuldenvolumen um rund 33 Prozent verringert.

2021 / 2022: Positive Folgewirkungen der „coronaren Wirtschaftskrise“

Die Überschuldungslage in Deutschland wurde auch 2022 von den (positiven) Folgewirkungen der „coronaren Wirtschaftskrise“ der Jahre 2020 / 2021 bestimmt. Diese war von Restriktionen, Verordnungen und Einzelhandelsverboten bestimmt und hat zugleich zu einem veränderten Konsumverhalten geführt. Viele Verbraucher zeigten Konsumzurückhaltung, übten Ausgabenvorsicht und sparten mehr als vor der Corona-Krise. Dies hat in den beiden letzten Jahren sicherlich zum deutlichen Rückgang der harten und weichen Überschuldungsfälle geführt. Dennoch nimmt die Überschuldungsgefährdung für viele Verbraucher in Deutschland derzeit („Winter der Ungewissheiten“, Süddeutsche Zeitung) drastisch zu und übersteigt das Risikopotenzial der letzten Jahre bei Weitem.¹⁰ So setzen galoppierende Energiepreise viele private Haushalte zunehmend unter finanziellen Druck, da sie die explodierenden Kosten für Heizen, Warmwasser und Strom (sowie Mobilität) kaum noch werden bezahlen können. Erste Berechnungen mit Hilfe der microm ÜberschuldungsTypologie gehen derzeit von bis zu 20 Prozent der Haushalte in Deutschland aus, die durch Energieüberschuldung gefährdet sind (s. besonders Kapitel 3.1). Zugleich zeigt sich, dass der Anteil derjenigen Verbraucher in Deutschland, die regelmäßig etwas (an)sparen konnten, von 70 Prozent im Jahr 2020 auf mittlerweile nur noch 50 Prozent gesunken ist. Dabei sind, wie in der Corona-Krise, einkommensschwache Bevölkerungsgruppen besonders betroffen, da sie über keine finanziellen Rücklagen verfügen. Aber auch die (ökonomische) Mittelschicht fürchtet, die anstehenden Energiekostenzahlungen nicht ohne Wohlstandseinbußen finanzieren zu können, wie eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft vom September 2022 zeigt.¹¹

„Winter der Ungewissheiten“: Energiepreisexplosion senkt Sparfähigkeit

Etwa 20 Prozent der Haushalte in Deutschland sind durch Energieüberschuldung gefährdet

1.2 Abgeschwächter Doppeltrend: Harte und weiche Überschuldung nehmen ab – die harten Überschuldungsfälle sinken viermal so stark wie die weichen Fälle

Auch in diesem Jahr bestätigen die Daten zur Überschuldungsintensität den insgesamt positiven Grundtrend der Überschuldungsanalyse. Die Zahl harter und weicher Überschuldungsmerkmale nimmt erneut gleichzeitig ab. Die Zahl der Überschuldungsfälle mit juristischen Sachverhalten sinkt um rund 220.000 Fälle (- 6,1 Prozent; Vorjahr: - 5,9 Prozent), allerdings nimmt die Zahl der Fälle mit geringer Überschuldungsintensität nur um rund 54.000 Fälle (- 2,1 Prozent; Vorjahr: - 15,5 Prozent) ab. 2021 lag der Rückgang der weichen Überschuldungsfälle um den Faktor 2 über dem Rückgang der harten Fälle. In diesem Jahr liegt die Abnahme der harten Überschuldungsfälle etwa viermal höher als die Abnahme der weichen Fälle. Der Rückgang der harten Überschuldung liegt zum dritten Mal in Folge auf einem ähnlichen Niveau. Der positive Grundtrend zeigt sich wie in den beiden letzten Jahren sowohl in West- wie in Ostdeutschland (s. auch Kapitel 1.3). Zwischen 2017 und 2020 war die weiche Überschuldung kontinuierlich angestiegen, die harte Überschuldung ist hingegen seit 2018 durchgehend gesunken. In Summe hat sich die Abnahme der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert.

Harte und weiche Überschuldung nehmen erneut gleichzeitig ab

Harte Überschuldung nimmt viermal stärker ab als die weiche Überschuldung

Tab. 6.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2019 bis 2022

Basiswerte	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Anzahl	Abw. zum Vorjahr	Anzahl	Abw. zum Vorjahr
2019	4,01 Mio.	- 125.000	2,91 Mio.	+ 115.000
2020	3,82 Mio.	- 188.000	3,03 Mio.	+ 118.000
2021	3,60 Mio.	- 225.000	2,56 Mio.	- 470.000
2022	3,38 Mio.	- 219.000	2,51 Mio.	- 54.000
<i>Abw. 2006 / 2022</i>	<i>- 0,6%</i>	<i>+ 198.000</i>	<i>- 33,8%</i>	<i>- 1.227.000</i>

Weitere Tabellen sind in Kapitel 6.3 zu finden: Tabellen 21 / 22.

2022 konnten rund 274.000 Verbraucher entweder einer oft dauerhaften Überschuldungsspirale entkommen oder den Weg in eine Überschuldungskrise vermeiden. Die Zahl der harten Überschuldungsfälle entwickelte sich bereits seit 2018 zunehmend positiver, wenn auch der Rückgang der weichen Überschuldung ausgeprägter war. Seit 2020, also dem Beginn der Corona-Pandemie, haben

274.000 Verbraucher entkommen 2022 einer dauerhaften Überschuldungsspirale

**Rückgang der harten
Überschuldung
besonders von jüngeren
Verbrauchern getragen**

445.000 Verbraucher die harte Überschuldung verlassen (- 12 Prozent). Die Zahl weicher Überschuldungsfälle nahm im gleichen Zeitraum um rund 525.000 Fälle ab (- 17 Prozent). Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität korrespondiert mit der seit Jahren andauernden Abnahme neuer Verbraucherinsolvenzverfahren und der Zunahme derjenigen Personen, die sich in den letzten Jahren durch ein entsprechendes Verfahren aus der Überschuldung befreien konnten. Der Rückgang der harten Überschuldung wird anteilig wie seit 2020 besonders von jüngeren Verbrauchern (bis 39 Jahre) getragen. Diesen gelingt es schneller, sich aus dem Überschuldungskarussell zu verabschieden.

**2022: Tiefstand der
harten Überschuldungs-
fälle**

Allerdings verbleiben auch 2022 rund 3,38 Millionen Menschen in Deutschland in einer dauerhaften Überschuldungsspirale. Der Wert liegt erstmals seit dem Beginn der Analysen nach Überschuldungsintensität unter dem Ausgangswert von 2006 (2006 / 2022: - 22.000 Fälle; - 1 Prozent). Auf dem Höchststand im Jahr 2017 waren noch über 4,22 Millionen Personen „hart überschuldet“. Der zwischenzeitliche Anstieg der Verbraucherinsolvenzen stand 2020 / 2021 im Zusammenhang mit dem Gesetz zur schrittweisen Verkürzung von Restschuldbefreiungsverfahren von sechs auf drei Jahre. Die Neuregelung galt für ab dem 1. Oktober 2020 beantragte Verbraucherinsolvenzverfahren. Dabei hielten viele überschuldete Privatpersonen offensichtlich ihren Insolvenzantrag zunächst zurück, um von der Neuregelung zu profitieren. Dieser „Run“ ist aber bereits wieder zu Ende (s. auch Kapitel 1.1).

**Krisenbedingter
Rückgang der
Überschuldungsfälle
2007 bis 2009 war
stärker ausgeprägt**

Das im letzten Jahr im Vergleich der Folgewirkungen von Corona-Krise und der Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2007 / 2009 identifizierte Grundmuster bricht, auch da der diesjährige Rückgang der Überschuldungszahlen deutlich flacher ausfällt als vor rund 15 Jahren. Der Rückgang der Jahre 2007 / 2009 war nochmals stärker ausgeprägt (- 1,14 Millionen Fälle; - 16 Prozent) als 2020 / 2022 (- 0,97 Millionen Fälle; - 14 Prozent). Allerdings beruhte die Abnahme der Überschuldungsfälle vor rund 15 Jahren fast ausschließlich auf nachhaltigen Zahlungsstörungen (2007 / 2009: - 30 Prozent; 2020 / 2022: - 17 Prozent). Die Zahl harter Überschuldungsfälle stagnierte seinerzeit (- 4.000 Fälle; ± 0 Prozent), während sie seit 2020 um rund 445.000 Fälle gesunken ist (- 12 Prozent). Die Corona-Krise hat somit in positiver Lesweise zu einem qualifizierten Rückgang der (strukturellen) Überschuldung in Deutschland geführt, der auch vor

dem Hintergrund der seit etwa 2015 andauernden Hochkonjunkturphase einzuordnen ist. Diese hat es bereits vor der Corona-Krise vielen hart überschuldeten Verbrauchern ermöglicht, einen Weg aus dem „Schuldenturm“ zu finden bzw. den Weg dahin zu vermeiden. Zwischen 2016 und 2020 ging die Zahl harter Überschuldungsfälle um rund 347.000 Fälle (- 8 Prozent) zurück, während die Zahl von Verbrauchern mit nachhaltigen Zahlungsstörungen in gleicher Größenordnung (+ 352.000 Fälle; + 13 Prozent) zunahm. Letzteres kann auch als „Nebenprodukt“ des Konjunkturbooms und einer zunehmenden Konsumverschuldung interpretiert werden, das sich nun in Teilen durch die Corona-Krise aufgelöst hat. Derzeit zeigen immer noch rund 2,51 Millionen Verbraucher in Deutschland nachhaltige Zahlungsstörungen, die in vielen Fällen als Vorstufe zur harten Überschuldung auftreten. Dies sind allerdings rund 1,28 Millionen Fälle weniger als noch im Jahr 2006 (- 34 Prozent).

Zudem ist die Positiventwicklung der letzten beide Jahre nicht ohne die staatlichen Hilfsmaßnahmen und -programme zu erklären. Sie haben die schlimmsten sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie abgemildert. 2020 / 2021 hatten besonders häufig Geringverdiener, Kleinstunternehmer, Freiberufler und Soloselbstständige coronabedingte Einnahmeausfälle und -rückgänge beklagt. In vielen Fällen halfen Überbrückungsgelder, Kurzarbeitergeld und eine Vielzahl finanzieller Hilfen meist kleineren Betrieben, um Umsatz- und Einkommensausfälle auszugleichen. Der Arbeitsmarkt blieb jedenfalls von dauerhaften Einbrüchen verschont, die Einkommenssituation der Arbeitnehmer weitgehend stabil. Diese wurden durch Konsumverzicht, Konsumzurückhaltung, Ausgabenvorsicht und eine erhöhte Sparbereitschaft der Verbraucher flankiert. Das Dilemma: Die nun anstehende Energiepreiskrise wird trotz den Tiefstständen von Konsumklima und Anschaffungsneigung sowie durch eine in Folge der steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten deutlich eingeschränkte Sparfähigkeit großer Teile der Bevölkerung nicht ohne nachhaltige und zielgenaue staatliche Hilfsmaßnahmen zu stemmen sein.¹² Zudem sind die Corona-Rücklagen bereits wieder „entspart“, so dass im nächsten Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder Anstiege von harten und weichen Überschuldungsfällen gemessen werden müssen. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl neuer Überschuldungsfälle deutlich über dem Wiederanstieg nach Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 / 2010 (+ 292.000 Überschuldungsfälle; + 5 Prozent) liegen wird.

Hochkonjunktur 2015 / 2019 senkt „harte Überschuldung“

Positive Entwicklung 2020 / 2022 durch staatliche Unterstützung sowie Konsumzurückhaltung und Ausgabenvorsicht

Energiepreiskrise führt zu eingeschränkter „Sparfähigkeit“ und erhöhter Überschuldungsgefährdung

1.3 Positivtrend wie im Vorjahr in Ost- und Westdeutschland und auf (fast) allen räumlichen Ebenen

397 von 401 Kreisen und Städten verzeichnen einen Rückgang der Überschuldungsquote

Die Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2022 in allen ost- und westdeutschen Bundesländern positiv, auch wenn der Positivtrend nicht die Stärke des Vorjahres erreicht. In diesem Jahr verzeichnen 397 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland einen Rückgang der Überschuldungsquote (99 Prozent). Im vergangenen Jahr hatten noch alle 401 Städte und Landkreise bessere Überschuldungsquoten als 2020 gezeigt. 2019 / 2020 lag die Verbesserungsquote noch bei 82 Prozent (327 Kreise und kreisfreie Städte). Allerdings verringerte sich der so genannte Spreizungswert auf Kreisebene, also zwischen der geringsten und der höchsten Überschuldungsquote nach Städten und Landkreisen, nochmals leicht. Er liegt bei 16,15 Punkten und damit um 0,03 Punkte unterhalb des Vorjahreswertes (2020 / 2021: - 1,60 Punkte).

Kreisfreie Städte verbessern sich wie bereits im letzten Jahr stärker als Landkreise und Kreise

Die stärksten Rückgänge zeigen meist kreisfreie Städte, die bereits in den letzten Jahren überdurchschnittlich hohe Überschuldungsquoten aufwiesen, wie beispielsweise die Städte Wiesbaden (13,91 Prozent; - 0,79 Punkte) und Wuppertal (14,82 Prozent; - 0,78 Punkte). Aber auch Städte mit eher niedrigen Überschuldungsquoten zeigten 2022 deutliche Verbesserungen, wie die Städte Münster (6,57 Prozent; - 0,93 Punkte) und Rosenheim (8,23 Prozent; - 0,82 Punkte). Hingegen verbesserten sich diejenigen Landkreise, die bereits in der Vergangenheit besonders niedrige Quoten aufwiesen, deutlich weniger stark, wie beispielsweise die Landkreise Eichstätt (3,55 Prozent; - 0,23 Punkte), Erlangen-Höchstadt (4,06 Prozent; - 0,23 Punkte) oder Aichach-Friedberg (4,23 Prozent; - 0,32 Punkte). Die beiden Erstgenannten führen bereits seit 2011 das Positiv-Ranking an. Der Landkreis Aichach-Friedberg hat sich 2022 von Platz vier auf Platz drei verbessert. Zudem gilt die Strukturaussage: Kreisfreie Städte (10,42 Prozent; - 0,41 Punkte) verbessern sich wie bereits im letzten Jahr stärker als die Landkreise und Kreise (summarische Überschuldungsquote: 7,52 Prozent; - 0,37 Punkte).

Deutlicher Positivtrend in Ost- und Westdeutschland

Die Zahl der Überschuldungsfälle ist auch 2022 in beiden Teilen Deutschlands auf ähnlichem Niveau zurückgegangen – in den westdeutschen Bundesländern zum vierten Mal und in Ostdeutschland bereits zum sechsten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote in Westdeutschland sinkt auf 8,40 Prozent (- 0,39 Punkte), in

Ostdeutschland auf 8,93 Prozent (- 0,36 Punkte) und damit ebenfalls unter die Neun-Prozent-Marke. Im letzten Jahr hatte sie in Ostdeutschland zum ersten Mal seit 2013 wieder die Zehn-Prozent-Marke unterschritten.

Die Bundesländer im Osten und Westen erreichen erstmals beide zugleich den hellgrünen Bereich der Überschuldungsampel. Der auch 2022 wiederum leicht positivere Trend in Westdeutschland wird dabei wie in den letzten Jahren durch die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Im Osten hat sich die Einwohnerzahl seit 2004 fast durchgehend verringert, während sie sich im Westen Deutschlands kontinuierlich erhöht hat. Die Überschuldungsquote sinkt in Folge hier stärker. Die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland geht stärker zurück als in den westlichen Bundesländern und verhindert einen noch stärkeren Rückgang der Überschuldungsquote. Im Osten verbleibt die Zahl der Überschuldungsfälle unter der Ein-Millionen-Grenze. Insgesamt sind im Osten rund 0,94 Millionen Personen überschuldet – rund 41.000 Überschuldungsfälle weniger als noch 2021. Im letzten Jahr war die Zahl noch um fast 100.000 Fälle gesunken. Zwischen 2014 und 2017 war sie hier noch kontinuierlich gestiegen (summarisch: + 35.000 Fälle), um seit 2018 um rund 176.000 Fälle zurückzugehen. In den westlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) sind derzeit noch rund 4,94 Millionen Personen überschuldet – rund 233.000 Personen weniger als 2021. Im letzten Jahr war die Zahl der Fälle im Westen noch um 596.000 Fälle gesunken. Zuvor war die Zahl der Überschuldungsfälle im Westen seit 2014 bis 2019 zum Teil deutlich angestiegen (+ 322.000 Fälle), um seit 2020 um rund 880.000 Fälle zurückzugehen.

In Ostdeutschland weiterhin weniger als eine Million Überschuldungsfälle

In Westdeutschland sinkt die Zahl der Überschuldungsfälle unter die Fünf-Millionen-Grenze

Tab. 7.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2019 bis 2022

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			Spreizung
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
2021	5,17 Mio.	0,99 Mio.	6,16 Mio.	8,79%	9,29%	8,86%	+ 0,50
2022	4,94 Mio.	0,94 Mio.	5,88 Mio.	8,40%	8,93%	8,48%	+ 0,54
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 233.000</i>	<i>- 41.000</i>	<i>- 274.000</i>	<i>- 0,39</i>	<i>- 0,36</i>	<i>- 0,38</i>	<i>+ 0,04</i>
<i>Abw. 2004 / 22</i>	<i>- 407.000</i>	<i>- 248.000</i>	<i>- 655.000</i>	<i>- 1,19</i>	<i>- 1,56</i>	<i>- 1,26</i>	<i>-0,37</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin. Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Siehe auch Tabelle 23 in Kapitel 6.3.

Die Lage verbessert sich im Westen leicht stärker als im Osten

Die Analyse nach Überschuldungsintensität zeigt, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen wie im letzten Jahr stärker beruhigt hat als im Osten. Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist im Westen und im Osten gleich stark ausgeprägt (harte Negativmerkmale: Ost wie West - 6,1 Prozent). Allerdings sinkt die Zahl von Fällen mit weichen Negativmerkmalen im Westen (- 2,2 Prozent) leicht stärker als im Osten Deutschlands (- 1,5 Prozent). Der Grundtrend der letzten Jahre bleibt trotz erneutem Rückgang deutlich: Die Zahl der Überschuldungsfälle ist im Langzeitvergleich 2006 / 2022 im Osten stärker gesunken (- 27 Prozent; - 342.000 Fälle) als im Westen (- 16 Prozent; - 962.000 Fälle). Die immer noch höhere Überschuldungsquote im Osten basiert auf dem starken Rückgang der Bevölkerung, besonders in Form einer „Landflucht“ in den ruralen Regionen in den östlichen Bundesländern. Allerdings bildet der Westen Deutschlands seit 2008 mit deutlichem Abstand das Schlusslicht der Überschuldungsentwicklung.

**Auch 2022 ein Positivtrend im Westen
Zehn von elf Städten und Kreisen des Ruhrgebiets zeigen Rückgänge der Überschuldungsquoten**

Der Positivtrend der beiden letzten Jahre zeigt sich auch in den altindustriell geprägten, strukturschwachen Regionen des Ruhrgebiets. So sind erfreulicherweise die Überschuldungsquoten im Ruhrgebiet zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen, wenn auch nicht so stark wie im Bundestrend. Die Überschuldungsquote in den elf Städten und Kreisen des Ruhrgebiets sinkt von 12,65 auf 12,36 Prozent (- 0,29 Punkte), die Zahl der Überschuldungsfälle nimmt nochmals um fast 15.000 Fälle ab (- 3 Prozent). 2021 betrug der Rückgang der Überschuldungsquote noch rund 1,2 Punkte und betraf etwa 53.000 Überschuldungsfälle. Nach dem Höchstwert von 2019 mit 596.000 Überschuldungsfällen sinkt die Zahl überschuldeter Personen in diesem Jahr auf den drittniedrigsten Wert seit 2004 (2022: 526.200 Fälle). Allerdings führen die Ruhrgebietsstädte Duisburg (15,87 Prozent; - 0,29 Punkte), Essen (12,45 Prozent; - 0,49 Punkte) und Dortmund (12,44 Prozent; - 0,29 Punkte) das Überschuldungsranking der Städte mit über 400.000 Einwohnern an.¹³ Trotz erneutem Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten bleibt das Ruhrgebiet ein „Brennpunkt“ sozialer Problemlagen in Deutschland. Hohe Arbeitslosigkeit, Einkommensarmut und hohe soziale Transferleistungen bilden weiterhin eine prekäre Gemengelage, die die Regionen im Ruhrgebiet zu einem „Sorgenkind“ der Überschuldungsentwicklung machen.

Tab. 8.: Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2020 bis 2022

Bundesland	Überschuldungsquoten			Abw.		Überschuldungsfälle in Mio.			Abw.	
	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22
Bayern	7,14%	6,43%	6,05%	- 0,38	- 1,14	0,78	0,70	0,66	- 41.000	- 55.000
Baden-Württemberg	8,11%	7,28%	6,95%	- 0,33	- 0,55	0,75	0,67	0,64	- 31.000	- 1.000
Thüringen	9,14%	8,32%	8,08%	- 0,24	- 1,94	0,17	0,15	0,15	- 5.000	- 55.000
Brandenburg	9,64%	8,62%	8,23%	- 0,39	- 2,97	0,20	0,18	0,18	- 8.000	- 64.000
Hessen	9,95%	8,82%	8,43%	- 0,39	- 1,15	0,52	0,46	0,44	- 21.000	- 35.000
Sachsen	9,66%	8,87%	8,51%	- 0,36	- 0,44	0,33	0,30	0,29	- 14.000	- 37.000
Niedersachsen	10,19%	9,02%	8,62%	- 0,40	- 1,51	0,68	0,60	0,57	- 26.000	- 75.000
Hamburg	10,53%	9,10%	8,64%	- 0,46	- 2,23	0,16	0,14	0,13	- 7.000	- 25.000
Rheinland-Pfalz	10,06%	9,03%	8,69%	- 0,34	- 1,44	0,34	0,31	0,30	- 12.000	- 33.000
Schleswig-Holstein	10,69%	9,45%	8,93%	- 0,52	- 1,90	0,26	0,23	0,22	- 12.000	- 29.000
Mecklenburg-Vorpommern	10,46%	9,59%	9,13%	- 0,46	- 2,37	0,14	0,13	0,12	- 6.000	- 40.000
Saarland	11,60%	10,43%	10,04%	- 0,39	- 1,01	0,10	0,09	0,08	- 4.000	- 13.000
Nordrhein-Westfalen	11,63%	10,47%	10,05%	- 0,42	- 0,63	1,74	1,56	1,50	- 65.000	- 59.000
Berlin	12,02%	10,81%	10,47%	- 0,34	- 3,56	0,37	0,33	0,32	- 11.000	- 79.000
Sachsen-Anhalt	12,62%	11,56%	11,20%	- 0,36	- 1,01	0,24	0,22	0,21	- 8.000	- 52.000
Bremen	13,97%	12,81%	12,46%	- 0,35	- 0,89	0,08	0,07	0,07	- 2.000	- 3.000
Deutschland	9,87%	8,86%	8,48%	- 0,38	- 1,26	6,85	6,16	5,88	- 274.000	- 655.000

Abweichung in Prozentpunkten / überschuldete Personen in Millionen / Rundungsdifferenzen möglich.

Auch 2022 spiegelt sich die positive Überschuldungsentwicklung in allen Bundesländern. Alle 16 Bundesländer weisen einen meist deutlichen Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten auf. Bei acht Bundesländern ist die Abnahme der Überschuldung überdurchschnittlich. Die geringste Verbesserung zeigt Thüringen (8,08 Prozent; - 0,24 Punkte), den höchsten Rückgang Schleswig-Holstein (8,93 Prozent; - 0,52 Punkte). Baden-Württemberg (6,95 Prozent; - 0,33 Punkte) verbleibt im Positivranking hinter Bayern (6,05 Prozent; - 0,38 Punkte), aber mit über einem Punkt Abstand vor Thüringen. Danach folgen Brandenburg (8,23 Prozent) und Hessen (8,43 Prozent; beide - 0,39 Punkte). Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (12,46 Prozent; - 0,35 Punkte), Sachsen-Anhalt (11,20 Prozent; - 0,36 Punkte) und Berlin (10,47 Prozent; - 0,34 Punkte). Auffällig: Im Langzeitvergleich 2004 / 2022 weist kein Bundesland mehr Anstiege von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquote auf.

Auch 2022 bleiben Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen vorne

Schlusslichter bleibe Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen

2 Das Verbraucherverhalten im Übergang von der „Post-Corona-Phase“ zur „kriegsverstärkten Energiepreiskrise“

2.1 Ergebniseinordnung: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren in der Post-Corona-Phase

Corona-Krise besser überstanden, als es im Frühjahr 2020 zu erwarten war

Deutschland hat die Corona-Krise besser überstanden, als dies zu Beginn im Frühjahr 2020 zu erwarten war. Die schlimmen Befürchtungen („Jahrhundertrezession“, Deka-Bank, April 2020) haben sich nicht eingestellt, die deutsche Wirtschaft schaltete nach Auslaufen der Corona-Beschränkungen Anfang 2022 auf „Restart“. Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland zeigt sich seit 2020 deutlich positiv. Der deutsche Arbeitsmarkt überstand die Krise dank umfassender Kurzarbeitsplatzprogramme nahezu unbeschadet. Dabei bietet ein sicherer Arbeitsplatz, und damit verbunden ein ausreichendes Einkommen, immer noch den besten Schutz vor Überschuldung.

Deutsche Wirtschaft: „Konjunktur auf Entzug“

Bis zum Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine schien die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland zeigte in allen drei Quartalen 2022, preis-, saison- und kalenderbereinigt, ein unerwartetes Plus (1. Quartal: + 0,8 Prozent; 2. Quartal: + 0,1 Prozent; 3. Quartal: + 0,3 Prozent). Im letzten Quartal 2021 hatte es noch stagniert.¹⁴ Im 4. Quartal 2022 wird ein deutlicher Rückgang erwartet, der „in die Rezession“¹⁵ führen wird. Die Deutsche Bundesbank kommentiert im Monatsbericht Oktober 2022: „Die erheblichen Kaufkraftverluste und die zurückhaltende Kaufkraft der privaten Haushalte dürften zudem zu einem Rückgang des privaten Verbrauchs führen und auf die konsumnahen Dienstleistungen ausstrahlen. Insgesamt könnte die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr deutlich sinken.“ Die führenden Wirtschaftsinstitute prognostizieren für das kommende Jahr einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,4 Prozent – nach einem Prognosewert von + 3,1 Prozent im Frühjahr 2022: „In dieser Revision zeigt sich das Ausmaß der Energiekrise.“ Der Konjunkturprognose der OECD von Ende September zufolge droht Deutschland die „tiefe“ Rezession (- 0,7 Prozent) und die „höchste Inflation“ von allen Industrieländern. Bereits jetzt ist die deutsche „Konjunktur auf Entzug“ (s. zu allen nachfolgenden Daten, Tabelle 9).¹⁶

Die Corona-Effekte auf den deutschen Arbeitsmarkt waren temporär. Dieser zeigt sich laut Bundesagentur für Arbeit (BA) im September 2022 „weiter insgesamt stabil. Im Zuge der Herbstbelegung sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gesunken. Saisonbereinigt

errechnen sich zwar merkliche Anstiege, berücksichtigt man aber die direkten Auswirkungen der ukrainischen Fluchtmigration gibt es keine nennenswerten Veränderungen.“¹⁷ Die Zahl arbeitsloser Personen war im September 2022 auf 2,485 Millionen Personen und eine Quote von 5,4 Prozent gesunken und damit wieder in etwa auf den Wert des Vorjahres. Allerdings liegt der Wert damit immer noch merklich über dem Mittelwert des letzten Vor-Corona-Jahres 2019 (+ 219.000 Arbeitslose). Zwischen März 2020 und August 2020 war die Zahl arbeitsloser Personen um über 22 Prozent auf 2,96 Millionen Arbeitslose gestiegen (+ 620.000 Personen). Zudem ist die Inanspruchnahme von Kurzarbeit deutlich rückläufig. Die Zahl der Personen, für die Kurzarbeit neu oder erneut angezeigt wurde, blieb auch im September 2022 niedrig. Der letzte offiziell verfügbare Wert lag bei rund 0,43 Millionen Kurzarbeitern (konjunkturelle Kurzarbeit) und damit im Vergleich zum Jahr 2019 noch deutlich darüber (Mittelwert: 0,15 Millionen; + 284.000), im Vergleich zu 2020 (2,94 Millionen; - 2,5 Millionen) aber deutlich darunter.¹⁸

Arbeitsmarkt in der Post-Corona-Phase „insgesamt stabil“

Desgleichen hat sich die Zahl langzeitarbeitsloser Personen wieder verringert, nachdem sie in Folge der Corona-Pandemie deutlich angestiegen war. Im September 2022 waren zwar immer noch 0,89 Millionen Personen als langzeitarbeitslos vermerkt, allerdings rund 13 Prozent weniger als noch im Mittel des Jahres 2021 (1,03 Millionen). Seit November 2021 liegt die Zahl der Langzeitarbeitslosen wieder unter der Ein-Millionen-Grenze. Hingegen zeigt sich die Entwicklung im Bereich der Unterbeschäftigung wieder leicht negativ. Hier ist die Zahl betroffener Personen im Vergleich zum Mittel des Jahres 2022 wieder angestiegen (September 2022: 3,25 Millionen; + 96.000; + 3,1 Prozent). 2020 war die Zahl unterbeschäftigter Personen auf 3,52 Millionen angestiegen.¹⁹ Dabei hat sich die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter weiter erholt und ist im Vergleich der Jahre 2021 / 2022 um rund 411.000 Personen gewachsen (34,33 Millionen). Allerdings ist auch die Zahl geringfügig entlohnter Beschäftigter (Mini-Jobs) bis Juli 2022 wieder um fast 260.000 Stellen gestiegen (7,36 Millionen; + 258.000 im Vergleich zum Mittel 2021). In jedem Fall sprechen viele Daten dafür, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt nur temporär und letztlich auch begrenzt waren. Die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten vieler Arbeitnehmer sind bislang nicht massiv oder dauerhaft eingeschränkt worden.

Die Zahl langzeitarbeitsloser Personen seit November 2021 wieder unterhalb der Ein-Millionen-Grenze

Weiterhin stabile finanzielle Ausstattung der Verbraucher

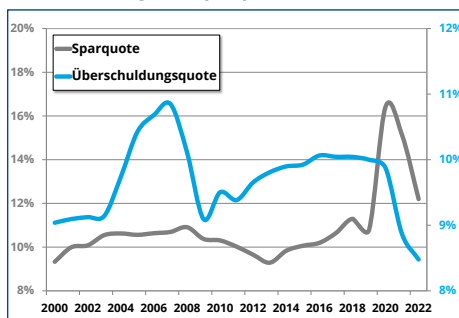
Insbesondere die staatlichen Hilfsprogramme haben bis heute dazu beigetragen, dass die finanzielle Ausstattung der Verbraucher trotz Corona stabil geblieben ist. Die verfügbaren Einkommen der Verbraucher stiegen bereits 2021 (+ 2,1 Prozent; + 42,3 Milliarden Euro) wieder genauso stark an wie noch 2019 (+ 2,1 Prozent; + 40,5 Milliarden Euro). Für 2022 kann sogar noch ein leicht stärkeres Wachstum erwartet werden (+ 3,0 Prozent; + 61,3 Milliarden Euro). 2023 werden die verfügbaren Einkommen real um rund 3,5 Prozent sinken (Gemeinschaftsdiagnose, Herbst 2022).

Zugleich stiegen die Tarifverdienste der Arbeitnehmer zum Jahresbeginn 2022 wieder merklich an. Dabei sind sie nach einem starken Jahresbeginn (+ 4,0 Prozent) im zweiten Quartal lediglich um 1,2 Prozent gestiegen. Grund hierfür waren kräftige Einmal- und Sonderzahlungen zu Jahresbeginn. Im Gesamtjahr werden sie im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent zulegen, aber den Anstieg der Verbraucherpreise nicht werden ausgleichen können. Dennoch wird sich der Tariflohnanstieg in den nächsten beiden Jahren spürbar beschleunigen, da mit fortschreitender Zeit immer mehr Tarifverträge mit vergleichsweise niedrigen Abschlussraten auslaufen und durch Verträge mit deutlich höheren Abschlussraten ersetzt werden. Neben dem Inflationsschub sorgt dabei auch die hohe Arbeitskräfteknappheit für höhere Lohnabschlüsse. Für 2023 und 2024 werden Zuwächse von 4,7 Prozent bzw. 5,3 Prozent erwartet.

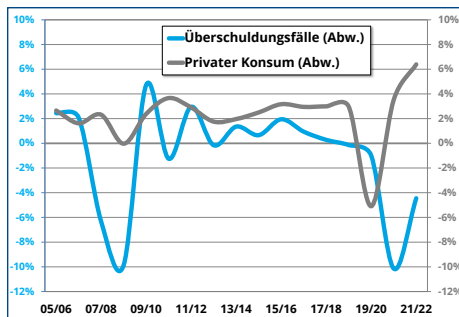
Dabei nahmen die privaten Konsumausgaben nach einem deutlichen Rückgang 2020 (- 5,1 Prozent; - 91,9 Milliarden Euro) bereits 2021 wieder zu (+ 3,5 Prozent; + 60,3 Milliarden Euro). Für 2022 werden Mehrausgaben in Höhe von rund 113,3 Milliarden Euro durch privaten Konsum (+ 6,4 Prozent) erwartet. Allerdings schmälern die stark steigenden Verbraucherpreise die Kaufkraft der privaten Haushalte deutlich. Die Inflationsrate lag im Oktober 2022 bei (voraussichtlich) 10,4 Prozent, dem höchsten Wert seit 1951.²⁰ Infolge der vermehrten Ausgaben fällt die Sparquote im Jahresverlauf 2022 auf „nur“ noch 12,2 Prozent – nach 16,4 Prozent 2020 und 15,1 Prozent im letzten Jahr. Das Sparvermögen sinkt 2022 voraussichtlich auf 261,9 Milliarden Euro (- 17,1 Prozent). Hauptgrund ist die aktuelle Energiekrise, die zu dauerhaften Einkommenseinbußen und entsprechend niedrigeren privaten Konsum- und Sparmöglichkeiten in Deutschland führen wird.

Basistrends 2021 / 2022

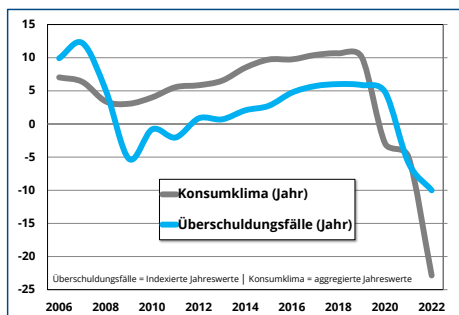
Überschuldung und Sparquote



Überschuldung und privater Konsum



Überschuldung und Konsumklima



Tab. 9.: Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren während der Corona-Pandemie 2019 bis 2022 (Stand: September 2022)

Statistisches Bundesamt:				
Daten zu Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise - Einkommen, Konsum, Sparen				
Bruttoinlandsprodukt (saison- und kalenderbereinigt)	Bezug	Index	Abw.	
<i>Bezug: Vorjahre</i>	2019	107,4	+1,1%	
	2020	102,1	-4,9%	
	2021	105,6	+2,6%	
<i>Bezug: Vorquartale</i>	1. Qu. 2022	107,4	+0,8%	
	2. Qu. 2022	107,5	+0,1%	
	3. Qu. 2022	107,8	+0,3%	
<i>Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022“ (Bezug: Vorjahr)</i>	2021	105,6	+2,6%	
	2022	107,1	+1,4%	
	2023	106,7	-0,4%	
Verbraucherpreisindex (saison- und kalenderbereinigt)	Bezug	Index	Abw.	
<i>Bezug: Vorjahre</i>	2019	105,3	+1,5%	
	2020	105,8	+0,5%	
	2021	109,1	+3,1%	
	Sep. 22	121,1	+11,0%	
<i>Eckdaten: „Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022“ (Bezug: Vorjahr)</i>	2021	109,1	+3,1%	
	2022	118,3	+8,4%	
	2023	128,7	+8,8%	
Verfügbare Einkommen	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	1.960,5 Mrd.	+2,1%	+40,5 Mrd.
	Ø 2020	1.988,9 Mrd.	+1,4%	+28,3 Mrd.
	Ø 2021	2.031,2 Mrd.	+2,1%	+42,3 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2022	2.092,5 Mrd.	+3,0%	+61,3 Mrd.
Private Konsumausgaben	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	1.805,5 Mrd.	2,9%	+50,9 Mrd.
	Ø 2020	1.713,5 Mrd.	-5,1%	-91,9 Mrd.
	Ø 2021	1.773,8 Mrd.	3,5%	+60,3 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2022	1.887,2 Mrd.	6,4%	+113,3 Mrd.
Sparguthaben	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	218,2 Mrd.	-2,2%	-5,0 Mrd.
	Ø 2020	336,6 Mrd.	+54,3%	+118,4 Mrd.
	Ø 2021	316,0 Mrd.	-6,1%	-20,5 Mrd.
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2022	261,9 Mrd.	-17,1%	-54,1 Mrd.
Sparquote	Bezug	Absolut	Abw.	
	Ø 2019	10,8%	-0,5 Punkte	
	Ø 2020	16,4%	+5,6 Punkte	
	Ø 2021	15,1%	-1,3 Punkte	
<i>Hochrechnung für Gesamtjahr</i>	Ø 2022	12,2%	-2,9 Punkte	
<i>Höchster Wert</i>	1.Qu. 2021	22,2%	+10,0 Punkte	

Bundesagentur für Arbeit: Daten zum Arbeitsmarkt				
Arbeitslose	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	2,27 Mio.	-3,1%	-73.000
	Ø 2020	2,70 Mio.	+18,9%	+429.000
	Ø 2021	2,61 Mio.	-3,0%	-82.000
	Ø 2022	2,41 Mio.	-7,8%	-204.000
	Sep. 22	2,49 Mio.	-4,9%	-128.000
<i>Höchster Wert (2019-2022; Abw. zu Ø 2022)</i>	<i>Aug. 20</i>	<i>2,96 Mio.</i>	<i>+22,6%</i>	<i>+546.000</i>
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis September 2022)</i>	<i>-</i>	<i>+219.000</i>		
Langzeitarbeitslose	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	0,73 Mio.	-10,6%	-86.000
	Ø 2020	0,82 Mio.	+12,3%	+89.000
	Ø 2021	1,03 Mio.	+25,8%	+210.000
	Ø 2022	0,93 Mio.	-9,5%	-97.000
	Sep. 22	0,89 Mio.	-4,2%	-39.000
<i>Höchster Wert (2019-2021; Abw. zu Ø 2021)</i>	<i>Apr. 21</i>	<i>1,07 Mio.</i>	<i>+14,9%</i>	<i>+139.000</i>
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis September 2022)</i>	<i>-</i>	<i>+163.000</i>		
Kurzarbeiter	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	0,15 Mio.	+23,5%	+0,03 Mio.
	Ø 2020	2,94 Mio.	+1922,9%	+2,79 Mio.
	Ø 2021	1,85 Mio.	-37,0%	-1,09 Mio.
	Ø 2022	0,77 Mio.	-58,7%	-1,09 Mio.
	Apr. 22	0,43 Mio.	-76,8%	-1,42 Mio.
<i>Höchster Wert (2019-2021; Abw. zu Ø 2021)</i>	<i>Apr. 20</i>	<i>6,01 Mio.</i>	<i>+684,8%</i>	<i>+5,24 Mio.</i>
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis September 2022)</i>	<i>-</i>	<i>+284.000</i>		
Unterbeschäftigung	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	3,20 Mio.	-2,6%	-86.000
	Ø 2020	3,52 Mio.	+10,0%	+319.000
	Ø 2021	3,39 Mio.	-3,6%	-127.000
	Ø 2022	3,15 Mio.	-7,0%	-238.000
	Sep 22	3,25 Mio.	+3,1%	+97.000
<i>Höchster Wert (2019-2021; Abw. zu Ø 2021)</i>	<i>Aug 20</i>	<i>3,70 Mio.</i>	<i>+17,3%</i>	<i>+545.000</i>
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis September 2022)</i>	<i>-</i>	<i>+52.000</i>		
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	33,54 Mio.	+1,7%	+545.000
	Ø 2020	33,58 Mio.	+0,1%	+40.000
	Ø 2021	33,92 Mio.	+1,0%	+344.000
	Ø 2022	34,33 Mio.	+1,2%	+411.000
	Jul. 22	34,33 Mio.	+1,2%	-4.000
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis September 2022)</i>	<i>-</i>	<i>+792.000</i>		
„Mini-Jobs“ (geringfügig entlohnte Beschäftigung)	Bezug	Absolut	Abw.	Absolut
	Ø 2019	7,53 Mio.	+0,8%	+63.000
	Ø 2020	7,16 Mio.	-4,9%	-368.000
	Ø 2021	7,10 Mio.	-0,8%	-59.000
	Ø 2022	7,24 Mio.	+2,0%	+142.000
	Jul. 22	7,36 Mio.	+1,6%	+258.000
<i>Niedrigster Wert (2019-2022; Abw. zu Ø 2022)</i>	<i>Feb. 21</i>	<i>6,87 Mio.</i>	<i>-3,3%</i>	<i>-233.000</i>
<i>„Corona-Effekt“ (Ø 2019 zu bis Juli 2022)</i>	<i>-</i>	<i>-169.000</i>		

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Eigenberechnungen.

2.2 Perspektiven: Die wirtschaftliche Lage der Verbraucher in Deutschland zwischen Inflation, Rezession und Wohlstandseinbußen

Die vorliegenden positiven Überschuldungsdaten für die Jahre 2021 / 2022 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsche Gesellschaft auch aus der Perspektive der Überschuldungsforschung vor einer „Zeitenwende“ steht. Nicht nur Deutschland sieht sich innerhalb kürzester Zeit mit zwei großen und historisch einmaligen Krisen konfrontiert: der Corona-Pandemie und dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. In Verknüpfung führen beide zu einer dramatischen Belastung der finanziellen Möglichkeiten der deutschen Bevölkerung. So setzen galoppierende Energiepreise private Haushalte zunehmend unter finanziellen Druck, da sie die explodierenden Kosten für Heizen, Warmwasser und Strom (sowie Mobilität) kaum noch werden bezahlen können (s. Kapitel 3.1.). Zugleich ist der Anteil derjenigen Verbraucher in Deutschland, die regelmäßig etwas (an)sparen konnten, von 70 Prozent im Jahr 2020 auf mittlerweile nur noch 50 Prozent gesunken. Dabei gerät auch zunehmend die Mitte der Gesellschaft unter Druck.²¹

Und auch nur knapp über 40 Prozent der Mitglieder der Mittelschicht können laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) noch Geld sparen. Dabei zeigt sich gerade in den mittleren gesellschaftlichen Schichten eine als erheblich empfundene Energiepreisbetroffenheit. Sie fühlen sich alleingelassen und empfinden überdurchschnittliche Belastungen. Die IW-Studie fasst zusammen: „Prekäre Haushalte stehen vor existentiellen Fragen, während in den Milieus der gesellschaftlichen Mitte das Selbstverständnis einer abgesicherten Zukunft wankt. Spiegelbildlich zu den Demonstrationen, zu denen die politischen Extreme aufrufen, sorgen sich Anfang September 71 Prozent der Deutschen, dass es wegen der Energiepreise zu Unruhen und Protesten kommt.“ Eine dauerhafte Verschlechterung der finanziellen Situation kommt in den mittleren Schichten der Gesellschaft einem sozialen Gesichtverlust gleich.

Aber auch weitere Überschuldungsrisiken zeigen sich in Folge der Energiepreiskrise, die die finanziellen Handlungsspielräume der Verbraucher verkleinern – oder sie entstehen als mittelbare oder

Corona-Pandemie und russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine führen zu starken finanziellen Belastungen

Prekäre Haushalte stehen vor existentiellen Fragen – das Selbstverständnis der gesellschaftlichen Mitte einer abgesicherten Zukunft wankt

Weitere Überschuldungsrisiken entstehen

unmittelbare Reaktion der Verbraucher auf den finanziellen Krisenstress. So haben zahlreiche Banken und Sparkassen in Deutschland begonnen, die Zinsen für Dispo und Überziehung deutlich anzuheben. Sie folgen damit dem allgemeinen Trend, nachdem die Europäische Zentralbank die Leitzinsen erhöht hat. Nach einer Auswertung des Finanzportals biallo.de haben zuletzt 264 von 1.167 untersuchten Finanzinstituten den Dispozins angehoben. Der durchschnittliche Dispozins liegt jetzt bei 10,07 Prozent; vor einem Jahr waren es 9,99 Prozent. Der Zins für die Überziehung des Disporahmens beträgt 12,39 Prozent, nach 12,29 Prozent vor einem Jahr. Dies zeigt eine Sonderauswertung der Süddeutschen Zeitung von Mitte Oktober 2022.²²

Ratenkreditnutzung

Zugleich haben die Verbraucher in Deutschland trotz Kaufzurückhaltung und steigender Preise 2021 / 2022 wieder mehr Ratenkredite aufgenommen. Die Anzahl neuer Ratenkredite ist erstmals seit vier Jahren wieder gestiegen. Im Jahr 2021 wurden rund sieben Millionen Ratenkreditverträge neu abgeschlossen, fast fünf Prozent mehr als noch im Vorjahr. Dabei nehmen vor allem junge Menschen kleinere Ratenkredite auf. Der Anteil von Ratenkrediten unter 1.000 Euro (Kleinstkrediten) an den neu abgeschlossenen Krediten stieg von rund 20 auf fast 30 Prozent. Die durchschnittliche Höhe der neu aufgenommenen Kredite unter 1.000 Euro lag im Schnitt bei rund 410 Euro, bei der Altersgruppe der unter 20-Jährigen dagegen nur bei 340 Euro – mehr als ein Viertel niedriger als noch im Vorjahr. Dabei lässt sich der hohe Anteil von niedrigen Kreditsummen vor allem in jüngeren, Internet-affinen Zielgruppen offensichtlich auf so genannte „Buy now, pay later“-Angebote zurückführen, die zunehmend nachgefragt werden. Im Gegensatz zu herkömmlichen Ratenkrediten handelt es sich dabei häufig nicht um einen regulären Bankkredit, sondern um eine Stundung von Zahlungen – also Rechnungen in Raten –, die von vielen Zahlungsdienstleistern, vor allem im E-Commerce, angeboten werden. Es liegt auf der Hand, dass sich diese vermeintlich praktischen Bezahlösungen für junge Menschen schnell zu einer Überschuldungsfalle entwickeln können. Die Summe und die steigende Zahl kleiner Kredite kann einen erheblichen Einfluss auf das Haushaltsbudget und letztlich auf die Überschuldungsgefährdung der Nutzer haben. So werden nicht nur der Dispokredit, sondern auch „Buy now, pay later“-Angebote „zum Einstieg in die Schuldenfalle“ (SZ).

Neuer Trend bei jungen Menschen: Buy now, pay later!

Alles in allem zeigen sich düstere Perspektiven für Wirtschaft, Unternehmen, Verbraucher und Gesellschaft. Der durch die Energiepreiskrise hervorgerufene Einbruch der Sparfähigkeit großer Teile der deutschen Bevölkerung wird starken Einfluss auf ihre Überschuldungsgefährdung haben, wie die nächsten Jahre sicherlich zeigen werden. Zugleich werden aber auch demokratietheoretische Implikationen deutlich, die bereits im SchuldnerAtlas Deutschland 2017 thematisiert wurden. In Bezug auf eine Studie des ifo-Instituts wurde gezeigt, dass „tiefgreifende Finanzkrisen [...] meist langfristige und schwerwiegende Nebenwirkungen [haben], die über ‚normale‘ Rezessionsphasen oder kurzfristige makroökonomische Schocks (ohne finanzielle Natur) hinausgehen. Gravierende Finanzkrisen [haben] in vielen Fällen zu politischer Radikalisierung, schrumpfenden Regierungsmehrheiten, einer Fraktionierung der Parlamente durch einen deutlichen Anstieg der in den Parlamenten vertretenen Parteien und zu einer Verschärfung der politischen Rhetorik (mit einer Ausgrenzung von Minderheiten und Ausländern) geführt.“²³ Ein wichtiges politisches Ziel sollte daher sein, „die Energiepreisebremse und ihre Kommunikation so zu gestalten, dass den Haushalten die größte finanzielle Unsicherheit genommen wird und gleichzeitig die Bedeutung des Energiesparens bewusst bleibt“ (IW Köln). Die finanziellen Erschütterungen der Gesellschaft sollten nicht zu einer Erschütterung des demokratischen Systems führen.

Die krisenbedingten finanziellen Erschütterungen in der Gesellschaft sollten nicht zu einer Erschütterung des demokratischen Systems führen

3 microm ÜberschuldungsTypologie: Aktuelle Detailanalysen

Seit 2021 neues Analysemodell, um die unterschiedlichen Ausprägungen, Formen und Betroffenheitsgrade von Überschuldung zu systematisieren

Die „microm Überschuldungstypologie“ wurde 2021 vom Creditreform Tochterunternehmen microm Micromarketing-Systeme und Consult GmbH entwickelt. Im letzten Jahr wurde das Analysekonzept, das auf den Erfahrungen der nunmehr fast 20-jährigen Datenauswertungen zum SchuldnerAtlas Deutschland basiert, erstmals vorgestellt. Das Modell wurde mit Hilfe von vertiefenden Analysen der zu Grunde liegenden Datenbanken des Verbandes der Vereine Creditreform umgesetzt. Die Typologie verdichtet die unterschiedlichen Formen, Intensitäten, Ausprägungen und Betroffenheitsgrade der Überschuldung von Verbrauchern in acht unterschiedliche Typen. Die Typen fassen jeweils überschuldete Menschen mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Informationen zur Überschuldungsintensität (wie beispielsweise nach juristischer Dimension oder nachhaltigen Zahlungsstörungen, Anzahl an Gläubigern, Dauer der Einträge, Schuldenhöhe) und zugleich nach der Ursachendimension zusammen. Unter letzterem werden die unterschiedlichen Forderungsgründe und Überschuldungsanlässe als Motiv- bzw. Ursachendimension der individuellen Überschuldungsprozesse verstanden. Die neue Typologie kann somit präziser und umfassender als bislang qualitative Informationen zur Überschuldungslage deutscher Verbraucher bereitstellen.²⁴

Tab. 10.: Schritte der Überschuldungsanalyse



In diesem Jahr werden zunächst die Mengenveränderungen der acht unterschiedlichen Überschuldungstypen vorgestellt und erstmalig Rückschlüsse auf die Überschuldungsentwicklung gezogen. Kapitel 3.1 zeigt in einer Sonderauswertung, welche Überschuldungstypen besonders durch Energiekosten belastet sind, also durch „Versorgungsleistungen Strom, Wasser, Gas und Wärme“. Hiermit kann überschlägig berechnet werden, wie viele Haushalte bzw. Personen durch die Folgen der Energiepreiskrise betroffen sein werden. Kapitel 3.2 beleuchtet zudem die Einsatz- und Anwendungskompetenz der microm Überschuldungstypologie aus Sicht der Sozialplanung der Stadt Neuss, die das Daten- und Kartenmaterial zur Typologie auf Ebene von 24 Beobachtungsgebieten analysieren und beurteilen konnte.²⁵ Das Kapitel fasst die Ergebnisse der ersten Einschätzungen der Sozialplanerin der Stadt Neuss, Frau Andrea Schumacher, zusammen.

Drei Themen: Status - Energieüberschuldung - Anwendungskompetenz

Tab. 11.: microm Überschuldungstypologie 2021 / 2022: Aggregation

Nachhaltige Überschuldung		2021		2022		Abweichungen		
Schwerpunkt: Absolute Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
1	Der Notfall-Überschuldete	20,9%	1,29 Mio.	21,2%	1,25 Mio.	+ 0,28	- 41.000	- 3,2%
6	Der Überschuldungsausblender	15,0%	0,92 Mio.	14,7%	0,86 Mio.	- 0,29	- 58.000	- 6,3%
8	Der Dauerüberschuldete	12,9%	0,79 Mio.	14,2%	0,83 Mio.	+ 1,29	+ 41.000	+ 5,1%
Gesamt		48,7%	3,00 Mio.	50,0%	2,94 Mio.	1,28	- 59.000	- 1,9%
Temporäre Überschuldung		2021		2022		Abweichungen		
Schwerpunkt: Relative Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
3	Der Konsum-Überschuldete	11,9%	0,73 Mio.	12,0%	0,71 Mio.	+ 0,15	- 24.000	- 3,2%
4	Der Lifestyle-Überschuldete	11,6%	0,72 Mio.	11,0%	0,65 Mio.	- 0,61	- 68.000	- 9,5%
Gesamt		23,5%	1,45 Mio.	23,0%	1,35 Mio.	- 0,46	- 91.000	- 6,3%
Periodische Überschuldung		2021		2022		Abweichungen		
Schwerpunkt: Absolute / relative Überschuldung		Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Punkte	Fälle	%
2	Der Überschuldungspragmatiker	11,4%	0,70 Mio.	11,0%	0,65 Mio.	- 0,37	- 53.000	- 7,6%
5	Der Überschuldungsnaive	7,0%	0,43 Mio.	6,0%	0,35 Mio.	- 0,97	- 76.000	- 17,7%
7	Der Überschuldungsvermeider	9,5%	0,58 Mio.	10,0%	0,59 Mio.	+ 0,52	+ 4.000	+ 0,8%
Gesamt		27,8%	1,71 Mio.	27,0%	1,59 Mio.	- 0,82	- 124.000	- 7,3%

Die aktuellen Analysen der microm Überschuldungstypologie zeigen, dass bereits jetzt zwei Überschuldungstypen von den steigenden Lebenshaltungs- und Energiepreiskosten betroffen sind. Sie zeigen gegen den Trend einen Anstieg der Überschuldungsfälle. Dies sind derzeit überwiegend Personen, die den so genannten „Dauerüberschuldeten“ (+ 5 Prozent; + 41.000 Fälle) und, weniger stark, den so genannten „Überschuldungsvermeidern“ (+ 1 Prozent;

Dauerüberschuldete und Überschuldungsvermeider zeigen Anstieg der Überschuldung

+ 4.000 Fälle) zugeordnet werden können. Während die Erstgenannten in den unteren sozialen Schichten zu finden sind, senkt die Energiepreiskrise offensichtlich die finanzielle Belastbarkeit der finanziell eher besser gestellten Gruppe der Überschuldungsvermeider. Dieser Typ will „situativ und ausnahmsweise“ aufgenommene Schulden in der Regel möglichst schnell zurückzahlen, schafft es derzeit aber offensichtlich nicht, da die finanziellen Belastungen zu groß geworden sind.

Überschuldungsnaive und Lifestyle- Überschuldete zeigen 2022 die stärksten Rückgänge

Hingegen zeigt im Jahresverlauf die eher kleine Gruppe der „Überschuldungsnaiven“ (- 18 Prozent; - 76.000 Fälle) den stärksten Rückgang an Überschuldungsfällen. Eher geringer sozialer Status geht bei dieser Gruppe generell mit einer stark ausgeprägten Ausgabenvorsicht und Zurückhaltung in finanziellen Dingen einher, die mit einer geringen Anschaffungsbereitschaft korrespondiert. Periodische Überschuldung entwickelt sich bei diesem Typ oft „aus Versehen“, was angesichts der Corona-Pandemie offensichtlich nur schwer möglich war. Der zweitstärkste Rückgang ist bei den so genannten „Lifestyle-Überschuldeten“ zu finden (- 10 Prozent; - 68.000 Fälle), die der eher temporär überschuldeten Personengruppe zuzuordnen ist. Die Überschuldungsbetroffenheit dieses Typs ist wegen guter finanzieller Ausstattung begrenzt und kann oft schnell auch wieder beendet werden. Den geringsten Rückgang an Überschuldungsfällen zeigen die Konsum-Überschuldeten (- 3 Prozent; - 24.000 Fälle).

Nachhaltig überschuldete Personengruppen gelingt der Ausstieg aus der Überschuldungsspirale am wenigsten

Summarisch verlieren diejenigen Überschuldungstypen am wenigsten, die der Gruppe der nachhaltig überschuldeten Personen zugeordnet werden können (- 2 Prozent; - 59.000 Fälle). Notfallüberschuldete, Überschuldungsausblender und Dauerüberschuldete sind auch dank ähnlicher Ausgangsvoraussetzungen (insbesondere eher geringer sozioökonomischer Status) in der Regel dauerhaft oder längerfristig überschuldet. Hierzu tragen im Wesentlichen objektive Notlagen (wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit), aber auch dauerhaftes Niedrigeinkommen sowie soziale und Bildungsimmobilität bei. Die Corona-Krise hat daran nicht viel geändert. Eine stärkere Abnahme der Überschuldung zeigen die beiden Gruppen der zusammengefassten eher temporär bzw. periodisch Überschuldeten. Beide Gruppen mussten, konnten oder wollten ihre Überschuldungsbetroffenheit in den letzten 12 Monaten nochmals deutlich, begleitet durch staatliche Hilfsmaßnahmen und Ausgabenvorsicht, verringern.

3.1 Spezifische Betroffenheit durch Energieschulden: Status und Perspektiven

Die vorliegenden Zahlen zur Überschuldungsentwicklung legen nahe, dass nicht nur Altersarmut und Altersüberschuldung, sondern auch Energiearmut und Energieüberschuldung Hand in Hand gehen. Die Gaspreise sind durch die reduzierten Gaslieferungen aus Russland in den Sommermonaten in die Höhe geschossen und schmälern durch die stark steigenden Verbraucherpreise insbesondere die Kaufkraft der privaten Haushalte. Viele private Haushalte geraten durch die galoppierenden Energiepreise zunehmend unter finanziellen Druck. Hierdurch steigt die Gefahr von Energiearmut, die insbesondere Haushalte betrifft, die mehr als 10 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Heizen, Warmwasser und Strom ausgeben. Neuere Berechnungen zeigen, dass der Anteil der energiearmutsgefährdeten Haushalte, ohne Berücksichtigung staatlicher Hilfspakete, von rund 15 Prozent im Jahr 2021 auf etwa 25 Prozent im Mai 2022, also nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, gestiegen ist. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 gaben 18 Prozent der Personen in Privathaushalten mehr als zehn Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Energie aus. Dieser Anteil war aufgrund fallender Energiepreise bis 2020 auf knapp 14 Prozent gesunken. Die enorme Zunahme verdeutlicht das erhöhte Energiearmutsrisiko.²⁶

Zudem treiben die Energiepreise in Folge auch andere Kostenposten der Haushalte in die Höhe und engen die finanziellen Spielräume der Verbraucher weiter ein. Individuell fein abgestimmte Finanzierungsstrukturen brechen zusammen, da der erwartete „Nachzahlungsschock“ die Liquidität vieler Haushalte abschöpft oder dauerhaft, anders als geplant, bindet. So lagen die Preise für Energieprodukte im September 2022 um fast 44 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats (August 2022: + 36 Prozent). Haushaltsenergie verteuerte sich mit einem Plus von fast 52 Prozent besonders stark: So haben sich die Preise für leichtes Heizöl binnen Jahresfrist mehr als verdoppelt (+ 108 Prozent), die Teuerung für Erdgas betrug rund 95 Prozent. Die Preise für Strom erhöhten sich um 21 Prozent, die Abschaffung der EEG-Umlage seit Juli 2022 federte die Strompreiserhöhung nur leicht ab. Zugleich stiegen die Preise für Nahrungsmittel im September 2022 um fast 19 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat und damit stärker als die Gesamtteuerung. Insgesamt hat sich der Preisauftrieb hierfür seit Jahresbe-

Energiearmut und Energieüberschuldung gehen Hand in Hand

Mai 2022: 25 Prozent der deutschen Haushalte sind energiearmutsgefährdet

„Nachzahlungsschock“ schöpft die Liquidität vieler Haushalte ab

Energiepreissteigerung zieht andere Produkte mit

ginn sukzessive verstärkt (August 2022: + 17 Prozent). Im September 2022 wurden bei allen Nahrungsmittelgruppen Preiserhöhungen beobachtet: Erheblich teurer wurden Speisefette und Speiseöle (+ 49 Prozent) sowie Molkereiprodukte und Eier (+ 29 Prozent). Auch für Fleisch und Fleischwaren (+ 20 Prozent) sowie für Brot und Getreideerzeugnisse (+ 19 Prozent) erhöhten sich die Preise für Verbraucherinnen und Verbraucher zum Teil drastisch. Dies zeigen Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes vom Oktober 2022 besonders deutlich.²⁷

Tab. 12.: Überschuldungsgefährdung deutscher Verbraucher nach Ausfallwahrscheinlichkeit von Rechnungen für „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“

Zuordnung / Klassifizierung		Betroffene Haushalte / Personen		
Ausfallwahrscheinlichkeit „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“		Anteil	Private Haushalte	Personen
1	erhöht	4,5%	1,9 Mio.	3,7 Mio.
2	überdurchschnittlich	14,3%	5,9 Mio.	11,9 Mio.
3	durchschnittlich / niedrig	81,2%	33,7 Mio.	67,4 Mio.
Gesamt		100,0%	41,5 Mio.	83,0 Mio.

Rund 20 Prozent der deutschen Haushalte weisen eine erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeit bei Versorgungsleistungen „Strom, Wasser, Gas und Wärme“ auf

Erste Berechnungen, die im Rahmen der im Vorjahr vorgestellten microm ÜberschuldungsTypologie angestellt wurden, gehen davon aus, dass bis zu 19 Prozent der deutschen Haushalte gefährdet sind, die auf sie zukommenden Rechnungen für „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“ nicht sofort bezahlen zu können. Diese Haushalte weisen eine erhöhte (4,5 Prozent) bzw. überdurchschnittliche (14,3 Prozent) Gefährdungswahrscheinlichkeit auf. Dies betrifft nach überschlägigen Hochrechnungen etwa 7,8 Millionen Haushalte bzw. 15,6 Millionen Personen. Die vorliegenden Berechnungen basieren auf Wahrscheinlichkeiten, d.h. die genannten Werte zur Überschuldungsgefährdung deutscher Verbraucher geben Größenordnungen an, wie viele Haushalte oder Personen ein erhöhtes Ausfallrisiko in Bezug auf Versorgungsleistungen in den Bereichen Strom, Wasser, Gas und Wärme aufweisen. Diese Personen müssen nicht zwangsläufig in der Überschuldungsspirale landen, aber sie weisen ein erhöhtes oder zumindest überdurchschnittliches Überschuldungsrisiko auf. Vor dem Hintergrund, dass bereits im Mai 2022 rund 25 Prozent der deutschen Haushalte als energiearmutsgefährdet eingestuft wurden (ohne Berücksichtigung staatlicher Hilfspakete), erscheint die genannte Größenordnung von rund 19 Prozent durch Energieschulden gefährdeter Haushalte realistisch.

Zudem hatten bereits 2021, also deutlich vor Beginn der Energiepreiskrise, nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 3,2 Prozent oder 2,6 Millionen Menschen in Deutschland kein Geld, „um ihre Wohnung ausreichend zu heizen“. Und nach Eurostat wiesen immerhin 3,7 Prozent der Haushalte in Deutschland Rückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben auf (EU-SILC Erhebung). Umgerechnet sind dies rund 3,1 Millionen Haushalte, die bereits 2021 Rückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben aufwiesen. Im direkten Vergleich mit den in Tab. 12 ausgewiesenen rund 3,7 Millionen Personen (4,5 Prozent), die derzeit eine erhöhte Wahrscheinlichkeit aufweisen, sind das „nur“ rund 600.000 Haushalte weniger. Dies ist angesichts der erwartbaren Dimension des „Nachzahlungsschocks“ Anfang 2023 offensichtlich nur der untere Rand der zu befürchtenden Größenordnung. Allerdings würden alleine 600.000 Überschuldungsfälle mehr in einem Jahr, also bis Ende 2023, den größten Anstieg seit Beginn der Überschuldungsforschung bedeuten. Die Überschuldungsquote würde binnen Jahresfrist wieder auf rund 9,34 Prozent (+ 0,86 Punkte) „springen“. Zudem können sogar bis zu 1,35 Millionen Haushalte als energieüberschuldungsgefährdet eingestuft werden („oberer Rand“).

Bereits 2021 wiesen 3,1 Millionen Haushalte Rückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben auf

In einer Darstellung der entsprechenden Wahrscheinlichkeitswerte nach microm Überschuldungstypologie können diese Einschätzungen verifiziert werden, da die Typen mit sozioökonomischen Informationen angereichert wurden. Diese helfen der Plausibilisierung, da Personengruppen der unteren sozioökonomischen Schichten, wie bereits beschrieben, keine oder nur (noch) sehr geringe finanzielle Puffer aufweisen, um außerordentliche Belastungen auffangen zu können. In den Berechnungen zeigt sich, dass drei Überschuldungstypen besonders hohe Ausfallwahrscheinlichkeiten bei der „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“ aufweisen: Dauerüberschuldete (Indexwert: 165 Punkte), Überschuldungsausblender (137 Punkte) und Konsum-Überschuldete (115 Punkte). Alle drei Typen sind überwiegend in den unteren Einkommensgruppen zu finden, wobei der Konsum-Überschuldete bislang nur als eher temporär überschuldet eingestuft werden konnte. Bei den beiden anderen Typen handelt es sich um eine bereits nachhaltige Überschuldungslage, die sich nun durch die Energieschulden noch einmal verschärft. Alles in allem sind die Hochrechnungen als eher konservativ zu bezeichnen, da die finale Ausgestaltung der staatlichen Hilfsmaßnahmen und ihre Umsetzung noch ausstehen.

Dauerüberschuldete, Überschuldungsausblender und Konsum-Überschuldete sind von Energieschulden besonders betroffen

3.2 Einsatz und Anwendungskompetenz in der kommunalen Sozialplanung der Stadt Neuss

Praxisnahe Aussagen zur Anwendungskompetenz und zur Einsatzfähigkeit der Überschuldungs-Typologie

Die microm ÜberschuldungsTypologie wurde der Sozialplanung der Stadt Neuss Anfang 2022 im Rahmen des Projekts „Kommunales Datenlabor Neuss 2040“ zur Verfügung gestellt. Die Daten sind für 24 so genannte Beobachtungsgebiete ausgewiesen, die sich an den Grenzen der 28 statistischen Bezirke der Stadt Neuss orientieren. Ziel der Analyse ist, praxisnahe Aussagen zur Anwendungskompetenz und zur Einsatzfähigkeit der microm ÜberschuldungsTypologie für die Sozialplanung zu erhalten. Dabei gelten folgende Vorbemerkungen, die bereits auf den Analysen der Überschuldungsdaten basieren, die der Sozialplanung der Stadt Neuss seit 2010 von Creditreform Düsseldorf / Neuss bzw. Creditreform Boniversum GmbH zur Verfügung gestellt werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Aktualität und die Kontinuität der Überschuldungsdaten. Zudem sind diese Daten im Gegensatz zu den verschiedenen staatlichen Transferleistungen ein Merkmal, das sich auf die ökonomische Lage der gesamten volljährigen Bevölkerung bezieht.

Die Stadt Neuss im Vergleich zum Bund

Die Überschuldungsquote für die Stadt Neuss insgesamt liegt deutlich über dem bundesweiten Wert. Kleinräumig besteht jedoch – sowohl positiv als auch negativ – eine erhebliche Schwankungsbreite der Überschuldungsquoten innerhalb der 24 Beobachtungsgebiete. Die Anteile der einzelnen Typen der microm ÜberschuldungsTypologie der Stadt Neuss entsprechen insgesamt dem bundesweiten Durchschnitt. Ausnahmen bilden ein deutlich höherer Wert für die „Notfall-Überschuldeten“ und geringere Werte für die beiden Typen „Überschuldungsausblender“ und „Lifestyle-Überschuldete“. Betrachtet man unter dem zeitlichen Aspekt beispielsweise alle langfristig überschuldeten Typen, weicht der Wert für die Stadt Neuss vom Bundesdurchschnitt nur leicht ab. Betrachtet man aber die Werte der einzelnen Typen der „langfristig Überschuldeten“ (Notfall-Überschuldete, Überschuldungsausblender und Dauerüberschuldete), so ist festzustellen, dass der Anteil der Notfall-Überschuldeten in der Stadt Neuss deutlich höher liegt, aber durch den deutlich geringeren Anteil der Überschuldungsausblender rechnerisch ausgeglichen wird. Das bedeutet, dass bei einer leichten quantitativen Abweichung für die langfristig Überschuldeten die „Quali-

Tiefenblick zeigt deutliche Unterschiede

tät“ der Überschuldung eine deutlich andere ist, da die Überschuldungsausblender („Not kombiniert mit Fahrlässigkeit“) deutlich stärker vertreten sind.

Die Quote der (langfristig) Notfall-Überschuldeten liegt in der Stadt Neuss insgesamt deutlich höher als im Bundesdurchschnitt und schwankt binnendifferenziert für die gebildeten 24 kleinräumigen Beobachtungsgebiete merklich. Auffallend hohe Quoten der Notfall-Überschuldeten finden sich beispielsweise in stark verdichteten Wohngebieten mit umfangreichem Geschossbau und umfangreichem sozialem Wohnraum. Diese Quartiere sind oft gekennzeichnet durch überdurchschnittliche bzw. sehr hohe Überschuldungsquoten und hohe Bezugsquoten öffentlicher Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, d.h. hier leben meist Menschen in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen. Die Quote der (temporär) Lifestyle-Überschuldeten liegt in der Stadt Neuss deutlich niedriger als im bundesweiten Schnitt. Binnendifferenziert zeigt sich auch in dieser Quote eine sehr große Schwankungsbreite. Sehr hohe Quoten der Lifestyle-Überschuldeten finden sich in Gebieten mit insgesamt geringen Überschuldungsquoten und geringen Bezugsquoten öffentlicher Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, d.h. in diesen Quartieren leben Menschen in meist sozioökonomisch eher gutsituierten Verhältnissen.

Betrachtet man kleinräumige Gebiete, in denen viele Menschen in sozioökonomisch schwierigeren Verhältnissen leben, so sind sich diese insoweit auch sehr ähnlich, als dass die Gebiete auch deutlich überdurchschnittliche Überschuldungsquoten aufweisen. Zudem finden sich oftmals viele Gemeinsamkeiten in Bezug auf die Anteile der nachhaltig, periodisch und temporär Überschuldeten. Aber der Blick auf die einzelnen Typen zeigt trotz vieler Ähnlichkeiten zum Teil auch starke Abweichungen. Betrachtet man im Gegensatz dazu Räume mit eher durchschnittlichen sozioökonomischen Verhältnissen, weisen diese grundsätzlich auch geringere Überschuldungsquoten aus. Überschuldung ist hier anders strukturiert, denn die Anteile der temporär Überschuldeten liegen deutlich höher.

Dies zeigt, dass die Überschuldungsquote mit ihren ausgewiesenen Werten zu einer sozioökonomischen Gesamteinschätzung von (urbanen) Räumen führt, die einer Einschätzung aus der Kombination unterschiedlicher Detaildaten, wie z.B. den für die einzelnen Altersgruppen maßgeblichen Transferleistungsbezug (SGB II / SGB XII),

Parallelen: Betroffenheit von Überschuldung und soziale Transferleistungen

Gemeinsamkeiten und Unterschiede erklären die Überschuldungsbetroffenheit

Überschuldungsdaten und Überschuldungs-Typologie ergänzen die kommunale Berichterstattung mit einem „lückenlosen“ Gesamtüberblick

entspricht. Als ein statistischer Wert, der sich unabhängig von der jeweiligen Art des Haushaltseinkommens auf die gesamte volljährige Bevölkerung erstreckt, ergänzen sich die Überschuldungsdaten zusammen mit den qualitativen Angaben der microm ÜberschuldungsTypologie zu einem lückenlosen Gesamtüberblick. Zudem wird durch die Überschuldungstypen und trotz vieler datenbezogener Ähnlichkeiten der untersuchten Räume ein nochmals differenzierterer Blick möglich, der räumliche und sozioökonomische Unterschiede im Detail sichtbar macht oder auch unvermutete Parallelen in unterschiedlichen Räumen anzeigt. Überschuldung ist nicht nur eine Frage der äußeren Lebensumstände, wie Einkommen, Arbeitslosigkeit oder Trennung, und nicht immer allein von den Betroffenen zu beeinflussen oder zu steuern. Im Gegenteil: Die entwickelte microm ÜberschuldungsTypologie ermöglicht datenbasiert neue vertiefende räumliche Einblicke in grundsätzliche Haltungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen der Menschen und ihr daraus resultierendes Handeln.

microm Überschuldungs-Typologie: Ein spannendes, neues Arbeitsinstrument

Alles in allem hat sich die neue microm ÜberschuldungsTypologie als ein spannendes, neues Arbeitsinstrument für die Stadt Neuss erwiesen, das besonders in raumtiefer Auflösung (der 24 Beobachtungsgebiete) die unterschiedliche sozioökonomische Ausprägung und Beschaffenheit der untersuchten (urbanen) Räume aufzeigt. Hieraus können neben dem sozialen Problempotenzial auch zielgruppengenaue und effiziente Beratungs- und Informationsangebote abgeleitet werden. Die Typologie zeigt, dass Überschuldung ganz entscheidend auch mit dem Verhalten und den zugrundeliegenden Haltungen der Menschen zusammenhängt. Die Überschuldungstypen liefern personenimmanente Aspekte zur Entstehung von Überschuldung und damit zugleich auch Ansatzpunkte zu deren Überwindung. Soweit entsprechende Grundhaltungen verändert werden (können), beeinflusst dies möglicherweise auch andere soziale Kontexte und Problemlagen. Zudem ist Überschuldung ein Themenfeld, das auch für Arbeitnehmer von Bedeutung ist, so dass andere Akteure, wie beispielsweise Unternehmen, in die Überschuldungsprävention einbezogen werden können. Im weiteren Verlauf werden die vorliegenden Ergebnisse in der Stadt Neuss sowohl intern als auch mit den Fachakteuren aus der Schuldnerberatung und weiteren Experten diskutiert. Spannend wird sein, welche neuen Impulse sich mit dem Blick auf die soziale Arbeit für und mit der Zielgruppe, aber auch im Rahmen der präventiven Arbeit, ergeben werden.

Auch andere Akteure, wie beispielsweise Unternehmen, sollten in die Überschuldungsprävention einbezogen werden

4 Blick in die Zukunft: Die Überschuldungs- ampel bleibt 2022 „hellgrün“ – düstere Perspektiven für Wirt- schaft, Unternehmen und Verbraucher

**2022 steht die
Überschuldungsampel
auf „hellgrün“ – noch**

**„Nachzahlungsschock“
wird viele Verbraucher
in nachhaltige Zah-
lungsschwierigkeiten
führen**

**Deutlicher
Wiederanstieg der
Überschuldungszahlen
zu erwarten**

**Eine Zunahme der
Überschuldungszahlen
um rund 600.000 Fälle ist
nicht unrealistisch**

Die Überschuldung der Verbraucher in Deutschland hat in diesem Jahr nochmals um rund 270.000 Fälle abgenommen. Dabei ist die Zahl „harter“ Überschuldungsfälle erneut deutlich gesunken. Die aktuelle Entwicklung ist erfreulich, die Überschuldungsampel steht – noch – auf „hellgrün“. Aber: Die wirtschaftlichen Perspektiven haben sich durch die Energiepreiskrise für Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen und Verbraucher verdüstert. Der erwartbare „Nachzahlungsschock“ kann viele Verbraucher in nachhaltige Zahlungsschwierigkeiten, zum Teil auch direkt in die Überschuldung, führen. Auch wenn die Gaspreise in der 2. Oktober-Hälfte wieder merklich gefallen sind und das „BIP“ im 3. Quartal wider Erwarten um 0,3 Prozent gestiegen ist, bleiben die Zeichen auf Sturm. Die Gemengelage ist bedrohlich. Das allgemeine Preisniveau wird hoch bleiben, möglicherweise weiter steigen. Verbraucher sollten sich keine Hoffnung machen, dass die fallenden Gaspreise bald bei ihnen ankommen und für finanzielle Entlastung sorgen.

Bis Ende 2022 sind die „Corona-Rücklagen“ bereits wieder „ent-sparrt“, so dass im nächsten Jahr mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder Anstiege der Überschuldungszahlen gemessen werden müssen. Dabei wird die Zahl neuer Überschuldungsfälle deutlich über dem Wiederanstieg nach Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 / 2010 (+ 292.000 Überschuldungsfälle; + 5 Prozent) liegen. Erste Berechnungen, die im Rahmen der im Vorjahr vorgestellten microm ÜberschuldungsTypologie angestellt wurden, zeigen, dass bis zu 20 Prozent der deutschen Haushalte gefährdet sind, die auf sie zukommenden Rechnungen für „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“ nicht sofort bezahlen zu können. Die höchste Ausfallwahrscheinlichkeit für diese spezifischen Versorgungsleistungen weisen fast fünf Prozent der deutschen Haushalte bzw. Verbraucher auf (3,7 Millionen). Ein Anstieg der Überschuldungszahlen um rund 600.000 Fälle ist nicht unrealistisch, zumal sich diese Zunahme aller Voraussicht nach zunächst in den sozial schwächeren Einkommensgruppen entfalten wird. Besonders betroffen sind die so genannten Dauerüberschuldeten, die Überschuldungsausblender und die Konsum-Überschuldeten. Dabei hat die Energiearmutsgefährdung auch in den mittleren Schichten deutlich zugenommen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Wucht des Nachzahlungsschocks und die schwer kalkulierbare Dauer der inflationären Tendenzen noch mehr Haushalte in die Überschuldung treiben.

Ob die staatlichen Hilfs- und Unterstützungsprogramme für Unternehmen und Verbraucher wie in der Corona-Pandemie ausreichen werden, um die Negativwirkungen der energiepreisbedingten Einkommenseinbußen zu begrenzen, ist derzeit fraglich. Ein wichtiges politisches Ziel sollte nach Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft sein, „die Energiepreisebremse und ihre Kommunikation so zu gestalten, dass den Haushalten die größte finanzielle Unsicherheit genommen wird und gleichzeitig die Bedeutung des Energiesparens bewusst bleibt.“²⁸ Die starke Verunsicherung in der Bevölkerung führt dabei in ein „Rezessionsdilemma“. Die Angst vor dem erwarteten „Nachzahlungsschock“ der Heizkosten- und Energiepreisabrechnungen Anfang 2023 führt zu Ausgabenvorsicht und Kaufzurückhaltung. Aus der Überschuldungsperspektive ist dies positiv, wie die Entwicklung der letzten beiden Corona-Jahre gezeigt hat. Krisenbedingte Sparguthaben wurden in Teilen auch zur Tilgung von Schulden eingesetzt. Allerdings führt „multipler Krisenstress“ auch zu Verlustaversion, bei Verbrauchern zu „Angstsparen“ (und „Kaufstreik“) und bei Unternehmen zu „Investitionshemmung“. Der anstehende „Winter der Ungewissheiten“ setzt makroökonomisch eine Abwärtsspirale in Gang und verschärft die bevorstehende Rezession. Vorläufig scheint jedenfalls ein Ende des „multiplen Krisenmodus“ angesichts der globalen Entwicklungen nicht in Sicht.

Ein „Rezessionsdilemma“ droht: Angstsparen und Investitionshemmung

Zudem gilt weiterhin: Überschuldung sollte am besten von vorneherein vermieden werden (Prävention) und Beratungssuchenden möglichst frühzeitig adäquate Hilfsangebote (Beratung) an die Hand gegeben werden. Folgende Querschnittsaufgaben sollten im Vordergrund stehen: ein weiterer Aufbau der Vollzeitbeschäftigung, der Ausbau eines bedarfsgerechten Wohnungsangebotes mit entsprechender Mietpreisgestaltung, höhere und gezielte Bildungsinvestitionen zur Förderung von Finanzkompetenz der gesamten Bevölkerung²⁹, Stärkung und Ausbau der Insolvenz- und Schuldnerberatung (einschließlich sozialmedizinischer Beratungs- und Informationsangebote zur Gesundheitskompetenz) – gegebenenfalls auch durch „Familienpaten“ bei besonders stark und dauerhaft überschuldeten Familien, stärkere politische Sensibilisierung für die Belange überschuldeter Personen, die Förderung einer verantwortungsbewussten Kreditvergabe und eine qualifizierte Informationsoffensive zur Überschuldungsproblematik sowie eine stärkere Einbindung der Überschuldungsforschung in die Armut- und Bildungsdebatte.

Allgemeine Maßnahmen und Handlungsanregungen

5 Ergebnisse kompakt

Die Überschuldungsentwicklung in Deutschland bleibt auch 2022 positiv. Die Zahl überschuldeter Privatpersonen ist zum vierten Mal in Folge zurückgegangen und erreicht 2022 einen neuen Tiefstand, den niedrigsten Wert seit Beginn der Auswertungen im Jahr 2004. Die Überschuldungsquote sinkt erneut um fast einen halben Prozentpunkt (- 0,38 Punkte). Für die gesamte Bundesrepublik wird zum Stichtag 1. Oktober 2022 eine Überschuldungsquote von 8,48 Prozent gemessen. Trotz Rückgang sind weiterhin fast 5,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Dies sind rund 274.000 Personen weniger als noch im letzten Jahr (- 4,4 Prozent). Die Überschuldungsquote für Deutschland bleibt zum zweiten Mal in Folge deutlich unter der Neun-Prozent-Marke, die Zahl der Fälle sinkt erstmals unter die Sechs-Millionen-Grenze.

Die Zahl der Fälle mit harten Negativmerkmalen (- 219.400 Fälle, - 6,1 Prozent; Vorjahr: - 224.900 Fälle, - 5,9 Prozent) nimmt in ähnlicher Weise ab wie im letzten Jahr, hingegen geht die Zahl der Fälle mit weichen Negativmerkmalen weniger stark zurück als noch 2021 (- 54.000 Fälle, - 2,1 Prozent; Vorjahr: - 470.000 Fälle, - 15,5 Prozent). Zwischen 2019, dem letzten Vor-Corona-Jahr, und 2022 ist die Zahl überschuldeter Verbraucher in Deutschland um 1,04 Millionen Fälle gesunken (- 15,0 Prozent). Davon wiesen rund 630.000 Fälle harte Negativmerkmale auf (Anteil: 61 Prozent) und 406.000 Fälle weiche Negativmerkmale auf (39 Prozent). Der deutliche Rückgang der „harten Überschuldung“ ist zeitversetzt auch als Folge der Corona-Pandemie einzuordnen und spiegelt zudem den seit Jahren kontinuierlichen Rückgang von Privatinsolvenzverfahren und Langzeitarbeitslosigkeit. Zum einen haben die staatlichen Corona-Hilfsprogramme, die pandemiebedingten Einschränkungen der Konsummöglichkeiten sowie Konsumverzicht und Ausgabenvorsicht der Verbraucher in den letzten drei Jahren zum sprunghaften, wenn auch temporären, Anstieg von Sparquote und Ersparnissen geführt. Diese sind offensichtlich von vielen Verbrauchern zur Schuldentilgung und zur Entschuldung genutzt worden.

Der weniger starke Rückgang der weichen Überschuldung korrespondiert mit den rückläufigen Folgewirkungen der Corona-Pandemie. Die hygienebedingten Restriktionen hatten den privaten Konsum (von Waren und Dienstleistungen) über einen längeren Zeitraum erschwert bzw. unmöglich gemacht. Nach Auslaufen der pandemiebedingten Einschränkungen war Konsum, insbesondere im

Dienstleistungsbereich, wieder möglich. Die Verbraucher wollten und konnten ihre vorhandenen Ersparnisse wiedereinsetzen, um Konsum, verschobene Urlaube sowie Kultur- und Gastronomiebesuche nachzuholen. Allerdings waren diese Ersparnisse nach Angaben des Münchner ifo-Instituts bereits Mitte 2022 wieder ausgegeben – Tenor: „Inflation frisst Überschussersparnis“.

Die Überschuldungsentwicklung zeigt sich 2022 in allen ost- und westdeutschen Bundesländern positiv, auch wenn der Positivtrend nicht die Stärke des Vorjahres erreicht. In diesem Jahr verzeichnen 397 Kreise und kreisfreie Städte in Deutschland einen Rückgang der Überschuldungsquote (99 Prozent). Im vergangenen Jahr zeigten noch alle 401 Städte und Landkreise bessere Überschuldungsquoten als noch 2020. Die Zahl der Überschuldungsfälle ist auch 2022 in Ost und West auf ähnlichem Niveau zurückgegangen – in den westdeutschen Bundesländern zum vierten, in Ostdeutschland bereits zum sechsten Mal in Folge. Die Überschuldungsquote in Westdeutschland sinkt auf 8,40 Prozent (- 0,39 Punkte), in Ostdeutschland auf 8,93 Prozent (- 0,36 Punkte) und damit ebenfalls unter die Neun-Prozent-Marke. Im letzten Jahr hatte sie in Ostdeutschland zum ersten Mal seit 2013 die Zehn-Prozent-Marke unterschritten. Die Bundesländer im Osten und Westen erreichen erstmals beide zugleich den hellgrünen Bereich der Überschuldungsampel. Insgesamt sind in den westlichen Bundesländern rund 4,94 Millionen (- 233.000 Fälle), in den östlichen Bundesländern rund 0,94 Millionen Personen überschuldet (- 41.000 Fälle). Der Rückgang der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist im Westen und im Osten gleich stark ausgeprägt (harte Negativmerkmale: Ost wie West - 6,1 Prozent). Allerdings sinkt die Zahl von Fällen mit weichen Negativmerkmalen im Westen (- 2,2 Prozent) leicht stärker als im Osten Deutschlands (- 1,5 Prozent).

Auch die Überschuldungsentwicklung der 16 Bundesländer zeigt einen durchgehend positiven Trend. Alle Bundesländer weisen einen meist deutlichen Rückgang von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten auf. Bei acht Bundesländern ist die Abnahme der Überschuldung überdurchschnittlich. Die geringste Verbesserung zeigt Thüringen (8,08 Prozent; - 0,24 Punkte), den höchsten Rückgang Schleswig-Holstein (8,93 Prozent; - 0,52 Punkte). Baden-Württemberg (6,95 Prozent; - 0,33 Punkte) verbleibt im Positivranking hinter Bayern (6,05 Prozent; - 0,38 Punkte), aber mit über einem Punkt Abstand vor Thüringen. Danach folgen Brandenburg

(8,23 Prozent) und Hessen (8,43 Prozent; beide - 0,39 Punkte). Die Schlusslichter bilden wie in den Vorjahren Bremen (12,46 Prozent; - 0,35 Punkte), Sachsen-Anhalt (11,20 Prozent; - 0,36 Punkte) und Berlin (10,47 Prozent; - 0,34 Punkte).

Der deutliche Positivtrend zeigt sich auch in der Analyse nach Geschlecht und Alter der Überschuldeten. 2022 müssen 6,48 Prozent der Frauen über 18 Jahre als überschuldet und zumindest nachhaltig zahlungsgestört gelten (- 0,27 Punkte). Bei Männern sind dies 10,56 Prozent (- 0,51 Punkte). Die Zahl der Überschuldungsfälle nahm bei beiden Geschlechtern merklich ab (Frauen: 2,30 Millionen; - 97.000 Fälle / Männer: 3,59 Millionen; - 177.000 Fälle). Die erneute Entspannung der Überschuldungslage zeigt sich 2022 in auch allen Altersgruppen. Allerdings ist die Überschuldungsentwicklung der älteren Bevölkerungsgruppen (summarisch 60 Jahre und älter) wie bereits 2021 weniger positiv als in den jüngeren Bevölkerungsgruppen (summarisch 18 bis 59 Jahre). Die Zahl überschuldeter Personen und die Überschuldungsquote nimmt bei Personen ab 60 Jahren nochmals nur unterdurchschnittlich ab (- 1,8 Prozent; - 21.000 Fälle). Hingegen sinkt die Zahl in den jüngeren überschuldeten Personengruppen deutlich (18 bis 59 Jahre: - 5,1 Prozent; - 253.000 Fälle). Folglich bleibt der Doppeltrend zu Altersarmut und Altersüberschuldung trotz Rückgang virulent.

Erste Berechnungen, die im Rahmen der im Vorjahr vorgestellten microm ÜberschuldungsTypologie angestellt wurden, gehen davon aus, dass bis zu 19 Prozent der deutschen Haushalte gefährdet sind, die auf sie zukommenden Rechnungen für „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“ nicht sofort bezahlen zu können. Diese Haushalte weisen eine erhöhte (4,5 Prozent) bzw. überdurchschnittliche (14,3 Prozent) Gefährdungswahrscheinlichkeit auf. Dies betrifft nach überschlägigen Hochrechnungen etwa 7,8 Millionen Haushalte bzw. 15,6 Millionen Personen. Bereits in der aktuellen Auswertung zeigen die Typen der „Dauerüberschuldeten“ (+ 5 Prozent; + 41.000 Fälle) und der „Überschuldungsvermeider“ (+ 1 Prozent; + 4.000 Fälle) gegen den Trend eine Zunahme der Überschuldungsfälle auf. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Wucht des „Nachzahlungsschocks“ und die schwer kalkulierbare Dauer der inflationären Tendenzen noch mehr Haushalte in die Überschuldung treibt.

6 Basisdaten: Karten, Tabellen und Schaubilder

6.1 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tab. 1.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2019 bis 2022	13
Tab. 2.:	Die Veränderung der Hauptüberschuldungsauslöser („big six“) 2008 / 2022 und eine Projektion	17
Tab. 3.:	Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2019 bis 2022	18
Tab. 4.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2019 bis 2022	19
Tab. 5.:	Das Schuldenvolumen in Deutschland 2019 bis 2022 nach Statistischem Bundesamt, Hochrechnung auf der Basis von Realwerten	21
Tab. 6.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität 2019 bis 2022	23
Tab. 7.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2019 bis 2022	27
Tab. 8.:	Ranking Überschuldungsquoten und Überschuldungsfälle in den Bundesländern 2020 bis 2022	29
Tab. 9.:	Synopse: Die Entwicklung überschuldungsaffiner Wirtschaftsindikatoren während der Corona- Pandemie 2019 bis 2022 (Stand: September 2022)	35
Tab. 10.:	Schritte der Überschuldungsanalyse.....	42
Tab. 11.:	microm ÜberschuldungsTypologie 2021 / 2022: Aggregation	43
Tab. 12.:	Überschuldungsgefährdung deutscher Verbraucher nach Ausfallwahrscheinlichkeit von Rechnungen für „Versorgungsleistung Strom, Wasser, Gas und Wärme“	46
Karte 13.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2022 nach Kreisen und kreisfreien Städten	61
Karte 14.:	SchuldnerAtlas Deutschland 2022: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2021 / 2022	62
Tab. 15.:	Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2022	63
Tab. 16.:	Hauptüberschuldungsgründe 2015 bis 2022: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt	64
Tab. 17.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2022.....	65
Tab. 18.:	Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2015 bis 2022	65
Tab. 19.:	Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2022	66
Tab. 20.:	Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2022	67
Tab. 21.:	Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2009 / 2022 (Basiswerte in Millionen).....	67
Tab. 22.:	Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2008 bis 2022	68
Tab. 23.:	Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2022.....	68
Tab. 24.:	Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2017 bis 2022	69
Tab. 25.:	Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2022: Rang 1 bis 10.....	69
Tab. 26.:	Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2022: Rang 401 bis 392	70
Tab. 27.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2021 / 2022.....	70
Tab. 28.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg bzw. dem geringsten Rückgang der Überschuldungsquote 2021 / 2022	71
Tab. 29.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2022.....	71
Tab. 30.:	Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2022	72
Tab. 31.:	Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2022.....	72

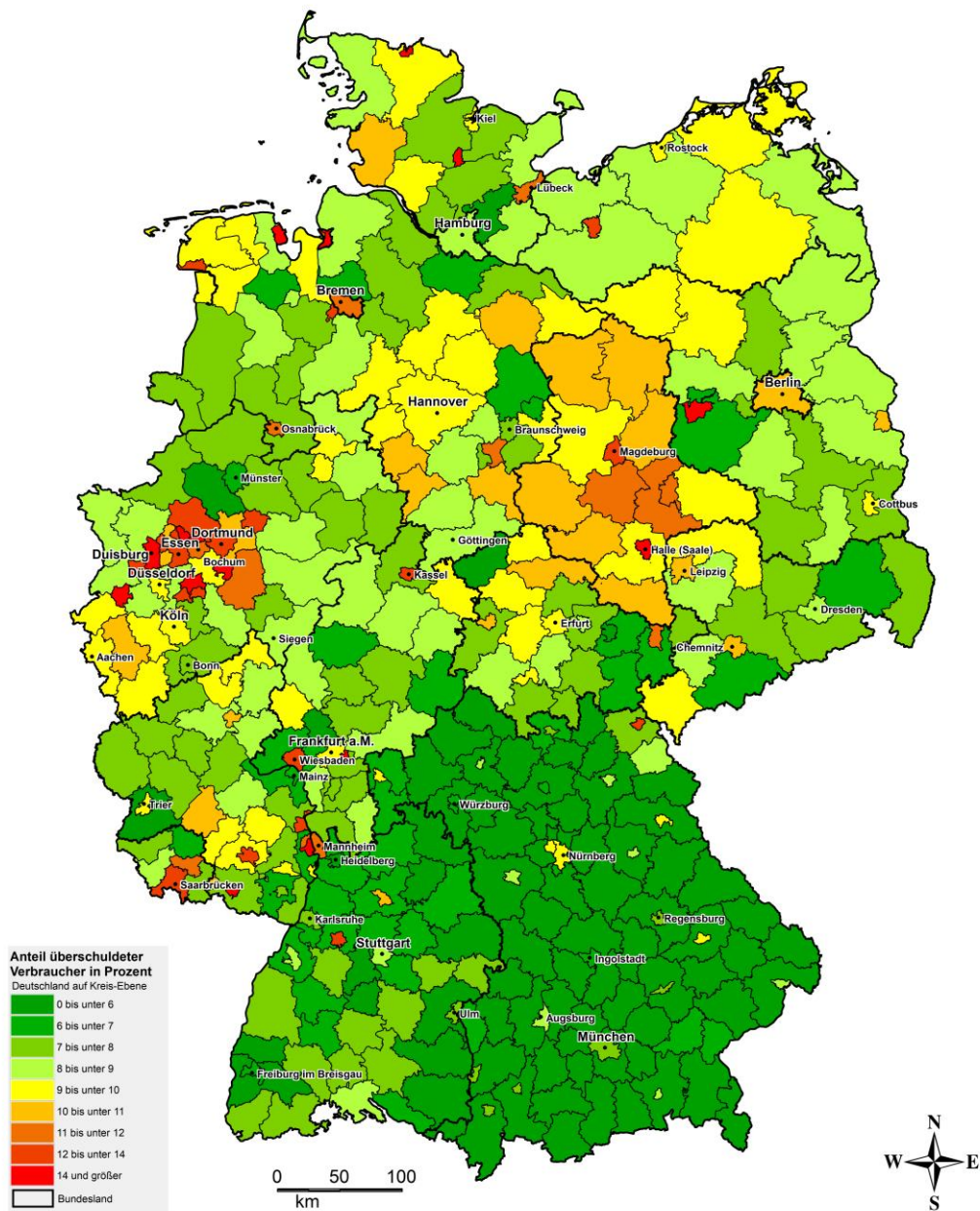
6.2 Karten

Karte 13.: SchuldnerAtlas Deutschland 2022 nach Kreisen und kreisfreien Städten

SchuldnerAtlas Deutschland

Überschuldung von Verbrauchern

2022



Creditreform

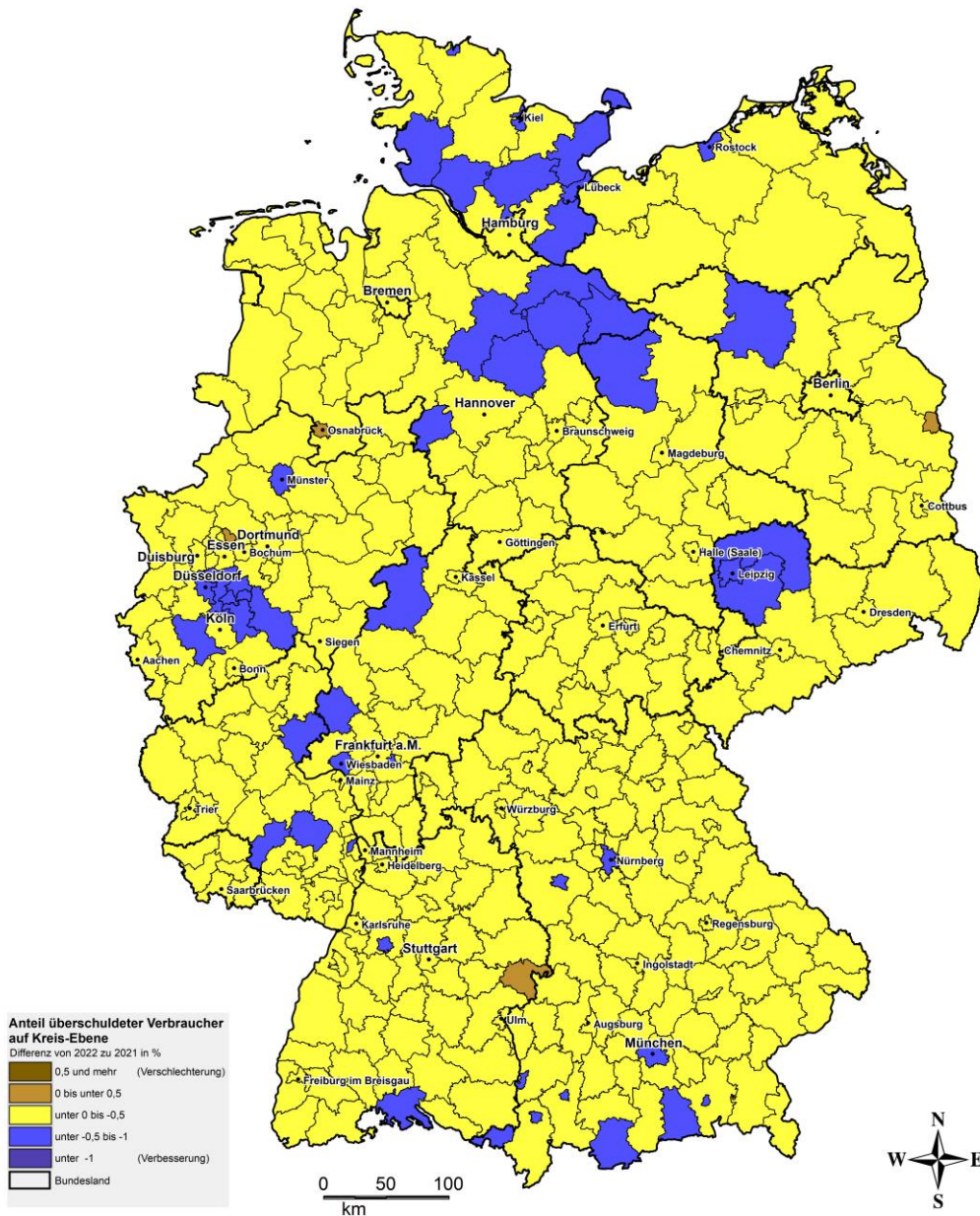
Boniversum

microm

Karte 14.: SchuldnerAtlas Deutschland 2022: Differenzkarte nach Kreisen und kreisfreien Städten 2021 / 2022

SchuldnerAtlas Deutschland 2022

Überschuldung von Verbrauchern



Creditreform

Boniversum

microm

Legende: blau = starke Verbesserungen / gelb = leichte Verbesserungen / hellbraun = leichte Verschlechterungen / dunkelbraun = starke Verschlechterungen

6.3 Tabellen und Schaubilder

Tab. 15.: Überschuldungsquoten in Deutschland 2004 bis 2022

Jahr	Einwohner	Personen über 18 Jahre	Überschuldete Personen	Überschuldungsquote	Überschuldete Haushalte
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%	3,10 Mio.
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%	3,33 Mio.
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%	3,47 Mio.
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%	3,54 Mio.
2008	82,00 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%	3,36 Mio.
2009	81,80 Mio.	68,12 Mio.	6,19 Mio.	9,09%	3,04 Mio.
2010	81,68 Mio.	68,26 Mio.	6,49 Mio.	9,50%	3,19 Mio.
2011	80,33 Mio.	68,26 Mio.	6,41 Mio.	9,38%	3,21 Mio.
2012	80,52 Mio.	68,31 Mio.	6,59 Mio.	9,65%	3,31 Mio.
2013	80,77 Mio.	67,14 Mio.	6,58 Mio.	9,81%	3,30 Mio.
2014	81,20 Mio.	67,43 Mio.	6,67 Mio.	9,90%	3,34 Mio.
2015	82,18 Mio.	67,69 Mio.	6,72 Mio.	9,92%	3,33 Mio.
2016	82,52 Mio.	68,05 Mio.	6,85 Mio.	10,06%	3,40 Mio.
2017	82,79 Mio.	68,83 Mio.	6,91 Mio.	10,04%	3,45 Mio.
2018	83,02 Mio.	69,03 Mio.	6,93 Mio.	10,04%	3,46 Mio.
2019	83,17 Mio.	69,24 Mio.	6,92 Mio.	10,00%	3,46 Mio.
2020	83,16 Mio.	69,41 Mio.	6,85 Mio.	9,87%	3,42 Mio.
2021	83,17 Mio.	69,48 Mio.	6,16 Mio.	8,86%	3,08 Mio.
2022	83,42 Mio.	69,41 Mio.	5,88 Mio.	8,48%	2,94 Mio.

Quelle für Einwohner 2004 bis 2022: Statistisches Bundesamt, Datenbank GENESIS-ONLINE, Bevölkerung auf Grundlage der Zensusdaten 2011 (Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes). Revidierte Werte für 2021; Wert für 2022: Eigene Hochrechnung. – Quelle für Haushalte 2004 bis 2021: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2035, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2017, 28.02.2017. Quelle für Haushalte ab 2021: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2040, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2020, 20.03.2020. Revidierte Werte für überschuldete Haushalte für 2021.

Allgemeine Anmerkungen zu den Tabellen

Zuordnung Kreise / kreisfreie Städte

Die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte hatte sich bereits 2017 von 402 auf 401 im Vergleich zu 2016 verringert. Der Landkreis Göttingen entstand am 1. November 2016 durch die Fusion des bisherigen Landkreises Göttingen mit dem Landkreis Osterode am Harz. Seit 2007 / 2008 hatte sich die Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte durch Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern (4. September 2011), in Sachsen-Anhalt (1. Juli 2007) und in Sachsen (1. August 2008) in mehreren Schritten von ehemals 439 Kreisen und kreisfreien Städten reduziert. Und auch die Gründung der Städteregion Aachen trug 2009 / 2010 zur Verringerung bei.

Auswertungssystematik nach Geschlecht und Alter

Die Auswertungssystematik zur Berechnung von Überschuldungsfällen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht und Altersgruppen wurde 2013 grundlegend überarbeitet. Wurden bis 2012 beide Bezugsdaten in Form einer Projektion der Überschuldungszahlen auf der Grundlage von „Jahrgangslinien“ (in Form einer Aggregation der monatspezifischen Anteile nach Art der Negativmerkmale in Bezug auf Altersgruppen und Geschlecht) hochgerechnet, basieren die entsprechenden Werte seit 2013 auf Auszählungen der Realwerte, wiederum getrennt nach Fällen mit geringer und mit hoher Überschuldungsintensität. Durch diese Vorgehensweise können Überschuldungsfälle und Überschuldungsquoten ab 2013 auch in geographischer Auflösung, d.h. beispielsweise nach Postleitzahlen oder Bundesländern, dargestellt werden.

Tab. 16.: Hauptüberschuldungsgründe 2015 bis 2022: The „big six“ nach Statistischem Bundesamt

Überschuldungsfälle	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Die sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründe								
Arbeitslosigkeit	20,0%	21,1%	20,6%	20,0%	19,9%	19,7%	19,9%	19,6%
Trennung, Scheidung, Tod	12,5%	13,0%	13,3%	13,1%	12,5%	12,0%	12,2%	12,0%
Erkrankung, Sucht, Unfall	13,5%	14,7%	15,1%	15,9%	16,3%	16,5%	16,9%	18,3%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	9,4%	10,9%	12,3%	12,9%	14,3%	14,5%	14,3%	14,6%
Gescheiterte Selbstständigkeit	8,1%	8,4%	8,3%	8,5%	8,3%	8,2%	8,3%	8,7%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	3,4%	5,6%	7,2%	8,3%	8,7%	9,6%	10,0%	11,5%
Anteile von „big six“	66,9%	73,7%	76,8%	78,7%	80,0%	80,5%	81,6%	84,5%
Sonstige Auslöser	33,1%	26,3%	23,2%	21,3%	20,0%	19,5%	18,4%	15,5%
Gesamt	100%							
Projektion: Überschuldungsfälle nach den sechs wichtigsten Hauptüberschuldungsgründen in Millionen								
Arbeitslosigkeit	1,34	1,45	1,42	1,39	1,38	1,35	1,23	1,15
Trennung, Scheidung, Tod	0,84	0,89	0,92	0,91	0,87	0,82	0,75	0,70
Erkrankung, Sucht, Unfall	0,91	1,01	1,04	1,10	1,13	1,13	1,04	1,07
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	0,63	0,75	0,85	0,89	0,99	0,99	0,88	0,86
Gescheiterte Selbstständigkeit	0,54	0,58	0,57	0,59	0,57	0,56	0,51	0,51
Längerfristiges Niedrigeinkommen	0,23	0,38	0,50	0,58	0,60	0,66	0,62	0,68
Anteile von „big six“	4,49	5,05	5,31	5,46	5,54	5,52	5,02	4,97
Sonstige Gründe	2,22	1,80	1,60	1,48	1,38	1,34	1,13	0,91
Gesamt	6,72	6,85	6,91	6,93	6,92	6,85	6,16	5,88
Abweichungen der Zahl der Überschuldungsfälle im Vergleich zum Vorjahr								
	15 / 16	16 / 17	17 / 18	18 / 19	19 / 20	20 / 21	21 / 22	08 / 22
Arbeitslosigkeit	+ 8%	- 1%	- 3%	- 1%	- 2%	- 9%	- 6%	- 41%
Trennung, Scheidung, Tod	+ 6%	+ 3%	- 1%	- 5%	- 5%	- 9%	- 6%	- 26%
Erkrankung, Sucht, Unfall	+ 11%	+ 4%	+ 6%	+ 2%	±0%	- 8%	+ 3%	+ 46%
Unwirtschaftliche Haushaltsführung	+ 18%	+ 14%	+ 5%	+ 11%	±0%	- 11%	- 2%	+ 33%
Gescheiterte Selbstständigkeit	+ 6%	± 0%	+ 3%	- 2%	- 2%	- 9%	± 0%	- 20%
Längerfristiges Niedrigeinkommen	+ 68%	+ 30%	+ 16%	+ 5%	+ 9%	- 6%	+ 10%	+ 196%
Anteile von „big six“	+ 12%	+ 5%	+ 3%	+ 2%	±0%	- 9%	- 1%	+ 1%
Sonstige Gründe	- 19%	- 11%	- 8%	- 6%	- 3%	- 15%	- 20%	- 54%
Gesamt	+ 2%	+ 1%	± 0%	± 0%	- 1%	- 10%	- 4%	- 14%

Die Darstellung der „Hauptauslöser der Überschuldung“ (Hauptüberschuldungsgründe) erfolgt seit 2013 aus Gründen der Einheitlichkeit auf Grundlage der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes. Dieses veröffentlicht seit 2007 Statistiken zur Überschuldung privater Personen in Deutschland. Letzte Veröffentlichung: Statistisches Bundesamt, Statistik zur Überschuldung privater Personen 2021, 25.05.2022, Wiesbaden. Die Werte für 2022 basieren auf einer Hochrechnung. Die Tabelle beinhaltet die prozentualen Anteile der sechs wichtigsten „Hauptüberschuldungsauslöser“ (nach iff-Überschuldungsreport: „big six“). Der Überschuldungsauslöser „längerfristiges Niedrigeinkommen“ wird in der amtlichen Überschuldungsstatistik erst seit 2015 berücksichtigt. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil dieser sechs wichtigsten „Hauptauslöser der Überschuldung“ im Jahr 2021 rund 82 Prozent (2010: 81 Prozent). Die Werte für 2022 wurden mit Hilfe der Vorjahreswerte und der Zahl der Überschuldungsfälle für die Jahre 2008 bis 2022 hochgerechnet sowie die entsprechenden Abweichungswerte berechnet (Revidierte Werte für 2021). Unter „sonstige Überschuldungsauslöser“ werden folgende Angaben subsumiert (in Klammern Abweichungswerte zum Vorjahr): Zahlungsverpflichtung aus Bürgschaft, Übernahme oder Mithaftung (2,2 Prozent; - 0,1 Punkte); gescheiterte Immobilienfinanzierung (1,1 Prozent; - 0,3 Punkte); Schadenersatz wegen unerlaubter Handlungen (1,6 Prozent; + 0,1 Punkte); Haushaltsgründung / Geburt eines Kindes (2,1 Prozent; ± 0,0 Punkte); Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen (0,8 Prozent; + 0,1 Punkte); unzureichende Kredit- oder Bürgschaftsberatung (1,4 Prozent; ± 0,0 Punkte) sowie Sonstiges (6,2 Prozent; - 1,7 Punkte).

Tab. 17.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten nach Geschlecht 2004 bis 2022

Basiswerte	Überschuldete Personen (in Millionen)			Überschuldungsquoten		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
2004	6,54	4,45	2,09	9,74%	13,55%	6,09%
2005	7,02	4,74	2,27	10,43%	14,41%	6,61%
2006	7,19	4,80	2,38	10,68%	14,59%	6,94%
2007	7,34	4,81	2,52	10,85%	14,52%	7,32%
2008	6,87	4,44	2,43	10,11%	13,32%	7,02%
2009	6,20	3,95	2,25	9,10%	11,82%	6,47%
2010	6,49	4,05	2,44	9,51%	12,09%	7,01%
2011	6,41	4,09	2,32	9,39%	12,25%	6,64%
2012	6,60	4,20	2,39	9,66%	12,57%	6,86%
2013	6,59	4,08	2,51	9,81%	12,55%	7,24%
2014	6,67	4,12	2,56	9,90%	12,61%	7,35%
2015	6,72	4,14	2,58	9,92%	12,61%	7,39%
2016	6,85	4,21	2,64	10,06%	12,72%	7,55%
2017	6,91	4,24	2,68	10,04%	12,59%	7,61%
2018	6,93	4,23	2,70	10,04%	12,55%	7,65%
2019	6,92	4,22	2,70	10,00%	12,46%	7,65%
2020	6,85	4,17	2,69	9,87%	12,27%	7,58%
2021	6,16	3,76	2,40	8,86%	11,07%	6,75%
2022	5,88	3,59	2,30	8,48%	10,56%	6,48%
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 0,27</i>	<i>- 0,18</i>	<i>- 0,10</i>	<i>- 0,39</i>	<i>- 0,51</i>	<i>- 0,27</i>
<i>Abw. 2004 / 22</i>	<i>- 0,65</i>	<i>- 0,86</i>	<i>+ 0,21</i>	<i>- 1,26</i>	<i>- 2,99</i>	<i>+ 0,39</i>

Abweichungen in Prozentpunkten bzw. in Millionen; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 18.: Überschuldete Personen n. Geschlecht / Überschuldungsintensität 2015 bis 2022

	Männer		Frauen		Gesamt	
Überschuldungsfälle: Gesamt						
2015	4.142.000	+ 25.000	2.575.000	+ 19.000	6.718.000	+ 44.000
2016	4.210.000	+ 68.000	2.638.000	+ 63.000	6.848.000	+ 131.000
2017	4.236.000	+ 26.000	2.677.000	+ 39.000	6.913.000	+ 65.000
2018	4.234.000	- 2.000	2.698.000	+ 21.000	6.932.000	+ 19.000
2019	4.218.000	- 16.000	2.704.000	+ 6.000	6.922.000	- 10.000
2020	4.167.000	- 52.000	2.687.000	- 17.000	6.853.000	- 69.000
2021	3.763.000	- 403.000	2.395.000	- 292.000	6.158.000	- 695.000
2022	3.587.000	- 177.000	2.297.000	- 97.000	5.884.000	- 274.000
<i>Abw. 2013 / 22</i>		<i>- 489.000</i>		<i>- 211.000</i>		<i>- 700.000</i>
Hohe Überschuldungsintensität						
2015	2.482.000	+ 34.000	1.467.000	+ 23.000	3.949.000	+ 57.000
2016	2.611.000	+ 129.000	1.558.000	+ 91.000	4.169.000	+ 220.000
2017	2.634.000	+ 23.000	1.587.000	+ 29.000	4.221.000	+ 53.000
2018	2.576.000	- 58.000	1.558.000	- 28.000	4.135.000	- 87.000
2019	2.501.000	- 76.000	1.510.000	- 49.000	4.010.000	- 125.000
2020	2.388.000	- 113.000	1.435.000	- 75.000	3.822.000	- 188.000
2021	2.254.000	- 134.000	1.344.000	- 91.000	3.597.000	- 225.000
2022	2.118.000	- 135.000	1.260.000	- 84.000	3.378.000	- 220.000
<i>Abw. 2013 / 22</i>		<i>- 266.000</i>		<i>- 143.000</i>		<i>- 409.000</i>

	Männer		Frauen		Gesamt	
Geringe Überschuldungsintensität						
2015	1.660.000	- 9.000	1.108.000	- 4.000	2.768.000	- 13.000
2016	1.599.000	- 61.000	1.080.000	- 28.000	2.679.000	- 89.000
2017	1.601.000	+ 2.000	1.090.000	+ 10.000	2.692.000	+ 12.000
2018	1.658.000	+ 57.000	1.140.000	+ 49.000	2.797.000	+ 106.000
2019	1.717.000	+ 60.000	1.195.000	+ 55.000	2.912.000	+ 115.000
2020	1.779.000	+ 62.000	1.252.000	+ 57.000	3.031.000	+ 119.000
2021	1.509.000	- 270.000	1.051.000	- 201.000	2.561.000	- 470.000
2022	1.468.000	- 41.000	1.038.000	- 13.000	2.506.000	- 54.000
<i>Abw. 2013 / 22</i>		<i>- 224.000</i>		<i>- 68.000</i>		<i>- 291.000</i>

Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 19.: Überschuldungsquoten nach Altersgruppen 2013 bis 2022

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldungsquoten: Gesamt							
2013	15,70%	18,13%	11,58%	8,60%	4,68%	0,90%	9,81%
2014	15,37%	18,63%	11,77%	8,73%	4,96%	1,06%	9,90%
2015	14,86%	18,81%	12,06%	8,77%	5,25%	1,16%	9,92%
2016	14,50%	19,17%	12,56%	8,90%	5,51%	1,34%	10,06%
2017	14,06%	18,93%	12,88%	8,80%	5,48%	1,50%	10,04%
2018	13,47%	18,57%	13,13%	8,85%	5,65%	2,04%	10,04%
2019	12,13%	17,72%	13,12%	9,17%	6,36%	2,95%	10,00%
2020	9,63%	17,31%	13,48%	9,64%	7,04%	3,61%	9,87%
2021	6,98%	15,13%	12,72%	9,30%	7,32%	3,17%	8,86%
2022	6,65%	14,12%	12,52%	8,89%	7,06%	3,07%	8,48%
<i>Abw. 2013 / 14</i>	<i>- 0,33</i>	<i>+ 0,50</i>	<i>+ 0,19</i>	<i>+ 0,12</i>	<i>+ 0,28</i>	<i>+ 0,16</i>	<i>+ 0,09</i>
<i>Abw. 2014 / 15</i>	<i>- 0,51</i>	<i>+ 0,18</i>	<i>+ 0,29</i>	<i>+ 0,04</i>	<i>+ 0,29</i>	<i>+ 0,10</i>	<i>+ 0,03</i>
<i>Abw. 2015 / 16</i>	<i>- 0,36</i>	<i>+ 0,36</i>	<i>+ 0,49</i>	<i>+ 0,13</i>	<i>+ 0,27</i>	<i>+ 0,18</i>	<i>+ 0,14</i>
<i>Abw. 2016 / 17</i>	<i>- 0,45</i>	<i>- 0,24</i>	<i>+ 0,33</i>	<i>- 0,10</i>	<i>- 0,03</i>	<i>+ 0,16</i>	<i>- 0,02</i>
<i>Abw. 2017 / 18</i>	<i>- 0,59</i>	<i>- 0,36</i>	<i>+ 0,25</i>	<i>+ 0,04</i>	<i>+ 0,17</i>	<i>+ 0,54</i>	<i>± 0,00</i>
<i>Abw. 2018 / 19</i>	<i>- 1,34</i>	<i>- 0,85</i>	<i>- 0,01</i>	<i>+ 0,32</i>	<i>+ 0,72</i>	<i>+ 0,90</i>	<i>- 0,04</i>
<i>Abw. 2019 / 20</i>	<i>- 2,50</i>	<i>- 0,40</i>	<i>+ 0,36</i>	<i>+ 0,47</i>	<i>+ 0,68</i>	<i>+ 0,67</i>	<i>- 0,12</i>
<i>Abw. 2020 / 21</i>	<i>- 2,65</i>	<i>- 2,18</i>	<i>- 0,76</i>	<i>- 0,34</i>	<i>+ 0,28</i>	<i>- 0,44</i>	<i>- 1,01</i>
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 0,33</i>	<i>- 1,01</i>	<i>- 0,20</i>	<i>- 0,41</i>	<i>- 0,26</i>	<i>- 0,10</i>	<i>- 0,38</i>
<i>Abw. 2013 / 22</i>	<i>- 9,04</i>	<i>- 4,01</i>	<i>+ 0,93</i>	<i>+ 0,29</i>	<i>+ 2,37</i>	<i>+ 2,18</i>	<i>- 1,33</i>

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 20.: Überschuldete Personen nach Altersgruppen 2013 bis 2022

	unter 30	30 – 39	40 – 49	50 – 59	60 – 69	ab 70	Gesamt
Überschuldete Personen: Gesamt							
2013	1.794.000	1.723.000	1.529.000	1.009.000	419.000	111.000	6.584.000
2014	1.749.000	1.782.000	1.514.000	1.052.000	443.000	134.000	6.674.000
2015	1.689.000	1.827.000	1.494.000	1.087.000	471.000	150.000	6.718.000
2016	1.661.000	1.884.000	1.495.000	1.130.000	504.000	174.000	6.848.000
2017	1.655.000	1.915.000	1.483.000	1.143.000	522.000	194.000	6.913.000
2018	1.583.000	1.908.000	1.456.000	1.168.000	556.000	263.000	6.932.000
2019	1.416.000	1.850.000	1.409.000	1.225.000	641.000	381.000	6.922.000
2020	1.113.000	1.841.000	1.406.000	1.298.000	725.000	470.000	6.853.000
2021	796.000	1.630.000	1.296.000	1.250.000	769.000	417.000	6.158.000
2022	742.000	1.534.000	1.261.000	1.183.000	755.000	409.000	5.884.000
Abw. 2013 / 14	- 2,5%	+ 3,4%	- 1,0%	+ 4,3%	+ 5,7%	+ 21,1%	+ 1,4%
Abw. 2014 / 15	- 3,4%	+ 2,5%	- 1,3%	+ 3,3%	+ 6,3%	+ 11,9%	+ 0,7%
Abw. 2015 / 16	- 1,7%	+ 3,1%	± 0,0%	+ 3,9%	+ 7,1%	+ 16,4%	+ 1,9%
Abw. 2016 / 17	- 0,4%	+ 1,6%	- 0,8%	+ 1,1%	+ 3,5%	+ 11,5%	+ 0,9%
Abw. 2017 / 18	- 4,4%	- 0,4%	- 1,9%	+ 2,2%	+ 6,4%	+ 35,4%	+ 0,3%
Abw. 2018 / 19	- 10,5%	- 3,0%	- 3,2%	+ 4,9%	+ 15,4%	+ 44,8%	- 0,1%
Abw. 2019 / 20	- 21,4%	- 0,5%	- 0,2%	+ 5,9%	+ 13,0%	+ 23,3%	- 1,0%
Abw. 2020 / 21	- 28,5%	- 11,4%	- 7,8%	- 3,7%	+ 6,1%	- 11,2%	- 10,1%
Abw. 2021 / 22	- 6,8%	- 5,9%	- 2,7%	- 5,4%	- 1,8%	- 1,9%	- 4,4%
Abw. 2013 / 22	- 58,6%	- 11,0%	- 17,5%	+ 17,2%	+ 80,2%	+ 270,4%	- 10,6%

Abweichungen in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 21.: Überschuldete Personen nach Überschuldungsintensität in Ost- und Westdeutschland 2009 / 2022 (Basiswerte in Millionen)

Überschuldungsintensität	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering	Gesamt	Hoch	Gering
2009	6,19	3,46	2,73	5,17	2,87	2,30	1,03	0,59	0,43
2010	6,49	3,61	2,88	5,41	3,00	2,42	1,07	0,61	0,46
2011	6,40	3,70	2,70	5,36	3,08	2,28	1,04	0,62	0,42
2012	6,59	3,78	2,82	5,51	3,14	2,36	1,09	0,63	0,46
2013	6,58	3,79	2,80	5,50	3,16	2,34	1,08	0,63	0,45
2014	6,67	3,89	2,78	5,58	3,25	2,33	1,10	0,64	0,45
2015	6,72	3,95	2,77	5,62	3,30	2,32	1,10	0,65	0,45
2016	6,85	4,17	2,68	5,73	3,48	2,25	1,12	0,69	0,43
2017	6,91	4,22	2,69	5,79	3,53	2,27	1,12	0,69	0,43
2018	6,93	4,13	2,80	5,82	3,46	2,36	1,11	0,67	0,44
2019	6,92	4,01	2,91	5,82	3,36	2,46	1,10	0,65	0,45
2020	6,85	3,82	3,03	5,77	3,20	2,57	1,08	0,62	0,47
2021	6,16	3,60	2,56	5,17	3,01	2,16	0,99	0,58	0,40
2022	5,88	3,38	2,51	4,94	2,83	2,11	0,94	0,55	0,40
2021 / 22	- 0,27	- 0,22	- 0,05	- 0,23	- 0,18	- 0,05	- 0,04	- 0,04	- 0,01
2006 / 22	- 1,30	- 0,02	- 1,28	- 0,96	+ 0,05	- 1,01	- 0,34	- 0,07	- 0,28

Westdeutschland, einschl. Berlin; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 22.: Veränderung der Überschuldung nach Überschuldungsintensität 2008 bis 2022

Zeitraum	Hohe Überschuldungsintensität		Geringe Überschuldungsintensität	
	Abw. Prozent	Fälle	Abw. Prozent	Fälle
2008 / 2009	+ 0,5%	+ 18.000	- 20,3%	- 696.000
2009 / 2010	+ 4,3%	+ 147.000	+ 5,3%	+ 145.000
2010 / 2011	+ 2,5%	+ 92.000	- 6,0%	- 173.000
2011 / 2012	+ 2,1%	+ 76.000	+ 4,2%	+ 113.000
2012 / 2013	+ 0,3%	+ 11.000	- 0,7%	- 21.000
2013 / 2014	+ 2,8%	+ 105.000	- 0,6%	- 16.000
2014 / 2015	+ 1,5%	+ 57.000	- 0,5%	- 13.000
2015 / 2016	+ 5,6%	+ 220.000	- 3,2%	- 89.000
2016 / 2017	+ 1,2%	+ 52.000	+ 0,5%	+ 12.000
2017 / 2018	- 2,1%	- 87.000	+ 3,9%	+ 106.000
2018 / 2019	- 3,0%	- 124.000	+ 4,1%	+ 115.000
2019 / 2020	- 4,7%	- 188.000	+ 4,1%	+ 119.000
2020 / 2021	- 5,9%	- 225.000	- 15,5%	- 470.000
2021 / 2022	- 6,1%	- 220.000	- 2,1%	- 54.000
<i>Abw. 2006 / 2022</i>	<i>- 0,6%</i>	<i>- 22.000</i>	<i>- 33,8%</i>	<i>- 1.281.000</i>
<i>nachrichtlich: 2006 / 2021</i>	<i>+ 5,8%</i>	<i>+ 198.000</i>	<i>- 32,4%</i>	<i>- 1.227.000</i>

Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 23.: Überschuldete Personen und Überschuldungsquoten in West- und Ostdeutschland 2004 / 2022

Jahr	Überschuldete Personen			Überschuldungsquoten			
	West	Ost	Gesamt	West	Ost	Gesamt	Spreizung
2004	5,35 Mio.	1,19 Mio.	6,54 Mio.	9,59%	10,50%	9,74%	+ 0,91
2005	5,75 Mio.	1,27 Mio.	7,02 Mio.	10,27%	11,16%	10,43%	+ 0,89
2006	5,90 Mio.	1,29 Mio.	7,19 Mio.	10,55%	11,35%	10,68%	+ 0,81
2007	6,03 Mio.	1,31 Mio.	7,34 Mio.	10,72%	11,50%	10,85%	+ 0,78
2008	5,70 Mio.	1,17 Mio.	6,87 Mio.	10,07%	10,30%	10,11%	+ 0,23
2009	5,17 Mio.	1,03 Mio.	6,19 Mio.	9,10%	9,08%	9,09%	- 0,02
2010	5,41 Mio.	1,07 Mio.	6,49 Mio.	9,51%	9,45%	9,50%	- 0,06
2011	5,36 Mio.	1,05 Mio.	6,41 Mio.	9,40%	9,29%	9,38%	- 0,12
2012	5,51 Mio.	1,09 Mio.	6,60 Mio.	9,63%	9,75%	9,65%	+ 0,12
2013	5,50 Mio.	1,09 Mio.	6,58 Mio.	9,78%	9,97%	9,81%	+ 0,19
2014	5,57 Mio.	1,10 Mio.	6,67 Mio.	9,84%	10,17%	9,90%	+ 0,33
2015	5,62 Mio.	1,10 Mio.	6,72 Mio.	9,86%	10,26%	9,92%	+ 0,40
2016	5,73 Mio.	1,12 Mio.	6,85 Mio.	10,00%	10,43%	10,06%	+ 0,43
2017	5,79 Mio.	1,12 Mio.	6,91 Mio.	9,97%	10,42%	10,04%	+ 0,45
2018	5,82 Mio.	1,11 Mio.	6,93 Mio.	9,98%	10,40%	10,04%	+ 0,42
2019	5,82 Mio.	1,10 Mio.	6,92 Mio.	9,94%	10,33%	10,00%	+ 0,39
2020	5,77 Mio.	1,08 Mio.	6,85 Mio.	9,82%	10,20%	9,87%	+ 0,38
2021	5,17 Mio.	0,99 Mio.	6,16 Mio.	8,79%	9,29%	8,86%	+ 0,50
2022	4,94 Mio.	0,94 Mio.	5,88 Mio.	8,40%	8,93%	8,48%	+ 0,54
<i>Abw. 2021 / 22</i>	<i>- 233.000</i>	<i>- 41.000</i>	<i>- 274.000</i>	<i>- 0,39</i>	<i>- 0,36</i>	<i>- 0,38</i>	<i>+ 0,04</i>
<i>Abw. 2004 / 22</i>	<i>- 407.000</i>	<i>- 248.000</i>	<i>- 655.000</i>	<i>- 1,19</i>	<i>- 1,56</i>	<i>- 1,26</i>	<i>- 0,37</i>

Westdeutschland, einschließlich Berlin; Spreizungswerte Ost / West in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

Tab. 24.: Die Überschuldungsquoten der 16 Landeshauptstädte im Ranking 2017 bis 2022

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent						Abweichungen			
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	21 / 22	04 / 22
Mainz	7,90	7,87	8,03	8,05	7,20	6,84	- 0,36	- 2,84	- 800	- 2.500
Potsdam	8,99	8,92	8,66	8,47	7,43	7,06	- 0,37	- 3,33	- 400	- 1.000
München	8,92	8,82	8,96	8,73	7,88	7,36	- 0,52	- 1,71	- 6.300	- 3.200
Dresden	9,39	9,27	9,19	9,04	8,32	8,09	- 0,23	- 1,66	- 1.200	- 2.600
Stuttgart	10,50	10,14	10,14	9,88	8,77	8,32	- 0,45	+ 0,03	- 2.800	+3.100
Hamburg	10,61	10,62	10,60	10,53	9,10	8,64	- 0,46	- 2,23	- 6.700	- 24.800
Erfurt	11,17	11,19	11,09	10,75	9,68	9,53	- 0,15	- 5,17	- 300	- 7.600
Kiel	12,16	11,96	11,92	11,63	10,51	9,89	- 0,62	- 2,53	- 1.300	- 3.700
Düsseldorf	12,12	12,09	12,09	11,85	10,49	9,90	- 0,59	- 3,04	- 3.200	- 11.100
Hannover	12,80	12,74	12,55	12,13	10,53	10,10	- 0,43	- 1,99	- 2.200	- 7.600
Berlin	12,63	12,42	12,31	12,02	10,81	10,47	- 0,34	- 3,56	- 11.500	- 78.500
Bremen	12,60	12,51	12,53	12,44	11,40	11,03	- 0,37	- 1,38	- 2.000	- 4.100
Schwerin	13,47	13,55	13,58	13,52	12,58	12,11	- 0,47	- 1,95	- 400	- 2.000
Magdeburg	14,63	14,51	14,31	14,08	12,92	12,51	- 0,41	- 2,22	- 1.100	- 3.600
Wiesbaden	16,66	17,02	17,09	16,81	14,70	13,91	- 0,79	+ 1,16	- 1.800	+ 2.900
Saarbrücken	16,48	16,55	16,80	17,00	15,15	14,65	- 0,50	- 0,56	- 900	- 1.000
Gesamt	11,56	11,45	11,42	11,20	10,00	9,57	- 0,43	- 2,46	- 42.900	- 147.300

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Die Auswertung für die Städte Hannover und Saarbrücken erfolgte über die Zuordnung der Postleitzahlbezirke, da beide Städte in administrativ-übergreifende Städteregionen eingebunden sind („Region Hannover“ / „Regionalverband Saarbrücken“). „Gesamt“: Werte für alle 16 Landeshauptstädte.

Tab. 25.: Die zehn Kreise mit der niedrigsten Überschuldungsquote 2022: Rang 1 bis 10

Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Eichstätt	3,79	3,77	3,85	3,98	4,00	3,78	3,55	- 0,23	- 0,58	1	1
Erlangen-Höchstadt	4,93	4,99	4,99	4,91	4,77	4,29	4,06	- 0,23	- 1,24	7	2
Aichach-Friedberg	5,58	5,62	5,61	5,48	5,21	4,55	4,23	- 0,32	- 1,86	29	3
Schweinfurt	5,06	5,06	5,12	5,04	4,95	4,50	4,27	- 0,23	- 0,89	4	4
Neumarkt i.d.OPf.	5,39	5,42	5,36	5,24	5,07	4,60	4,34	- 0,26	- 0,93	6	5
Landsberg am Lech	5,74	5,69	5,75	5,57	5,35	4,60	4,44	- 0,16	- 1,95	48	6
Ostallgäu	6,31	6,34	6,30	6,04	5,73	5,02	4,55	- 0,47	- 2,07	58	7
Würzburg	5,38	5,40	5,44	5,25	5,24	4,74	4,56	- 0,18	- 0,63	5	8
Roth	5,78	5,75	5,59	5,49	5,32	4,79	4,57	- 0,22	- 1,67	39	9
Ebersberg	5,80	5,87	5,99	5,86	5,72	4,99	4,59	- 0,40	- 0,95	10	10

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Landkreise (Würzburg, Schweinfurt = Landkreise), alle aus Bayern.

Tab. 26.: Die zehn Städte mit der höchsten Überschuldungsquote 2022: Rang 401 bis 392

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Bremerhaven	20,80	20,79	21,22	21,67	21,78	19,96	19,70	- 0,26	+ 1,96	401	401
Gelsenkirchen	17,67	17,76	17,88	17,97	18,05	16,94	16,94	± 0,00	+ 2,83	382	400
Pirmasens	18,38	18,23	18,35	18,30	18,61	17,35	16,92	- 0,43	+ 0,39	398	399
Neumünster	17,54	17,80	18,09	18,65	18,75	16,95	16,60	- 0,35	+ 2,28	385	398
Herne	17,61	17,85	18,06	18,26	18,21	16,82	16,44	- 0,38	+ 3,69	360	397
Duisburg	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	- 0,29	+ 1,31	389	396
Hagen	16,06	15,86	16,34	16,69	16,66	15,55	15,41	- 0,14	+ 1,94	373	395
Wilhelmshaven	16,90	17,03	17,07	17,07	16,85	15,57	15,36	- 0,21	+ 0,32	393	394
Halle (Saale)	16,85	16,43	16,35	16,43	16,47	15,27	15,08	- 0,19	- 0,30	397	393
Wuppertal	18,08	18,38	18,42	18,17	17,73	15,60	14,82	- 0,78	- 0,21	392	392

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Nur Städte.

Tab. 27.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem stärksten Rückgang der Überschuldungsquote 2021 / 2022

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Münster, Stadt	8,52	8,42	8,54	8,62	8,44	7,50	6,57	- 0,93	- 1,47	130	103
Pforzheim, Stadtkreis	14,66	14,66	14,80	15,09	15,09	14,05	13,16	- 0,89	+ 2,29	300	379
Solingen, Klingenstadt	14,48	14,57	14,85	15,30	15,52	14,42	13,56	- 0,86	+ 1,35	346	382
Rosenheim, Stadt	10,08	10,36	10,38	10,40	10,17	9,05	8,23	- 0,82	- 1,59	239	228
Wiesbaden, Landeshauptstadt	16,77	16,66	17,02	17,09	16,81	14,70	13,91	- 0,79	+ 1,16	361	386
Wuppertal, Stadt	18,08	18,38	18,42	18,17	17,73	15,60	14,82	- 0,78	- 0,21	392	392
Kaufbeuren, Stadt	10,70	10,84	10,73	10,31	9,86	8,71	7,95	- 0,76	- 2,15	256	207
Leverkusen, Stadt	11,76	11,77	11,89	11,99	11,92	10,78	10,09	- 0,69	+ 0,31	237	332
Offenbach am Main, Stadt	17,79	17,42	17,42	17,24	16,62	14,82	14,15	- 0,67	- 3,07	400	388
Ostholstein	10,78	10,62	10,47	10,45	10,29	9,08	8,41	- 0,67	- 2,86	320	241

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: acht Städte, ein Kreis (Ostholstein), ein Stadtkreis (Pforzheim).

Tab. 28.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg bzw. dem geringsten Rückgang der Überschuldungsquote 2021 / 2022

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Frankfurt (Oder), Stadt	12,75	12,64	12,61	12,32	11,91	10,48	10,68	+ 0,20	- 4,59	396	348
Heidenheim	8,39	8,46	8,56	8,57	8,45	7,54	7,60	+ 0,06	+ 0,88	66	177
Osnabrück, Stadt	11,29	11,06	11,16	11,71	11,72	11,08	11,11	+ 0,03	+ 1,89	188	357
Gelsenkirchen, Stadt	17,67	17,76	17,88	17,97	18,05	16,94	16,94	± 0,00	+ 2,83	382	400
Gera, Stadt	11,84	11,77	11,85	11,81	11,83	11,05	11,02	- 0,03	- 2,66	376	355
Birkenfeld	10,75	10,79	10,84	10,94	11,16	10,14	10,07	- 0,07	+ 0,70	203	331
Saale-Orla-Kreis	7,56	7,52	7,47	7,30	7,39	6,79	6,68	- 0,11	- 1,19	123	114
Ludwigshafen am Rhein, Stadt	15,27	15,81	15,96	16,02	15,98	14,63	14,52	- 0,11	- 0,02	387	390
Wolfsburg, Stadt	7,79	7,69	7,74	7,88	7,88	6,85	6,74	- 0,11	- 1,69	148	119
Hohenlohekreis	6,34	6,43	6,41	6,34	6,29	5,72	5,59	- 0,13	- 1,05	61	59

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Vier Landkreise (Heidenheim, Birkenfeld, Saale-Orla-Kreis, Hohenlohekreis), sechs Städte.

Anmerkung: Üblicherweise werden in dieser Tabelle diejenigen Kreise und kreisfreien Städte genannt, die den „stärksten Anstieg der Überschuldungsquote“ (im Vergleich zum Vorjahr) aufweisen. Da in diesem Jahr nur drei kreisfreie Städte und ein Kreis einen Anstieg der Überschuldungsquoten aufweisen, weist die Tabelle auch diejenigen Kreise und kreisfreien Städte mit dem „geringsten Rückgang der Überschuldungsquote“ 2021 / 2022 auf.

Tab. 29.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Rückgang der Überschuldungsquote 2004 / 2022

Stadt / Kreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Weimar, Stadt	10,63	10,75	10,74	10,72	10,36	9,02	8,63	- 0,39	- 5,57	383	253
Erfurt, Stadt	11,29	11,17	11,19	11,09	10,75	9,68	9,53	- 0,15	- 5,17	390	300
Frankfurt (Oder), Stadt	12,75	12,64	12,61	12,32	11,91	10,48	10,68	+ 0,20	- 4,59	396	348
Weimarer Land	9,54	9,49	9,46	9,29	9,03	7,98	7,58	- 0,40	- 4,12	332	174
Oberhavel	10,04	9,67	9,49	9,30	9,07	7,92	7,47	- 0,45	- 4,09	329	163
Barnim	9,73	9,60	9,55	9,52	9,36	8,36	8,00	- 0,36	- 3,92	340	210
Braunschweig, Stadt	9,87	9,61	9,67	9,60	9,42	8,03	7,67	- 0,36	- 3,80	327	182
Teltow-Fläming	10,79	10,63	10,54	10,34	10,01	8,91	8,45	- 0,46	- 3,76	347	243
Kempten (Allgäu), Stadt	10,21	10,15	10,15	9,70	9,20	8,05	7,50	- 0,55	- 3,66	312	164
Märkisch-Oderland	10,03	9,87	9,84	9,69	9,44	8,48	8,15	- 0,33	- 3,58	335	223

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Fünf Städte / fünf Landkreise (Weimarer Land, Oberhavel, Barnim, Teltow-Fläming, Märkisch-Oderland).

Tab. 30.: Die zehn Kreise und kreisfreien Städte mit dem höchsten Anstieg der Überschuldungsquote 2004 / 2022

Stadt / Stadtkreis	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Herne, Stadt	17,61	17,85	18,06	18,26	18,21	16,82	16,44	- 0,38	+ 3,69	360	397
Gelsenkirchen, Stadt	17,67	17,76	17,88	17,97	18,05	16,94	16,94	± 0,00	+ 2,83	382	400
Pforzheim, Stadtkreis	14,66	14,66	14,80	15,09	15,09	14,05	13,16	- 0,89	+ 2,29	300	379
Neumünster, Stadt	17,54	17,80	18,09	18,65	18,75	16,95	16,60	- 0,35	+ 2,28	385	398
Bremerhaven, Stadt	20,80	20,79	21,22	21,67	21,78	19,96	19,70	- 0,26	+ 1,96	401	401
Hagen, Stadt	16,06	15,86	16,34	16,69	16,66	15,55	15,41	- 0,14	+ 1,94	373	395
Osnabrück, Stadt	11,29	11,06	11,16	11,71	11,72	11,08	11,11	+ 0,03	+ 1,89	188	357
Solingen, Klingenstein	14,48	14,57	14,85	15,30	15,52	14,42	13,56	- 0,86	+ 1,35	346	382
Duisburg, Stadt	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	- 0,29	+ 1,31	389	396
Wiesbaden, Stadt	16,77	16,66	17,02	17,09	16,81	14,70	13,91	- 0,79	+ 1,16	361	386

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich. Aufteilung: Neun Städte, ein Stadtkreis (Pforzheim).

Tab. 31.: Die zehn Städte mit über 400.000 Einwohnern über 18 Jahre mit den höchsten Überschuldungsquoten 2022

Stadt	Überschuldungsquoten in Prozent							Abw.		Rang	
	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	21 / 22	04 / 22	2004	2022
Duisburg	16,64	17,08	17,20	17,52	17,53	16,16	15,87	- 0,29	+ 1,31	389	290
Essen	13,59	13,76	13,96	14,23	14,17	12,94	12,45	- 0,49	+ 0,21	348	318
Dortmund	14,46	14,44	14,44	14,33	14,04	12,73	12,44	- 0,29	- 0,32	362	324
Bremen	12,67	12,60	12,51	12,53	12,44	11,40	11,03	- 0,37	- 1,38	352	328
Leipzig	13,50	13,43	13,17	12,81	12,45	11,32	10,65	- 0,67	- 1,99	359	340
Berlin	12,74	12,63	12,42	12,31	12,02	10,81	10,47	- 0,34	- 3,56	380	346
Nürnberg	11,58	11,93	12,01	11,85	11,51	10,56	9,98	- 0,58	- 0,38	267	356
Düsseldorf	12,31	12,12	12,09	12,09	11,85	10,49	9,90	- 0,59	- 3,04	367	371
Köln	11,84	11,78	11,67	11,62	11,44	10,20	9,81	- 0,39	- 2,55	350	372
Frankfurt am Main	10,75	10,58	10,74	10,76	10,76	9,66	9,29	- 0,37	- 1,48	295	396

Abweichung in Prozentpunkten; Rundungsdifferenzen möglich.

6.4 Quellen

Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2022, Weiter insgesamt stabile Lage trotz des schwierigen Umfelds

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 28 / 2022, Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders, staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt, S. 387-394

DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 37 / 2022, Mangelndes Zinswissen ist ein Risikofaktor für eine Überschuldung (Interview), S. 482

GfK-Konsumklima, Oktober 2022, Vorerst kein weiterer Absturz des Konsumklimas

IAB-Arbeitsmarktbarometer, Oktober 2022, IAB-Arbeitsmarktbarometer fällt zum sechsten Mal in Folge

ifo Institut, 29.09.2022, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2022, Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust

ifo Konjunkturprognose, Herbst 2022 (12.09.2022), Inflation würgt privaten Konsum ab – deutsche Konjunktur vor hartem Winter in Deutschland

ifo Schnelldienst, 04-2022, Inflation frisst Überschussersparnis, 23.08.2022

IW-Kurzbericht, Nr. 55, Juli 2022, Gefahr der Energiearmut wächst

IW-Report, Nr. 87, September 2022, Energiekrise, Sinkende Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht

KfW-ifo-Mittelstandsbarometer, September 2022, Die Rezession hat begonnen – Geschäftserwartungen nähern sich Allzeittief

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 217, 25.05.2022, Überschuldete benötigen 38 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten

Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Zahl der Woche, 25.10.2022, Sparquote mit 11,1 Prozent im 1. Halbjahr 2022 wieder auf Vor-Pandemie-Niveau

6.5 Impressum

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung

Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch, Telefon: (02131) 109-172

Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss

Redaktion: Dr. Rainer Bovelet, Aachen.

Datenmaterial und Karten:

Creditreform Boniversum GmbH

Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-501

microm

Micromarketing-Systeme und Consult GmbH

Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss

Telefon: (02131) 109-701

Alle Rechte vorbehalten

© 2022, Verband der Vereine Creditreform e.V.

Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 15. November 2022

6.6 Anmerkungen

- ¹ Dies auch, da die Bevölkerung durch Zuwanderung nochmals, wenn auch weniger stark als in den Vorjahren, zugenommen hat. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 251, 20.06.2022: Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2021 leicht gewachsen; Nach Rückgang 2020 erreicht Nettozuwanderung wieder annähernd das Niveau vor der Corona-Pandemie. Erst im Verlauf von 2022 nimmt die die Bevölkerungszahl in Deutschland durch den Zuzug von Ukrainerinnen und Ukrainern infolge des russischen Angriffskriegs zu – eine Zuwanderung in ähnlicher Größenordnung wie 1992 und 2015. Vgl. zudem Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 410, 27.09.2022: Bevölkerung Deutschlands im 1. Halbjahr 2022 stark gewachsen, erstmals leben mehr als 84 Millionen Menschen in Deutschland – Bevölkerung gegenüber dem Jahresende 2021 um 843.000 Personen oder 1,0 Prozent gewachsen.
- ² Nach über zwei Jahren sind zum 30. Juni 2022 die letzten Corona-Wirtschaftshilfen zusammen mit dem befristeten Rahmen für pandemiebedingte staatliche Beihilfen ausgelaufen. Dabei wurden insgesamt fast fünf Millionen Anträge auf Zuschüsse sowie rund 170.000 Anträge auf Kredite gestellt. Seit Frühjahr 2020 entfielen allein auf Zuschüsse, Kredite, Rekapitalisierungen und Bürgschaften insgesamt rund 130 Milliarden Euro. Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.
- ³ Zum Hintergrund: „Im Jahr 2021 stand dem Haushalt einer überschuldeten Person, die Hilfe bei einer Schuldnerberatungsstelle suchte, durchschnittlich ein Nettoeinkommen von 1.368 Euro pro Monat zur Verfügung. Mit durchschnittlich 520 Euro machten die Kosten für die Wohnung einschließlich Energie- und Nebenkosten 38 Prozent des Haushaltseinkommens aus. Wird nur das eigene Einkommen der Schuldnerin oder des Schuldners von durchschnittlich 1.146 Euro betrachtet, so machten die Wohnkosten sogar 45 Prozent aus. Die Wohnkosten überschuldeter Personen [sind] damit überdurchschnittlich hoch: In der Gesamtbevölkerung belief sich der Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen nach den aktuellsten Daten aus dem Jahr 2020 auf 22 Prozent.“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 217, 25.05.2022: Überschuldete benötigen 38 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten.
- ⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht August 2022, 74. Jahrgang, Nr. 8, Zur Verteilung der pandemiebedingten Ersparnisse der privaten Haushalte in Deutschland.
- ⁵ Die Erklärungsmuster für die unterschiedlichen Überschuldungsquoten von Männern und Frauen sind weiterhin stabil: Männer verfügen im Schnitt über höhere Einkommen und sind häufiger „Haushaltsvorstand“ und Hauptverdiener. Männer sind auch bei Finanzentscheidungen risikobereiter als Frauen, die beispielsweise bei der Inanspruchnahme von Krediten mäßigenden Einfluss auf die Höhe des Kredits nehmen. Zudem übernehmen Frauen zunehmend gleichberechtigt die Verantwortung für Schulden als Einkommensbezieherinnen oder als Alleinerziehende, da sich die Rollenbilder verändert haben. Dabei gilt aber auch, dass Frauen weiterhin oft schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Kollegen. Die Daten der Überschuldungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass männliche Überschuldete eine höhere (mittlere) Schuldenhöhe (Hochrechnung für 2022: 34.670 Euro; - 1.200 Euro; - 3 Prozent) aufweisen als weibliche Überschuldete (25.150 Euro; - 300 Euro; - 1 Prozent). Der entsprechende Wert ist im Langzeitvergleich bei Frauen (- 9.300 Euro zu 2006; - 27 Prozent) deutlich stärker gesunken als bei männlichen Überschuldeten (- 4.600 Euro zu 2006; - 12 Prozent).
- ⁶ Altersarmut ist eine besonders schwerwiegende Form der Armut. Dabei sind die Folgen von Armut und Überschuldung für die Betroffenen oft ähnlich: Arme leiden unter einem erhöhten Überschuldungsrisiko, Überschuldete unter einem erhöhten Verarmungsrisiko. Während jüngere Menschen Armut meist als vorübergehende Lebensphase begreifen und über eine Perspektive verfügen, sich aus der Einkommensarmut herauszuarbeiten, ist das bei älteren Menschen häufig nicht der Fall. Mit dem Eintritt in den Ruhestand sinken die Chancen älterer Menschen drastisch, ihre ökonomische Lage zu verbessern. Gleiches gilt für das Phänomen der Altersüberschuldung.
- ⁷ Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 275, 30.06.2022: Immer mehr Rentenleistungen sind einkommensteuerpflichtig; Durchschnittlicher Besteuerungsanteil seit 2015 um 9,7 Prozentpunkte gestiegen sowie Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. N 061, 29.09.2022: Mehr als ein Viertel der Rentnerinnen und Rentner haben ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1.000 Euro.
- ⁸ Typische Verbindlichkeiten sind Miet- und Energiekosten, Telekommunikationskosten, Konsumkosten (Ratenkäufe, Kreditkarten), Unterhaltsverpflichtungen, Finanzamt, Schadensersatzforderungen, private Verbindlichkeiten, Strafen und Bußgelder (z. B. für „Schwarzfahren“ bei überwiegender jungen Menschen, meist in urbanen Zentren).
- ⁹ Die Hochrechnungen basieren auf den Angaben des Statistischen Bundesamtes in der letzten Überschuldungsstatistik von Ende Mai 2022 für das Jahr 2021. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Daten auf einer Hoch- und Umrechnung der Angaben des Statistischen Bundesamtes der Überschuldungsstatistik für die Jahre 2009 bis 2021 basieren. Sie können in dieser Form nur als Trendindikator interpretiert werden. Der Grund: Die Altersgruppenzuordnungen sind nicht identisch und um rund 5 Jahre versetzt (Beispiel Creditreform: unter 30 Jahre / Destatis: unter 25 Jahre).
- ¹⁰ Zudem bleiben auch andere Faktoren virulent, die das Überschuldungsrisiko der Verbraucher in Deutschland erhöhen. Hierzu gehören beispielsweise die auch weiterhin steigenden Miet- und Immobilienpreise, die weitverbreitete Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen, wie Grundsicherung im Alter, die zunehmende Steuerpflicht für (viele) Renteneinkommen und das Fortbestehen des (prekären) Niedriglohnssektors mit hoher Lohnungleichheit mit atypischer oder auch prekärer Beschäftigung.
- ¹¹ Vgl. IW-Report, Nr. 87, September 2022, Energiekrise, Sinkende Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht, Köln.
- ¹² Vgl. zu Anschaffungsbereitschaft und Ausgabenvorsicht: GfK-Konsumklima, September 2022, Starke Kaufkraft einbußen lassen Konsumklima weiter abstürzen sowie HDE-Konsumbarometer, Oktober 2022: Verbraucherstimmung setzt steilen Sinkflug fort. Vgl. zur Entwicklung der aktuellen Sparquote: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Zahl der Woche, 25.10.2022, Sparquote mit 11,1 Prozent im 1. Halbjahr 2022 wieder auf Vor-Pandemie-Niveau. Starke Preisanstiege vor allem für Energie und

Lebensmittel machen es aktuell für viele Haushalte immer schwerer, Geld auf die Seite zu legen und zu sparen. [...] Die saisonbereinigte Sparquote der privaten Haushalte für das 1. Halbjahr 2022 [lag] bei 11,1 Prozent und damit in etwa auf dem Niveau des Vor-Corona Jahres 2019 (1. Halbjahr 2019: 11,0 Prozent).

- 13 Der aktuelle Positivtrend spiegelt sich in zehn der elf Städte und Kreise des Ruhrgebiets (Abweichungen in Prozentpunkten): Stadt Duisburg (15,87 Prozent; 2021/22: - 0,29 Punkte; 2004/22: + 1,31 Punkte) – Stadt Essen (12,45 Prozent; - 0,48; + 0,21) – Stadt Mülheim an der Ruhr (10,49 Prozent; - 0,25; + 0,47) – Stadt Oberhausen (13,28 Prozent; - 0,24; + 0,25) – Kreis Wesel (8,78 Prozent; - 0,29; - 0,85) – Stadt Bottrop (10,01 Prozent; - 0,43; - 0,34) – Stadt Gelsenkirchen (16,94 Prozent; + 0,01; + 2,83) – Kreis Recklinghausen (12,26 Prozent; - 0,26; + 1,09) – Stadt Bochum (11,28 Prozent; - 0,21; + 1,15) – Stadt Dortmund (12,44 Prozent; - 0,30; - 0,32) – Stadt Hagen (15,41 Prozent; - 0,14; + 1,94) – Stadt Hamm (12,76 Prozent; - 0,34; + 0,83) – Stadt Herne (16,44 Prozent; - 0,38; + 3,69) – Ennepe-Ruhr-Kreis (9,77 Prozent; - 0,26; + 0,10) – Kreis Unna (10,05 Prozent; - 0,42; + 0,05).
- 14 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 457, 28.10.2022: Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal 2022 um 0,3 Prozent höher als im Vorquartal; Wirtschaftsleistung übertrifft trotz schwieriger Rahmenbedingungen erstmals Vorkrisenniveau.
- 15 Unter Rezession wird ein deutlicher, breit angelegter und länger anhaltender Rückgang der Wirtschaftsleistung verstanden. Vgl. Deutsche Bundesbank 2022.
- 16 Vgl. Kieler Konjunkturberichte Deutschland, Nr. 95 (2022 | Q3): Deutsche Wirtschaft im Herbst 2022, Konjunktur auf Entzug.
- 17 Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2022, Weiter insgesamt stabile Lage trotz des schwierigen Umfelds, S. 6.
- 18 Die Bundesagentur ging noch für Juli 2021 von knapp einer Million Kurzarbeitern (konjunkturelle Kurzarbeit) aus, im März 2021 lag der entsprechende Wert noch bei rund 2,82 Millionen Kurzarbeitern, nach 3,29 Millionen im Januar 2021. Zwischenzeitlich waren etwa sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit (April 2020). Allein bis September 2021 hatte die Bundesagentur rund 18 Milliarden Euro für Kurzarbeit ausgegeben. Seinerzeit wendete die Bundesagentur für Arbeit (BA) wöchentlich etwa 300 Millionen Euro für Kurzarbeiter auf.
- 19 In der Unterbeschäftigung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches (SGB) gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsförderung oder kurzfristig erkrankt sind.
- 20 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 438, 13.10.2022: Inflationsrate im September 2022 bei + 10,0 Prozent; Vor allem Energie- und Nahrungsmittelpreise sorgen für neuen Höchststand; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 458, 28.10.2022: Inflationsrate im Oktober 2022 voraussichtlich + 10,4 Prozent.
- 21 Vgl. IW-Report, Nr. 87, September 2022, Energiekrise, Sinkende Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht.
- 22 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 25.10.2022, Höhere Zinsen: „Der Dispokredit ist der Einstieg in die Schuldenfalle“.
- 23 Vgl. hierzu besonders SchuldnerAtlas Deutschland 2017, S. 40ff. Zudem Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph (2015): Going to Extremes: Politics after financial crises, 1870 - 2014, Discussion paper series No. 10884, Economic History And Monetary Economics And Fluctuations sowie Schöneck, Nadine M. / Mau, Steffen / Schupp, Jürgen: Gefühlte Unsicherheit – Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland, DIW-SOEP-Papers 428, 2011.
- 24 Die Übergänge zwischen den acht verschiedenen Typen sind dabei „fließend“, da auch die Übergänge von Verschuldung, über Zahlungsstörungen bis hin zu einer harten Überschuldung, von einer (temporären) Verschuldungskrise hin zu einer nachhaltig-dauerhaften Überschuldung (bisweilen in beide Richtungen) gleitend sind.
- 25 Die Untersuchung wurde im Rahmen des Projekts „Kommunales Datenlabor Neuss 2040“ (KoDaLa 2040) durchgeführt. KoDaLa 2040 versteht sich als Pilot- und Modellprojekt, das auf kleinräumiger kommunaler Ebene fachübergreifende und maßgeschneiderte „Daten-Werkzeuge“ für Verantwortliche in Politik und Verwaltung entwickelt. Das Motto lautet: „Mehr wissen, besser entscheiden!“ Hierzu kooperieren – in dieser Form bundesweit einmalig – die Akteure aus Wirtschaftsförderung und Sozialplanung der Stadt Neuss mit den Datenspezialisten von Creditreform.
- 26 Vgl. hierzu besonders IW-Kurzbericht, Nr. 55, Juli 2022, Gefahr der Energiearmut wächst sowie IW-Report, Nr. 87, September 2022, Energiekrise, Sinkende Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht.
- 27 Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung, Nr. 438, 13.10.2022: Inflationsrate im September 2022 bei +10,0 Prozent; Vor allem Energie- und Nahrungsmittelpreise sorgen für neuen Höchststand sowie Statistisches Bundesamt, 13.10.2022, Verbraucherpreisindex für Deutschland, Preisentwicklung für Nahrungsmittel, Januar 2015 bis September 2022.
- 28 Vgl. hierzu besonders die Analysen des Instituts der deutschen Wirtschaft zur „Gefahr der Energiearmut“ (Juli 2022) sowie zu den „sinkenden Sparmöglichkeiten bis in die Mittelschicht“ (September 2022).
- 29 Eine neuere Untersuchung des DIW Berlin hat gezeigt, dass „über 40 Prozent unserer Befragten mit einem Dispo- oder Konsumentenkredit ihren Kreditzins nicht kennen. Das ist ganz erheblich. Dabei kennen Frauen deutlich seltener ihre Zinsen als Männer. Das heißt, über die Hälfte der Frauen kennt die Zinsen auf ihre Konsumkredite nicht, bei den Männern ist es nur ein Drittel.“ Der Grund: Fehlende finanzielle Bildung. „Nicht nur in unserer Stichprobe, sondern auch in anderen Studien zeigt sich leider, dass Frauen eine geringere Finanzbildung als Männer haben und diese Finanzbildung korreliert stark mit Kreditwissen. [...] Finanzielle Bildung erhöht oder senkt nicht die Wahrscheinlichkeit, einen Konsumkredit aufzunehmen. Wir finden aber einen Zusammenhang mit dem Zinswissen und das kann letztendlich ein Risikofaktor für eine Überschuldung sein. [...] Es ist wichtig, insbesondere bei Frauen, mehr für die Finanzbildung zu tun, weil dies wahrscheinlich das Zinswissen steigert. Zweitens ist ein moderner, starker Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen sehr wichtig, weil wir eine Beeinflussbarkeit der Konsumentinnen durch die Darstellungsweise von Kreditkosten festgestellt haben. Gerade bei Dispokrediten sehen wir Potenzial für mehr Regulierung, weil hier aktuell noch sehr wenig gemacht wird.“ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Wochenbericht Nr. 37 /2022, Konsumkredite, „Viele Menschen kennen ihre Zinsen nicht – Kostendarstellung beeinflusst Kreditaufnahme, S. 472-481 sowie ebenda, Mangelndes Zinswissen ist ein Risikofaktor für eine Überschuldung (Interview), S. 482.